

(Beginn: 15.42 Uhr - Ende: 21.22 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 6. Sitzung des Rates der Stadt Köln in dieser Wahlperiode und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, unsere Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeister und natürlich Sie alle als Mitglieder des Rates.

Ganz besonders begrüßen möchte ich - deswegen geht mein Blick von hier gesehen auf die linke Seite - die Schülerinnen und Schüler der Bertha-von-Suttner-Realschule aus Vogelsang, die Schülerinnen und Schüler der Gesamtschule Holweide und die Schülerinnen und Schüler des Heinrich-Heine-Gymnasiums aus Ostheim.

(Beifall)

Diese unsere Gäste werden am 3. Dezember am Tag der Jugend im Rathaus teilnehmen. Ich möchte - der Beifall hat es gerade gezeigt - alle, die dort oben bereits Platz genommen haben, ganz herzlich willkommen heißen. Am 3. Dezember werdet ihr die Gelegenheit haben, selbst als Ratsmitglieder zu agieren und gemeinsam mit dem Oberbürgermeister eine Ratssitzung durchzuführen. Eine theoretische Einführung hat ja schon stattgefunden; dann geht es an die Praxis. Ich freue mich schon darauf, dass wir hier gemeinschaftlich eine Ratssitzung abhalten werden, und bedanke mich im Voraus bei den Kolleginnen und Kollegen des Rates, die mir wie in den vergangenen Jahren wieder unterstützend zur Seite stehen werden.

Nun zur heutigen Sitzung. Nach den mir vorliegenden Meldungen fehlen heute Herr Rottmann von der AfD und Herr Henseler.

(Zurufe: Oh! - Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann sind wir heute ja schon um 10 fertig!)

- Das Mitleid ist grenzenlos, wie ich höre.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Frenzel, Herrn Erkelenz und Frau Heuser.

Jetzt müssen wir unsere Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind im Entwurf wie immer gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

SPD, CDU, Grüne, Linke, FDP und Deine Freunde haben fristgemäß einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Gewalttätige Ausschreitungen von Rechtsextremen, Rechtspopulisten und Hooligans am 26. Oktober 2014 in Köln: Welche Konsequenzen ziehen die demokratischen Kräfte im Rat der Stadt Köln?“ eingebracht. Wir werden die Aktuelle Stunde unter Tagesordnungspunkt 1.1 behandeln. Dazu darf ich dann auch Herrn Polizeipräsident Albers ganz herzlich begrüßen, der heute die Gelegenheit nutzen will, das Wort an Sie zu richten, falls Sie einverstanden sind.

(Beifall)

Zur Tagesordnung: Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte im öffentlichen Teil vor - ich bitte um Aufmerksamkeit -: 4.5, 4.6, 4.7, 4.8, 6.2.2, 8.6, 10.24, 17.14 und 17.15 als Dringlichkeitsantrag, über dessen Dringlichkeit wir gleich noch befinden müssen. Im nichtöffentlichen Teil wird der Punkt 23.7 zusetzt. - Das sind die Zusetzungen.

Zu den Absetzungen: Im öffentlichen Teil werden 6.3.2, 10.2, 10.6, 10.7, 10.20 und 17.5 sowie im nichtöffentlichen Teil 24.2 abgesetzt.

Ich komme zu den Dringlichkeitsanträgen. Zunächst zu einem Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zum Thema „Mehr Verantwortung in die Bezirke - Bürgerhaushalt 2015“ unter Tagesordnungspunkt 3.1.9. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Des Weiteren liegt ein Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema „Klage gegen die Aufhebungsverfügung der Bezirksregierung Köln“ vor; das ist TOP 3.1.10. Gibt es Wortmeldungen dazu? - Ja. Herr Frank, bitte.

(Martin Börschel [SPD]: Wolltest du gegen die Dringlichkeit sprechen?)

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Nein, aber ich muss die Dringlichkeit ja begründen.

(Martin Börschel [SPD]: Nur bei Bedarf!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nur bei Bedarf.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Die Dringlichkeit ergibt sich aus dem Schreiben der Bezirksregierung Köln. Uns wurde nur eine Frist bis zum 8. Dezember eingeräumt, um uns damit zu befassen. Deshalb bitten wir um Zustimmung zur Dringlichkeit.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Gibt es Stimmen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. - Ist jemand gegen die Aufnahme dieses Dringlichkeitsantrags in die Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Es gibt auch keine Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Weiterhin liegt unter 3.1.11 ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Linke und FDP betreffend „Besetzung des Jugendhilfeausschusses - Weitere beratende Mitglieder“ vor. - Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Stimmt jemand gegen die Dringlichkeit? - Es gibt keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Ein weiterer Dringlichkeitsantrag wurde von der FDP-Fraktion eingebracht; Punkt 17.15. Es geht um die Nachbenennung eines ordentlichen Mitglieds sowie eines Stellvertreters für den Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Dann ist das ebenfalls so beschlossen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Noch eine Meldung zur Geschäftsordnung!)

- Bitte schön, Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Wir haben eben der Dringlichkeit der Behandlung des Antrags der CDU-Fraktion „Mehr Verantwortung in die Bezirke - Bürgerhaushalt 2015“ zugestimmt. Jetzt ist es allerdings so, dass heute Mittag eine Pressemitteilung der Verwaltung kam, in der es heißt: Der Bürgerhaushalt startet. Insofern sind wir der Meinung, dass wir dieses Thema jetzt nicht mehr im Rat grundsätzlich behandeln können; denn wir haben den Beschluss, den die CDU mitgetragen hat, bereits gefasst, nämlich einen Bürgerhaushalt 2015 durchzuführen und das Verfahren zu starten. Über Details, die vielleicht noch in irgendeiner Weise modifiziert werden sollten, sollte daher nur noch im Finanzausschuss geredet werden. Wir möchten deshalb diesen Antrag jetzt unmittelbar in den Finanzausschuss verweisen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Henk-Hollstein.

Anna-Maria Henk-Hollstein (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Frank, ich denke, diesen Antrag können Sie stellen, wenn dieser Tagesordnungspunkt beraten wird. Aber ich möchte schon jetzt dagegenreden.

Der Start - Sie haben das eben zu einem anderen Tagesordnungspunkt hervorgehoben - findet am kommenden Montag, nämlich am 17. November, statt. Es gibt diverse Initiativen in den Bezirken, durchaus auch auf breiter Basis, sowie gemeinsame Anträge mit ähnlichem oder sogar gleichlautendem Wortlaut wie dem in unserem heute hier vorgelegten Dringlichkeitsantrag.

Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass in dem Beschluss, den wir im Finanzausschuss gemeinsam getroffen haben - das ist durchaus korrekt; dazu stehen wir auch -, deutlich gemacht wird, dass der Finanzausschuss *und* der Rat mit diesem Thema und den Beschlüssen, die in den Bezirken gefasst werden, befasst werden sollen. Genau das sehen wir etwas anders, nämlich dass gemäß § 37 GO NRW die Beschlüsse im Bezirk zu den Bezirksthemen gefasst werden sollen und der Rat damit zukünftig nicht weiter befasst wird, außer dass die entsprechenden Mittel in den Haushaltsplan eingestellt werden sollen.

Deshalb bitte ich, dass wir den Bezirken aus diesem höchsten Gremium das Signal geben, dass sie über diese Mittel beschließen dürfen und wir lediglich im Finanzausschuss das sogenannte Controlling begleiten werden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich würde einfach den Vorschlag machen - ich glaube, darauf können wir uns einigen -, diese Frage im Rahmen der Behandlung dieses Tagesordnungspunkts zu klären.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Wir möchten darüber abstimmen, ihn jetzt unmittelbar zu verweisen! - Gegenrufe von der CDU)

- Ich sehe das als ein bisschen schwierig an. Eine Verweisung ist ein sachlicher Punkt, und dazu kann man einen Antrag stellen. Wir sind hier jetzt noch bei der Festlegung der Tagesordnung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Von daher meine ich: Wenn wir den Punkt gleich aufrufen, kann man darüber abstimmen, wie das geregelt werden kann. Ich hoffe, Sie sind damit einverstanden.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Ich bin nicht damit einverstanden!)

- Erfreut ist er nicht. Aber wir machen das jetzt so.

Wir kommen zur Festlegung der Reihenfolge der Tagesordnung. Ich schlage vor, die Tagesordnungspunkte 2.2, 8.5 sowie 3.1.2 - da geht es jeweils um das Reiterdenkmal - gemeinsam unter Tagesordnungspunkt 8.5 zu behandeln.

Zudem rege ich an, die Tagesordnungspunkte 10.19 und 10.24 unter TOP 10.19 gemeinsam zu behandeln; da geht es um die Jahresabschlüsse.

Auch ist mir der Wunsch zur Kenntnis gelangt, Tagesordnungspunkt 3.1.10 - da geht es um die Frage der Klage oder Nichtklage gegen die Regierungspräsidentin - gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 10.23 zu behandeln, und zwar unter 3.1.10.

Bitte schön, Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Pro Köln findet es etwas schade, dass alle Punkte, die mit dem Reiterstandbild zu tun haben, in der Tagesordnung jetzt so weit nach hinten, nämlich auf Punkt 8.5, geschoben werden sollen. Es wäre doch sinnvoller, dies zumindest im Bereich der Anträge - vielleicht zusammen mit unserem Antrag, der thematisch dazu passt - zu behandeln. Ich denke, auch die vielen Zuschauer im Internet und anderswo interessieren sich für das wichtige Thema Reiterstandbild; denn das hat mit der Geschichte dieser Stadt zu tun. Wir sprechen uns dagegen aus, dass die betreffenden Punkte in der Tagesordnung so weit nach hinten geschoben werden sollen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Dann lassen wir darüber abstimmen. Wer für den Antrag von pro Köln ist, dies auseinanderzuziehen und unter Tagesordnungspunkt 3.1 zu behandeln, bitte ich um das Handzeichen. -

(Markus Wiener [pro Köln]: Nicht auseinanderziehen, sondern vorziehen!)

- Ja, zusammenzuziehen, aber in der Tagesordnung nach vorn zu ziehen. - Wer ist dafür? - Die

Mitglieder von pro Köln. Wer enthält sich? - Das ist abgelehnt. Das Thema wird also unter Tagesordnungspunkt 8.5 behandelt.

Damit ist die Tagesordnung so festgelegt. Wir müssen noch darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln ist die Tagesordnung so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1.1 auf:

1.1 Antrag der SPD- Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppe Piraten und der Gruppe Deine Freunde auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend "Gewalttätige Ausschreitungen von Rechtsextremen, Rechtspopulisten und Hooligans am 26. Oktober 2014 in Köln" AN/1561/2014

Falls Sie damit einverstanden sind, würde ich gern zunächst Herrn Polizeipräsident Albers das Wort geben, um zu dieser Fragestellung hier in unserem Hause entsprechend Stellung zu nehmen. - Bitte schön.

Wolfgang Albers (Polizeipräsident Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen! Meine Herren! Lassen Sie mich an erster Stelle Dank sagen, dass ich hier die Möglichkeit habe, zu diesem Thema zu Ihnen zu sprechen und an der Debatte teilzunehmen.

Die Versammlung HoGeSa am 26. Oktober und deren Verlauf haben der Stadt Köln und der Polizei Köln viel zugemutet. Der Verlauf war gewalttätig. Weit über 4 000 Hooligans und Rechtsextremisten, darunter mehrere hundert Gewalttäter, randalierten im Herzen von Köln. 47 Beamtinnen und Beamte wurden verletzt, und ein Polizeifahrzeug wurde, sozusagen vor laufenden Kameras, umgeworfen.

Dies war kein erfolgreicher Einsatz. Davon war auch nie die Rede. Für viele Kölnerinnen und Kölner, für viele Polizistinnen und Polizisten und auch für mich selbst waren und sind diese Ausschreitungen unerträglich. Ich bedaure ausdrücklich die Ereignisse zutiefst.

Meine Damen, meine Herren, dies hier im Rat der Stadt zu sagen, ist mir ein Anliegen; denn hier ist der richtige Ort dafür. Es steht für mich aber auch fest: Die eingesetzten Beamtinnen und Beamten haben Schlimmeres verhindert.

Für viele von ihnen war dies ein schwerer, ein harter Einsatz, und dafür gilt ihnen mein Dank und mein Respekt.

(Beifall)

- Danke sehr.

Warum habe ich die Versammlung nicht verboten? Im Rahmen des Verfahrens wurde geprüft, ob Gründe für ein Verbot der Versammlung vorliegen. Gemäß § 15 Absatz 1 Versammlungsgesetz kann die zuständige Behörde - das ist der PP Köln - die Versammlung oder den Aufzug verbieten, wenn nach erkennbaren Umständen die öffentliche Sicherheit oder Ordnung bei Durchführung der Versammlung oder des Aufzuges unmittelbar gefährdet ist.

Die Rechtsprechung, insbesondere die des Bundesverfassungsgerichts, stellt an die Versammlungsbehörde strenge Anforderungen. Sie verlangt eine durch Tatsachen gesicherte Gefahrenprognose in Bezug auf eine Bedrohung der öffentlichen Sicherheit. Als Grundlage dieser Gefahrenprognose sind konkrete und nachvollziehbare tatsächliche Anhaltspunkte erforderlich, die bei verständiger Würdigung eine hinreichende Wahrscheinlichkeit des Gefahreintritts ergeben. Bloße Verdachtsmomente oder Vermutungen reichen für sich allein nicht aus.

Für die Gefahrenprognose können Erkenntnisse in Zusammenhang mit früheren Versammlungen als Indiz hinzugezogen werden. Hierbei ist allerdings zu beachten, dass ein Verbot nur dann in Betracht kommt, wenn eine gesicherte Gefahrenprognose den Schluss zulässt, dass die geplante Versammlung mit hoher Wahrscheinlichkeit insgesamt einen unfriedlichen, aufrührerischen Verlauf nehmen wird.

Darüber hinaus ist die Behörde gehalten, sich auch mit solchen Indizien ausreichend auseinanderzusetzen, die gegen das Vorliegen einer Gefahr sprechen, und diese ausreichend zu berücksichtigen. Dazu gehören ausdrücklich die Distanzierung der Verantwortlichen der Versammlung von Gewalt sowie der Ablauf früherer vergleichbarer Versammlungen ohne Zwischenfälle.

Wir haben im Vorfeld bei allen Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern eine Abfrage vorgenommen. Auf diese Abfrage hin haben sich keinerlei Hinweise ergeben, die auf einen unfriedlichen Verlauf, die auf eine derartige Eskalation der Gewalt schließen ließen. Im Vorfeld zu dieser Versammlung hat es mehrere Versammlungen

der HoGeSa gegeben, unter anderem eine in Dortmund und eine in Essen. Beide Veranstaltungen hatten eine deutlich geringere Teilnehmerzahl, aber ein ähnliches Teilnehmerklientel, und beide sind friedlich verlaufen. Unter diesen Voraussetzungen war ein Verbot der Versammlung rechtlich nicht möglich. Es hätte vor den Gerichten keine Aussicht auf Bestand gehabt.

Warum hat die Versammlung am Breslauer Platz stattgefunden? Ursprünglich hatte der Anmelder die Versammlung auf dem Bahnhofsvorplatz bzw. auf der Domtreppe und der Domplatte angemeldet. Als die Zahl der zu erwartenden Teilnehmer deutlich über die ursprünglich angemeldeten 300 anstieg, haben wir auf eine Verlegung auf den Breslauer Platz gedrungen. Der Anmelder hat auf einem zentralen innerstädtischen Versammlungsort bestanden. Nach der Rechtsprechung bestimmt der Versammlungsanmelder den Ort der Versammlung. Tatsächliche Anhaltspunkte für eine Auflage, von diesem Ort abzuweichen, hatten wir, wie bereits ausgeführt, zu diesem Zeitpunkt nicht.

Nun zu den Vorbereitungen und zum Ablauf der Versammlung. Ich bitte um Nachsicht, wenn ich hier und heute den Ablauf nicht in allen Einzelheiten nachzeichne; im AVR am 8. Dezember wollen wir dies gern tun.

Die Einsatzleitung ist von rund 4 000 Teilnehmern ausgegangen. Diese Zahl stützte sich auf die Erkenntnisse aus Facebook sowie dem Teilnehmerverhalten bei den Vorveranstaltungen. Wir sind davon ausgegangen, dass es sich dabei um eine große Anzahl gewaltbereiter und gewaltgeneigter Personen aus der Hooliganszene sowie um Personen aus der rechten Szene handeln würde. Deshalb haben wir an zwei verschiedenen Orten jeweils zwei Wasserwerfer postiert.

Es hat während der Versammlung und auch nach deren Beendigung durch den Versammlungsleiter gegen circa 16 Uhr mehrere explosionsartige, massive Gewaltausbrüche gegeben, die sich vorrangig gegen die eingesetzten Beamtinnen und Beamten richteten. Unter anderem wurde ein Beamter mit dem Messer bedroht. Durch den konsequenten Einsatz von Wasserwerfern konnten die Einsatzkräfte unterstützt und beschützt sowie die Lage temporär beruhigt werden.

Es sind 45 Beamtinnen und Beamte der Landespolizei und zwei der Bundespolizei verletzt worden. Bis auf drei waren alle weiter dienstfähig,

und auch diese drei hatten bis 21 Uhr das Krankenhaus wieder verlassen.

Es konnten 17 Personen festgenommen bzw. in Gewahrsam genommen werden. Dies ist angesichts der Ereignisse definitiv zu wenig und bedarf der Nachbereitung. Das Gleiche gilt für die Frage, warum das Einsatzfahrzeug, das umgekippt wurde, unbewacht dort stand.

Mit einer starken Ermittlungsgruppe wird nun das umfangreiche Filmmaterial, was wir erstellt haben, ausgewertet. Per Stand von vorgestern liegen 107 Strafanzeigen vor, 62 Tatverdächtige sind identifiziert, 53 sind noch unerkannt. Mit Unterstützung anderer Behörden wird intensiv an der Identifizierung weiterer Tatverdächtiger gearbeitet.

Welche Schlüsse können aus unserer Sicht nach heutigem Stand für die Zukunft gezogen werden? Mit dem Wissen von heute ist die Möglichkeit, ein Verbot einer solchen Versammlung auszusprechen oder zumindest eine Verlegung an einen anderen Ort zu erwirken, aus meiner Sicht deutlich gestiegen. Natürlich haben wir die Polizei in Hannover bei ihren Bemühungen, eine Veranstaltung diesen Samstag verbieten zu können, mit unseren Erkenntnissen unterstützt. Heute hat allerdings das Verwaltungsgericht Hannover entschieden, dass die Verbotsverfügung aufgehoben wird, sodass es zwar nicht zu einem Aufzug, aber zu einer stationären Veranstaltung in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs von Hannover kommen wird.

Mit heutigem Wissen würden sicher mehr Beamte eingesetzt werden. Aber auch dies garantiert - das wissen wir aus gewalttätigen Auseinandersetzungen in anderen Städten wie Berlin, Hamburg und Dresden - keinen friedlichen Verlauf. Es erhöht aber die Möglichkeit freiheitsentziehender Maßnahmen, sprich: Festnahmen und Ingewahrsamnahmen.

Wir müssen daran arbeiten, die Beamtinnen und Beamten im Einsatz noch besser zu schützen. Der Einsatz des Wasserwerfers am Einsatztag hat aber sicher Schlimmeres verhindert.

Wir müssen auch mehr über die Strukturen dieser neuen gewalttätigen, äußerst gefährlichen Gruppierung wissen. Warum schließen sich Hooligans, die sich gegenseitig bekämpft und geprügelt haben, zusammen, um von Rechtsextremisten organisiert die Gewalt auf die Straße zu tragen? Der Innenminister hat das Landeskriminalamt beauftragt, in einem Projekt diese Frage zu untersuchen.

Aber wir müssen auch bei uns hier in Köln aufmerksam sein. Wo gibt es Gewaltphänomene, insbesondere kollektive Gewaltphänomene unter Personen, die scheinbar unpolitisch ihre Gewaltfantasien ausleben, und wo sind die rechtsextremistischen Kräfte, die in der Lage sind, diese Gruppen zu bündeln und für ihre Ziele zu nutzen? - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Polizeipräsident. - Wir kommen jetzt zu den weiteren Rednern. Zunächst spricht für die SPD Frau Scho-Antwerpes. Bitte schön.

Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Polizeipräsident! Liebe Schüler und Schülerinnen! Sehr geehrte Damen und Herren! Uns alle hat in den vergangenen Tagen die Frage umgetrieben, wie es zu den Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten von Rechtsextremen, Rechtspopulisten und gewalttätigen Hooligans am 26. Oktober 2014 kommen konnte. Insofern ist es gut, dass der Polizeipräsident heute zu uns in die Ratssitzung gekommen ist und uns die Position der Polizei geschildert hat. Dafür spreche ich ihm im Namen der SPD-Fraktion Respekt aus.

(Beifall bei der SPD)

Dies verbinde ich mit einem Dank an die Polizeibeamten und -beamtinnen, die bei diesem Einsatz im wahrsten Sinne des Wortes ihren Kopf hingehalten haben. Dafür besten Dank!

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Klar ist aber auch - der Polizeipräsident hat es selbst eben geschildert -: Der Einsatz war sicher kein Erfolg. Und ich finde, es hätte auch ein anderer Ort gefunden werden müssen; darauf müssen wir künftig ein größeres Augenmerk legen.

Wir müssen allerdings auch zur Kenntnis nehmen, dass selbst nach den Kölner Ereignissen die Verfügung eines Verbots des Aufmarschs in Hannover heute gekippt worden ist. Wir hatten gehofft, dass die Entscheidung anders ausfällt.

Wer vor diesem Hintergrund reflexartig den Rücktritt des Polizeipräsidenten fordert, muss

sich die Frage stellen lassen, ob da nicht ein parteipolitisches Süppchen gekocht werden soll.

(Beifall bei der SPD)

Das lenkt nur vom eigentlichen Thema ab: vom Problem des Rechtsextremismus und der Gewaltbereitschaft auch in unserer Kölner Gesellschaft, die wir ja immer gerne als sehr tolerant und weltoffen herausheben.

Der SPD-Fraktion geht es darum, Lehren aus dem zu ziehen, was passiert ist, damit das nicht noch einmal passieren kann. Das ist die Konsequenz, die es zu ziehen gilt, neben der vollständigen Aufarbeitung der Krawalle und der strafrechtlichen Verfolgung.

Klar ist: Die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder haben die Gewaltgefahr offenbar unterschätzt. Das darf sich nicht wiederholen; denn es geht um die Sicherheit der Menschen in unserer Stadt, aber auch in anderen Städten. Es kann und darf nicht sein, dass sich Hooligans und Rechtsextreme zusammenrotten und sich austoben, dass Unbeteiligte dabei verletzt werden und es zu hohem Sachschaden kommt. Das ist für uns als Stadtgesellschaft nicht hinnehmbar. Ich glaube, da sind wir uns als Demokraten alle einig.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen der CDU)

Meine Damen und Herren, das ist auch für einen Rechtsstaat nicht hinnehmbar. Schon gar nicht ist es hinnehmbar im Blick auf die Vereinbarkeit des Demonstrations- und Versammlungsrechts. Gerade da ist der Rechtsstaat nach den Erfahrungen des 26. Oktober gefordert. Da müssen wir entsprechende Schlussfolgerungen ziehen. Das, was der Polizeipräsident eben angekündigt hat, wird in Zukunft natürlich auch unsere höchste Aufmerksamkeit erfordern.

Wenn ich davon spreche, dass wir aus den Ereignissen Lehren ziehen müssen, bedeutet das auch, es muss noch mehr Präventionsarbeit geleistet werden. Da sind wir als Gesellschaft insgesamt gefordert - jeder Einzelne von uns, wir als Stadtgesellschaft. Das, was wir erlebt haben, darf sich nicht wiederholen. Auch wenn es in Köln schon gute Ansätze und viele bürgerschaftliche Initiativen gibt: Nichts ist so gut, dass es nicht noch verbessert werden kann. Denn es geht nach wie vor darum, Rechtsextremismus und Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft entschieden zu bekämpfen.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU)

Da ist unser Rechtsstaat gefordert, und, meine Damen und Herren, da sind wir alle gefordert. Gerade hier setze ich vor allem auch auf die Kölnerinnen und Kölner und ihr offenes demokratisches Bewusstsein. Sie sind nicht nur angewidert von dem, was am 26. Oktober 2014 rund um den Breslauer Platz passiert ist. Nein, die Kölnerinnen und Kölner haben immer wieder deutlich gemacht: Bei uns ist kein Platz für Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU)

Köln ist nicht braun. Köln ist bunt, und das soll es auch bleiben. Deshalb ist es gut, dass sich unsere Stadtgesellschaft gerade jetzt wieder äußert. Sie setzt ein Zeichen - Sie alle haben es heute gelesen -: Von „Arsch huh“ und aus dem Karneval heraus kommen Bestrebungen, eine Veranstaltung auf die Beine zu stellen, die sich genau diesem Thema widmet: „Social jeck, bunt vernetz - kein Nazis he op unser Plätz!“ - Also, bitte schön, da sind wir doch alle zusammen.

Es ist gut, dass jetzt alle demokratischen Kräfte zusammenstehen und klar Position beziehen: für Toleranz, gegen Rechtsextremismus, gegen Gewalt und gegen Intoleranz. Rechtsextreme, rechtes Gedankengut und andere gewaltbereite Kräfte sollen wissen: Köln ist bunt. Bei uns ist es normal, verschieden zu sein. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin stolz darauf, in einer Kölner Gesellschaft der Vielfalt zu leben. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Als nächstem Redner darf ich das Wort geben an Herrn Petelkau für die Fraktion der CDU.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Polizeipräsident! Liebe Schülerinnen und Schüler auf der Tribüne und alle anderen Gäste! Köln ist und bleibt eine tolerante und lebenswerte Stadt, die offen ist für jeden Menschen, egal welcher Hautfarbe, Nation, Religion und welchen Geschlechts. Grundlage für

dieses friedliche Zusammenleben ist unsere freiheitlich demokratische Grundordnung, die die Werte dieser Gesellschaft definiert, allen voran die Würde des Einzelnen und der Respekt vor der Würde der anderen Menschen.

Am 26. Oktober haben Rechtsradikale und Hooligans aus ganz Deutschland - es ist wichtig, hier noch einmal zu betonen: nicht aus Köln, sondern aus ganz Deutschland - das demokratische Grundrecht der Demonstrationsfreiheit für ihre üblen Zwecke und Ziele missbraucht und damit unsere friedliche Stadt in Verruf gebracht. Dies, meine Damen und Herren, darf sich nicht wiederholen.

Flaschen, Steine und Feuerwerkskörper, die auf Polizeibeamte geschleudert wurden, verummte Gestalten, die einen Polizeibus umwarfen, Polizisten, die versuchten, mit Wasserwerfern, Schlagstöcken und Pfefferspray Herr der Lage zu werden - diese Bilder kannten wir bisher nur als kleine Ausnahmen bei Fußballspielen oder aus dem Fernsehen, wenn es um andere Städte ging. Jetzt mussten wir das in Köln erleben, und das macht uns alle betroffen.

Hooligans und Rechtsradikale haben fast 50 Polizeibeamte und Bürger verletzt, und es sind große Sachschäden entstanden. Das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger wurde an vielen Stellen erschüttert. Damit diese Wunde heilen kann, müssen wir die Dinge analysieren. Wir müssen die Ereignisse zügig aufarbeiten und daraus Konsequenzen ziehen. Ich finde es gut, dass der Polizeipräsident heute hier zum ersten Mal wirklich sagt, dass die Dinge neu eingeschätzt und anders aufgesetzt werden müssen. Ganz am Anfang, direkt nach den Einsätzen, klang das noch anders, auch aus Sicht des Innenministers. Jetzt werden zum ersten Mal Fehler zugegeben, und das ist ein wichtiger Schritt, damit wir aus unseren Fehlern lernen, die Situation in Zukunft besser einschätzen und vor allem Konsequenzen daraus ziehen, damit sich solche Dinge in Köln eben nicht wiederholen können. Das ist wichtig, und das muss unser gemeinsames Ziel sein.

(Beifall bei der CDU)

Wir als Kölner haben nach dem furchtbaren Nagelbombenanschlag alle hart daran gearbeitet, den Respekt für unsere Stadt und unseren Ruf als friedliche und tolerante Stadt wiederherzustellen. Genau wie damals müssen wir auch jetzt wieder zusammenstehen. Ich bin für unsere Fraktion sehr froh, dass an der Stelle das bürgerschaftliche Engagement - nicht nur bei „Arsch

huh“ und beim Karneval - und alle demokratischen Parteien hier im Rat entschlossen zusammenstehen und durch gemeinsame Aktionen zeigen, dass wir solche Demonstrationen in unserer Stadt nicht wollen und dies auf jeden Fall in Zukunft scharf bekämpfen werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir begrüßen deshalb ausdrücklich Ihre Ankündigung, Herr Albers, dass in Zukunft weiter daran gearbeitet wird, dass neue Initiativen entstehen, damit Demonstrationen in dieser Form nicht mehr stattfinden können.

Wir wollen auch hier im Rat unterstützen, dass Maßnahmen der Prävention für schwierige Kölner Fälle ausgeweitet werden, sodass die Gewalt in Zusammenhang mit Fußballspielen in Zukunft weiter reduziert werden kann und diese Sachen endlich der Vergangenheit angehören. Das sind wir unseren Bürgerinnen und Bürgern, aber auch unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die immer wieder den Kopf für uns hinhalten müssen, schuldig, meine Damen und Herren.

Deshalb wiederhole ich das, was die Kollegin von der SPD eben gesagt hat, auch noch einmal für unsere Fraktion ausdrücklich: Wir danken den Polizeibeamten, die hier im Einsatz waren und die für unsere Sicherheit den Kopf hinhalten mussten. Aber wir müssen auch dafür sorgen, dass sie durch die Einsatzführung demnächst besser geschützt werden. Wir brauchen ein anderes Konzept, damit sie in Zukunft von solchen Sachen weniger stark betroffen sind und es nicht mehr zu Verletzungen kommen kann. Das ist das Entscheidende, und dafür müssen wir uns einsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Wir können und wir wollen eine wehrhafte Demokratie sein. Wir wollen nicht zurückfallen in die Weimarer Zeiten, wo Radikale von allen Ecken und Enden, sei es religiös, politisch oder sonst wie motiviert, gegenseitig oder zulasten von unschuldigen Bürgern und Polizeibeamten ihre Gewaltexzesse ausgelebt haben. Wir wollen für ein friedliches Miteinander hier in Köln kämpfen, dafür, dass wir alle tolerant und in Freiheit in dieser Stadt leben können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Petelkau. - Wir kommen dann zu

Frau von Bülow für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne und im Netz! Das Thema "Was tun gegen rechts?" stand bereits am 1. Juli 2014 auf der Tagesordnung des Rates, damals aus anderem Anlass und mit anderer Stoßrichtung. Dennoch erinnere ich an die verabschiedete Resolution, die besagte, dass es gilt, eindeutig Position zu beziehen gegenüber allen nationalistischen, rassistischen, diskriminierenden und fremdenfeindlichen Ideologien und Aktivitäten. Aus aktuellem Anlass muss sich der Rat heute wiederum dieser Aufgabe stellen; daher die Aktuelle Stunde.

Im Polizeibeirat und auch vorgestern in der Sitzung von „Köln stellt sich quer“ haben wir uns mit den Einzelheiten in Zusammenhang mit der HoGeSa-Kundgebung befasst; heute haben wir Weiteres gehört. Ich finde es gut, dass sich die Polizei den Fragen stellt. Dennoch muss ich sagen: Für mich bleiben viele Fragen offen, nicht alle Antworten konnten mich überzeugen, und es gibt weiterhin Klärungsbedarf.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Insbesondere ist für mich nicht nachvollziehbar, wieso die Polizei von einer zu erwartenden friedlichen Demonstration ausging und das Gewaltpotenzial sowohl der rechten Szene als auch der Hooligans völlig falsch einschätzte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Unklar bleibt auch, wieso bei einer als friedlich eingeschätzten Demonstration, bei der vergleichsweise wenige Beamte eingesetzt wurden, Wasserwerfer bereitstanden.

Aber auch die Kernfrage - vorhin ist es angesprochen worden -, weshalb die Kundgebung am Breslauer Platz und anschließend die Demonstration in Richtung Ebertplatz zugelassen wurde bzw. wieso die Versammlung nicht seitens der Polizei aufgelöst wurde, obwohl gegen zahlreiche Auflagen verstoßen wurde, bleibt für mich ungeklärt - auch nach den Ausführungen des Polizeipräsidenten heute.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und der Linken)

Ich habe vor Ort die Hooligan-Kundgebung auf dem Breslauer Platz beobachtet. Ich war schockiert: schockiert von den Gesängen, schockiert von den Redebeiträgen, die deutlich zur Bildung einer rechten Bewegung aufriefen, schockiert von Hitler-Grüßen und Ähnlichem. Dass nach einer solchen Kundgebung die Hooligans auf ihren Demonstrationsweg in Richtung Ebertplatz gehen konnten, das kann ich nach wie vor nicht verstehen, und ich möchte mir auch nicht vorstellen, welche Allmachtsfantasien das bei den rechten Demonstranten ausgelöst hat und für die Zukunft auslöst.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und der Linken)

Verlierer waren dabei die Polizisten im Einsatz. Verlierer waren Reisende, Passanten und unbeteiligte Anwohner, die nicht hinreichend geschützt wurden. Verlierer war Köln in Gänze. Ich erinnere an die Bilder, die abends durch die Nachrichten gingen. Während es bei den großen friedlichen Demonstrationen gegen pro Köln eine hohe Polizeipräsenz gab - Polizeispaliere, Polizeisperren, sogar Einkesselungen von friedlichen Demonstranten -, wundert es doch, dass diese Mittel bei der gewalttätigen HoGeSa-Demonstration nicht zum Einsatz kamen und es nur zu sehr wenigen Festnahmen kam.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und der Linken)

Kölns Ruf als Stadt, die sich gerade durch ihre friedlichen Demonstrationen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit auszeichnet, wurde durch die HoGeSa-Demonstration erheblich beschädigt. Zudem wurde das Vertrauen in die Polizeiführung erschüttert, die Menschen vor rechtsextremen Gewaltexzessen sicher schützen zu können. Auch deshalb ist weiterhin eine öffentliche und transparente Aufklärung dringend notwendig. Wir gehen hier heute einen weiteren Schritt; im AVR geht es weiter; das finde ich gut.

In den letzten Tagen wurden in Köln viele Gedenktage begangen. Es war gut, dass in dieser Stadt Menschen öffentlich zusammenfanden, um an die Novemberpogrome von 1938, an die Ermordung von Edelweißpiraten und Zwangsarbeitern 1944 in Köln-Ehrenfeld und an die Notlage der Flüchtlinge zu erinnern. Diese Veranstaltungen machen deutlich: Es gilt, auf die Zukunft hin die Vergangenheit zu reflektieren; denn wer sich an die Vergangenheit erinnert, ist dazu verdammt; wer sich nicht an die Vergangenheit erinnert, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.

Für uns ergibt sich daraus die Verpflichtung, alles dafür zu tun, Unrecht und Gewalt, Ausgrenzung und Intoleranz entgegenzuwirken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

In Deutschland nimmt die Zahl antisemitischer Übergriffe zu, und auch Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zeigen sich in altem und neuem Gewand. Leider bleibt die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus für Köln als gesellschaftliche Daueraufgabe bestehen. Ich habe es schon angedeutet: Bei der Demonstration der HoGeSa auf dem Breslauer Platz war die Rede davon, dass diese eine breite rechte Bewegung gründen will. Hooligans in Verbindung mit rechter Szene und pro NRW oder pro Köln - das ist eine Mischung, mit der wir uns intensiv befassen müssen, um ihr gezielt etwas entgegenzusetzen und dieser Bewegung entschieden und auch präventiv entgegenzutreten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und der Linken)

Die großen Demonstrationen gegen pro Köln von „Arsch huh“ und „Birlikte“ gehören zu Köln und sind Ausdruck dessen, dass die Mehrheit der Kölner für Vielfalt und gleichberechtigtes Miteinander aller Menschen stehen. In Köln sollen sich alle Menschen sicher fühlen. In Köln sollen sich Fremde willkommen fühlen.

Wir haben viele Aufgaben; es ist schon angedeutet. Die Studie „Die Mitte im Umbruch“, die das Thema Rechtsextremismus behandelt, beschreibt einen deutlichen Zusammenhang zwischen sozialer Spaltung und menschenfeindlichem Denken. Lassen Sie uns daher gemeinsam - auch als Rat gemeinsam - Bedingungen für eine Stadt schaffen, in der unterschiedliche Menschen gemeinsam ihre Lebenswelt gestalten können! Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass rechte Gewalt und rechtes Gedankengetriebe als Gefahr identifiziert werden!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dringlicher als lange schon gilt es, die bisher erfolgreiche Arbeit von „Kein Veedel für Rassismus“, von „Köln stellt sich quer“ und anderer Bündnisse zu unterstützen und fortzuführen, rechtsextremen Denk- und Handlungsmustern entschieden entgegenzutreten und die Verantwortlichen in die Pflicht zu nehmen, damit Köln die Stadt ist und bleibt, in der das friedliche und gleichberechtigte Miteinander gelebt werden kann. Ich denke, mit einer breiten Ratsmehrheit

für die Resolution heute können wir zeigen, dass wir überall, wo rechte Kräfte menschenverachtende Aktionen planen und durchführen, zusammenstehen und diesen geschlossen entgegen-treten. - Danke sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wir kommen zu Herrn Detjen von der Fraktion Die Linke.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Am 26. Oktober beherrschten für einige Stunden Neonazis und Hooligans den öffentlichen Raum in der Kölner Innenstadt. Sie verbreiteten nicht nur Angst und Schrecken, sondern griffen Kölnerinnen und Kölner brutal an und verletzten Journalisten und Polizisten. Eine Demonstration von 4 800 Hooligans und Rechtsextremen hat es in Deutschland noch nie gegeben.

Stellen Sie sich vor, dass dies der Beginn einer neuen Formierung im rechtsextremen, neonazistischen Lager ist.

Stellen Sie sich vor, dass parallel dazu das rechtspopulistische Lager der AfD in weitere Landesparlamente einzieht und der Einzug in den Deutschen Bundestag nur eine Frage der Zeit ist.

Und stellen Sie sich vor, pro Köln atomisiert sich, Teile gehen in die Nazi-Szene - Herr Uckermann wurde ja am 26. Oktober gesichtet -, und andere, wie zum Beispiel Herr Beisicht, gehen zur AfD. Das sind nicht nur schauerliche Visionen;

(Markus Wiener [pro Köln]: In der Tat!)

es gibt Anzeichen dafür, dass dieser Prozess gerade stattfindet. Wir haben dann eine rechtspopulistische Bundespartei, die Kreide gefressen hat und geschickt gegen Minderheiten hetzt, und wir hätten eine braune, schlagende Neonazi-Bewegung gemischt mit Hooligans. Das wäre eine neue Qualität im rechtsextremen und rechtspopulistischen Lager.

(Zuruf von Markus Wiener [pro Köln])

Welche Konsequenzen ziehen wir Demokraten, wir Kölnerinnen und Kölner aus diesen Vorgängen? Wir müssen wachsam sein. „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem dies kroch“, sagte Bert

Brecht. Kann es sein, dass der Terror der IS für diese neonazistischen Patrioten gar ein Vorbild ist unter dem Motto: „Das können wir schon lange“?

Diese gewalttätige Gemengelage dürfen wir nicht unterschätzen. Diesen Fehler haben der Verfassungsschutz und die Polizei begangen. Sind Staatsorgane trotz der NSU-Vorgänge immer noch auf dem rechten Auge blind? Warum mauern die NRW-Behörden jetzt? Wobei: Herr Albers hat sich ja heute bewegt; das muss man feststellen.

Ich hatte Herrn Albers vor der Veranstaltung darauf hingewiesen, dass von den Veranstaltern Symbole der Waffen-SS in abgewandelter Form benutzt werden. Das sei kein Verbotgrund, wie er mir sagte. Aber, Herr Albers, ich frage mich - dazu haben Sie heute nichts gesagt -: Warum war es nicht zu Beginn der Veranstaltung möglich, diese Demonstration zu verbieten, weil - um mit Ihren Worten zu sprechen - nachvollziehbare Vorgänge an diesem Samstagmorgen stattgefunden haben? Alkohol war geflossen, verbotene Symbole wurden gezeigt, der Hitler-Gruß wurde gezeigt, die Veranstalter hatten zu wenig Ordner, und es waren bundesweit bekannte Neonazis auf dieser Veranstaltung, die Sie ja gesichtet haben; wir haben sie auf jeden Fall gesichtet. Wenn man das gemacht hätte, wäre es tatsächlich möglich gewesen, Schlimmeres zu verhindern.

Die Menschen haben ein Recht darauf, zu erfahren, warum dieser rechte Mob in unserer Stadt wüten konnte. Und es ist die Aufgabe aller demokratischen Kräfte im Rat der Stadt Köln, nicht locker zu lassen, bis alle Vorgänge restlos aufgeklärt sind.

Ich finde es gut, dass Menschen jetzt aktiv werden. „Kein Veedel für Rassismus“, das Bündnis vieler Stadtteilinitiativen gegen rechts, die auch die Gegendemonstration veranstaltet haben, wollen die Vorgänge vom 26. Oktober öffentlich dokumentieren. Das sollten wir Ratsmitglieder uns genau ansehen, Hinweise aufgreifen und sie sowohl im Polizeibeirat als auch im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen zur Sprache bringen.

Wir brauchen in den Stadtteilen starke Strukturen gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Wir müssen aber auch über Gewalt in den Stadien diskutieren, und zwar bundesweit,

(Zuruf von Markus Wiener [pro Köln])

und die Hooligans in die Schranken weisen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns weiterhin gemeinsam gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus kämpfen. Wir werden die Resolution unterstützen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linken und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Detjen. - Wir kommen zu Herrn Breite von der Fraktion der FDP.

Ulrich Breite (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrter Herr Polizeipräsident Albers! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich wundere mich, Herr Wiener, dass Sie bei diesem Thema hier noch Zwischenrufe machen. Gerade weil Ihr früherer Held - „Held“ in Anführungsstrichen -, Herr Uckermann, bei der Demonstration gesichtet worden ist, sollten Sie sich einmal überlegen, ob es angebracht ist, hier in diesem Hohen Hause noch Zwischenrufe zu machen.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Ich glaube, alle Rednerinnen und Redner haben heute deutlich gemacht: Der Aufmarsch von Hooligans und Rechtsextremen am 26. Oktober dieses Jahres in Köln muss ein einmaliges Geschehnis bleiben. In anderen Städten wie in Berlin wurden und werden solche Aufmärsche nicht erlaubt. Dies muss auch für Köln gelten. Leider - das haben wir heute gehört - wird in Hannover wahrscheinlich wieder eine solche Veranstaltung stattfinden.

Gewalttätige Exzesse mit einer Intensität wie zu Zeiten der Weimarer Republik haben nicht nur rund um den Kölner Hauptbahnhof für einen Ausnahmezustand gesorgt und zu vielen verletzten Polizisten geführt. Viele Menschen wurden auf Kölner Straßen und Plätzen bis in gastronomische Einrichtungen hinein verfolgt. - Wir haben das selber mitbekommen: Wir wurden angesimst von Freunden, die sich zu dem Zeitpunkt am Eigelstein aufhielten. Sie waren voller Angst von dort geflüchtet und hatten in einer Kneipe Schutz gefunden. - Die Menschen wurden in Zügen der Bahn belästigt und angegangen, sie mussten teilweise sogar um ihr Leben fürchten. Solche Gewalttätigkeit am Fuße des Doms, wie an diesem 26. Oktober geschehen, wollen wir in Köln nicht haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Trotz Ihrer Ausführungen, Herr Polizeipräsident: Ich und meine Fraktion sind der Meinung, der Breslauer Platz ist als Versammlungsort für Demonstrationen völlig ungeeignet. Eine Erlaubnis der Polizei für diesen Ort muss darum einmalig bleiben. Sie haben ja gesagt, dass Sie neue Erkenntnisse dazu haben. Wir sind der Meinung, der Breslauer Platz ist ein unpassender Ort.

Erst die Unterschätzung der Teilnehmerzahlen dieses Hooligan-Aufmarsches - auch wenn Sie jetzt davon gesprochen haben, dass Ihnen die Zahl 4 000 über Facebook bekannt war; wir haben aus Kölner Polizeikreisen auch andere, viel geringere Zahlen gehört; anscheinend war es doch ein Stück weit Unterschätzung -, dann die Fehleinschätzung der Gewaltbereitschaft dieses Aufmarsches und letztlich auch noch die völlig unterschiedliche Einschätzung von Erfolg oder Misserfolg des Polizeieinsatzes vonseiten der Kölner Polizeiführung und des Innenministers: Auch dies muss ein einmaliges Geschehen bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Schon allein, dass die Hooligans und die rechts-extreme Szene nach diesem überaus unglücklichen Erscheinungsbild und den Diskrepanzen zwischen Innenminister und Polizeiführung sich als Sieger nach diesem Aufmarsch fühlten und sich auch noch in Pose setzten, ist uns Liberalen unerträglich.

(Beifall bei der FDP)

Die Vorkommnisse rund um diesen Aufmarsch bedürfen einer gründlichen Aufarbeitung all dessen, was da schiefgelaufen ist. Das wurde hier heute auch angekündigt; dafür bin ich dem Polizeipräsidenten dankbar.

Für die FDP ist jedoch klar und eindeutig: Eine solche Demonstration mit einem solchen Ablauf darf es nicht mehr geben. Insbesondere hat auch der Innenminister als Dienstherr dafür Sorge zu tragen, dass die Polizistinnen und Polizisten besser geschützt sind als an diesem Tage. Unsere Polizisten sind kein Freiwild für Rechtsextreme und Hooligans.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Bei marodierenden ausländerfeindlichen Gewaltbanden im Herzen von Köln muss ein wehrhafter demokratischer Rechtsstaat Flagge zeigen und schon im Vorfeld hart durchgreifen. Das Gewaltmonopol muss auch auf den Straßen

Kölns beim Staat liegen. Ein Sonntag wie dieser darf sich nicht wiederholen. Ich hoffe und ich sehe, darin sind sich alle demokratischen Kräfte hier einig. - Danke schön.

(Beifall)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wir kommen zu Herrn Beckamp von der AfD.

Roger Beckamp (AfD): Herr Oberbürgermeister! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Sehr geehrter Herr Albers! Es wurde schon viel Richtiges gesagt - von fast allen; viel Verkehrtes auch - auf Herrn Detjen ist Verlass. Vielen Dank, dann weiß man, woran man ist.

(Susana dos Santos Herrmann [SPD]:
Er hat die *Zeit* gelesen!)

- Genau. - Wie die anderen auch will ich die Polizisten loben, die den Kopf hingehalten haben. Den Einsatz kann ich nur bedingt loben, aber die Polizisten sind immer zu loben, weil sie ausbaden müssen, wenn sich Krawallmacher auf den Straßen herumtreiben und Probleme bei der Einsatzplanung vielleicht übersehen werden.

Es ist gut, so aktuelle Themen wie dieses zu besprechen. Wir unterstützen das. Wir unterstützen das insbesondere mit Blick darauf, dass demnächst auch die ganzen linken und grünen Hooligans, die nämlich auch ihr Unwesen treiben,

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Was? - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das weisen wir zurück!)

zum Thema gemacht werden, Hooligans wie die sogenannte Antifa oder die Grüne Jugend, die mit Gewalt und Drohungen gegen Andersdenkende vorgehen. Insofern ist das hier ein erster kleiner Baustein im Zusammenhang mit - Sie sagten es eben so schön, Herr Albers; es waren Ihre Worte - kollektiven Gewaltphänomenen. Die sehen wir an vielen Stellen. Es gab schon viele Gelegenheiten, solche Themen zu besprechen. Viele wurden verpasst, aber die heutige Debatte ist sinnvoll und gut. Wir sollten in der Tat demnächst öfter über linke, rechte und islamistische Hooligans sprechen; denn davon haben wir insgesamt genug.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Was soll das denn?)

- Ganz kurz, Frau von Bülow; ich bin gleich fertig. - In diesem Sinne verstehen wir den Beschlussvorschlag als einen ersten Baustein, um eine Gesamtbetrachtung anzustellen; denn die Stadt Köln ist - Sie sagten es ganz richtig - bunt und nicht Rot-Grün. Liebe Frau von Bülow, da Sie sich so echauffieren: Sie haben eben auch etwas Richtiges gesagt. Sie sprachen sich gegen Ausgrenzung und Intoleranz aus. Wir sind froh, Sie an unserer Seite zu wissen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich stehe nicht an Ihrer Seite! Das wissen Sie auch! - Gegenruf von Roger Beckamp [AfD]: Dann ist das ein Missverständnis!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Herrn Zimmermann, Deine Freunde.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal, auf der Tribüne und auch im Internet! Wir begrüßen diese Aktuelle Stunde zu den gewalttätigen Ausschreitungen des rechtsradikalen Mobs ausdrücklich und unterstützen selbstverständlich auch die eingebrachte Resolution.

Es ist gut, dass sich der Rat der Stadt Köln positioniert und sich schützend vor seine Einwohnerinnen und Einwohner stellt. Ganz Deutschland hat entsetzt über diese Vorfälle diskutiert. Es ist Thema im Landtag. Selbst der Bundesinnenminister hat sich dazu geäußert. Nicht nur deswegen sind wir als gewählte Vertreter der Stadt Köln gefordert, uns dazu zu äußern. Wir müssen uns auch darüber Gedanken machen, wie es zu diesen Vorfällen kommen konnte und was wir für Prävention tun können, damit sich solche hass erfüllten Demonstrationen nicht wiederholen können - nicht in Köln, aber auch in keiner anderen Stadt.

Wir haben nun schon einige Redebeiträge gehört. Der letzte war bezeichnend und wieder einmal entlarvend für die rechtspopulistische AfD.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Das ist sehr traurig und kaum aushaltbar. Aber es tun sich auch noch einige andere Fragen auf.

Natürlich entscheidet über Genehmigung oder Verbot einer Demonstration nicht die Stadt Köln, sondern Polizei und Gerichte. Gerade der Informationsfluss zwischen der Polizei und der Stadt Köln interessiert uns; denn dieser ist wichtig, damit die Stadt Gegenmaßnahmen und Schutzmaßnahmen für ihre Einwohner treffen kann.

Ein Beispiel: Viele Benutzer von öffentlichen Verkehrsmitteln haben sich darüber beschwert, dass sie nach Ende der Demonstration in S-Bahnen und Straßenbahnen von Hooligans belästigt wurden. - Uns interessiert, ob die Stadt Köln über die gewalttätigen Ausschreitungen bei dieser Demonstration rechtzeitig informiert wurde und selber für mehr Sicherheit in der KVB und an anderen Stellen hätte sorgen müssen. Dazu haben die Piraten dankenswerterweise eine Anfrage gestellt, auf deren Antwort auch wir von Deine Freunde mit Interesse warten. Wir wollen natürlich nicht, dass der Verdacht entsteht, dass Polizei oder die Stadt Köln dafür Verantwortung tragen. Wir wollen versuchen, daraus zu lernen, wie wir in Zukunft ein bisschen besser darauf reagieren können.

Wir haben von Ihnen, Herr Albers, gehört, welche Anstrengungen Sie im Vorfeld unternommen haben. Besonders erstaunt hat mich, dass Ihre Abfrage bei verschiedenen anderen Behörden keinerlei Anzeichen für gewaltbereite Demonstranten gab. Da muss ich mich schon fragen: War das nicht etwas blauäugig?

Sie haben natürlich recht, wenn Sie sagen: Köln ist von dieser Demonstration überrascht worden. Viele sehen das ähnlich. Das stimmt auch: Die Zivilgesellschaft ist überrascht worden. Die Gegendemonstration ist leider viel zu spät angemeldet worden. Wir konnten nicht mehr rechtzeitig mobilisieren. Sonst hätten wir mehr Antifaschistinnen und Antifaschisten an den Platz bringen und so die Demonstration selbst vielleicht sogar verhindern können. Auch deswegen ist es wichtig, zu erfahren, wie die Stadt Köln von der Polizei informiert wurde, damit wir in Zukunft besser reagieren können.

Leider muss ich Elfi Scho-Antwerpes widersprechen. In unserer Stadt war - leider, leider! - Platz für Rechtsextremismus. Es waren zig Tausende Leute da. Es sind leider auch nicht alle Kölner angewidert gewesen; das fand ich sehr traurig. Ich habe an der Gegendemonstration nicht teilgenommen, weil ich fand, das ist kein Platz, wo man mit zwei kleinen Kindern hingehen sollte;

aber ich habe das Geschehen den ganzen Tag lang in den sozialen Netzwerken verfolgt.

Es war wirklich schockierend und ekelerregend, wie viele Leute diesen simplen Parolen auf den Leim gegangen sind, darunter auch viele junge Leute, wie zum Beispiel Leser des *Stadt-Anzeigers*, die das dort in einem Blog gepostet und auf die einfache Formel verkürzt haben: Wer gegen Salafisten ist, kann kein schlechter Mensch sein; es ist doch gut, wenn dagegen demonstriert wird. - Diese vermeintliche Unterstützung, zumindest so lange, bis es offensichtlich gewalttätig wurde, war sehr breit, sehr tief auch in unserer Stadtgesellschaft verankert. Natürlich ist das nicht die Mehrheit; es ist eine Minderheit, aber eine besorgniserregend große Minderheit.

Deswegen bleibt für uns Prävention extrem wichtig. Ich bitte darum, auch in zukünftigen Haushaltsberatungen darauf zu achten, dass diese nicht nur erhalten, sondern weiter ausgebaut wird. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Zimmermann. - Wir kommen zu Herrn Hegenbarth von der Gruppe der Piraten.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Prinzip ist schon eine Menge dazu gesagt worden - ich schließe mich vor allen Dingen den Worten von Thor von Deine Freunde an - und möchte deswegen nicht alles wiederholen.

Nach wie vor kann ich persönlich nicht verstehen, wieso sich diese radikalen Vollidioten an solch einem prominenten Platz treffen durften, weshalb diese Demo-Route genehmigt und warum die bunte Gegendemonstration lediglich mit ein bisschen Flitterband geschützt wurde.

Dass der Einsatz nicht gut gelaufen ist und doch viele Fehler gemacht worden sind, ist, glaube ich, unbestritten und wird noch weiter aufgeklärt werden müssen. Aber auch die Politik hat hier Fehler gemacht. Die Hysterie, die einige Sicherheitspolitiker um die anderen radikalen Vollidioten namens Salafisten verbreiten, hilft nur den Rechtsextremen, weil sie mit ihrer populistischen - Entschuldigung, Herr Oberbürgermeister! -

Kackscheiße auf Stimmenfang gehen und damit auf fruchtbaren Boden stoßen.

(Markus Wiener [pro Köln]: Das Niveau steigt!)

Die Nazis bekommen dann eben auch Zuspruch durch normale Bürger, wie zum Beispiel ihre Kollegen aus Hamburg, Herr Beckamp.

Ich möchte, dass wir jetzt in die Zukunft schauen. Wussten Sie, dass laut der Studie „Deutsche Zustände“ der Uni Bielefeld fast die Hälfte der befragten Deutschen 2011 der Meinung war, dass in Deutschland zu viele Ausländer leben? Das ist der Kern des Problems. Gegen diese fremdenfeindlichen Einstellungen helfen eben nur Aufklärung, Bildung und mehr Prävention, mehr Prävention auch im Bereich der Erwachsenenbildung; denn hier wird insgesamt noch viel zu wenig getan. Natürlich leistet Köln schon sehr viel in diesem Bereich; aber ausruhen dürfen wir uns eben nicht. Das ist die Lehre auch aus Ho-GeSa.

Im AVR - das ist vorhin schon angesprochen worden - hat Herr Kahlen dankenswerterweise mündlich ein bisschen dezidierter ausgeführt, an wie vielen Beteiligten die Stadt Köln dran ist; das ist auch richtig so und muss weitergehen. Auch wir sind gespannt auf die schriftliche Beantwortung der Fragen durch die Stadt, nämlich inwieweit die Verantwortung gesehen wird.

Lassen Sie mich noch zwei Sätze zum Thema Neonazis rund um die Stadien sagen. Viele Fangruppierungen haben schon lange auf ebendiese Entwicklung hingewiesen. Auch in Köln gibt es bunte Fangruppierungen und ein hervorragendes Fanprojekt, das durch die Stadt finanziell gefördert wird. Allerdings wissen wir auch, dass es, trotzdem dort eine ganze Menge Arbeit ansteht, mit viel zu wenigen Stellen ausgestattet ist. Hier müssen wir noch mehr Verantwortung übernehmen. Wir müssen uns fragen: Wie können wir das Fanprojekt noch stärker unterstützen? Wie können wir die bunten Fangruppen weiter stärken? - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wir kommen zu Herrn Wiener, pro Köln.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sehr verehr-

te Zuschauer auf der Besuchertribüne und im Internet! Es ist gut, dass ich an dieser Stelle die Diskussion wieder einmal zusammenfassen darf;

(Zurufe: Oh!)

denn ich denke, es ist wichtig, bei diesem Thema endlich zu einer Versachlichung der Debatte zu kommen. Hysterie war noch nie ein guter Ratgeber in politischen Angelegenheiten. Pro Köln konzentriert sich daher lieber auf Fakten und Tatsachen.

Fakt 1. Am 26. Oktober sind in Köln nach einem Aufruf der HoGeSa rund 5 000 Menschen zusammengekommen, um gegen die Gefahr des Salafismus zu demonstrieren.

Fakt 2. Unter den Demonstranten befanden sich auch einige Hundert Neonazis und Gewalttäter, die für hässliche Parolen und Ausschreitungen mit der Polizei verantwortlich waren.

Fakt 3. Weil diese Entgleisungen und diese Gemengelage aufgrund der Umstände und der gewählten Organisationsform schon vorher absehbar waren, haben pro Köln und pro NRW bereits im Vorfeld des 26. Oktober klargemacht, nichts mit dieser Demonstration zu tun zu haben. Wir haben ganz bewusst niemals dazu aufgerufen und auch sonst nichts zur Organisation beigetragen, obwohl das Demonstrationsanliegen an sich - gegen den islamischen Extremismus - natürlich genauso gut von der Pro-Bewegung hätte stammen können.

So weit zu den Fakten, die wir gegen diverse anders lautende mediale Verleumdungen bereits auch juristisch erfolgreich geltend gemacht haben.

Kommen wir zurück zu dem, was die etablierten Parteien und die organisierte linke Szene in Politik und Medien aus den Kölner Ereignissen gemacht haben. Es wird nunmehr seit fast drei Wochen ein hysterischer Popanz sondergleichen aufgebauscht, der einen nur noch staunen lässt. Bei jeder linken 1.-Mai-Demo in Berlin oder in Hamburg gibt es ein Vielfaches an Sachschäden, Gewalt oder verletzten Polizeibeamten. Aber nach solchen Krawallorgien habe ich noch nie eine wochenlange deutschlandweite Gegenkampagne erlebt; im Gegenteil, das wird regelmäßig verharmlost, kleingeredet und weggelogen.

Außerdem muss an dieser Stelle auch einmal festgehalten werden, dass sich der überwiegende Teil der Demonstranten am 26. Oktober friedlich und gesetzestreu verhielt. Nichts anderes sagt auch die Zahl von rund 100 eingeleiteten

Ermittlungsverfahren bei rund 5 000 Demoteilnehmern. Gegen 4 900 Demoteilnehmer wird eben nicht ermittelt; auch das gehört zur Wahrheit, selbst wenn sie hier in diesem Gremium nicht populär sein mag.

Zu den verletzten Polizeibeamten hat der Kölner Polizeipräsident Albers auf der Pressekonferenz der Polizei bereits richtigerweise ausgeführt, dass die meisten durch das eigene großzügig versprühte Pfefferspray verletzt worden sind. In ambulante Behandlung mussten sich zum Glück sowieso nur drei Polizeibeamte begeben. Da war zum Beispiel die Zahl der von linken Gegendemonstranten beim Kölner Anti-Islamisierungskongress 2008 verletzten Polizeibeamten um ein Vielfaches höher. Aber damals habe ich nie Klagen von den Altparteien hier gehört; im Gegenteil: Wir müssen uns hier in unerträglicher Weise von den Grünen anhören, dass die Demonstrationen von 2008 von linker Seite friedlich gewesen wären. - Es gab damals Ausschreitungen, es gab Linksextremisten, die sich in gelben Ordnerwesten als Hilfspolizei aufgespielt haben, die Passanten kontrolliert haben, die Leute körperlich angegriffen haben, nur weil sie sie für vermeintlich Rechte gehalten haben. Da war damals eine rote SA am Werk,

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja unverschämt! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Raus mit dem Kerl! - Weitere Zurufe: Buh!)

und das wird hier in unerträglicher Weise verharmlost von den Grünen. Auch das gehört in diesem Zusammenhang auf den Tisch, und auch dafür stehen pro Köln und pro NRW.

Man sollte also bei aller möglichen Kritik die Kirche im Dorf lassen. Weder ist am 26. Oktober in Köln die Welt untergegangen noch kollektiv das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit missbraucht worden. Wenn bei Gewerkschaftskundgebungen der linksextreme schwarze Block randaliert, dann fordert nachher doch auch niemand das Ende der Demonstrationsfreiheit für Gewerkschaften. Das wäre ja auch absurd. Genau so darf auch hier keine falsche Logik angewandt werden.

Meine Damen und Herren, die Pro-Bewegung stand immer schon an der Spitze der politischen Islamkritik in Deutschland. Wir haben selbst vor etlichen Gerichten undemokratische Einschränkungen unserer Versammlungsfreiheit aufheben lassen müssen. Wir werden daher auch nicht wegschauen, wenn nun die etablierte Politik meint, gegen dieses politisch islamkritische

Spektrum mit Grundrechtseinschränkungen vorgehen zu können. Seien Sie versichert, dass auch pro Köln und pro NRW bald wieder größere islamkritische Kundgebungen durchgeführt werden, selbstverständlich auch und gerade wieder hier in Köln. Das kann ich Ihnen jetzt schon versprechen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen damit zum Ende unserer Aktuellen Stunde. Dazu liegt uns eine Resolution vor, die von den antragstellenden Fraktionen eingebracht worden ist. Wer für diese Resolution ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, die Fraktion der CDU, die Fraktion Die Linke., die Fraktion der FDP, die Piraten, Deine Freunde und die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Gruppe pro Köln ist die Resolution angenommen.

Wir kommen zu den weiteren Tagesordnungspunkten.

2.1 Annahme einer Geldspende der Lufthansa AG an das Gürzenich-Orchester Köln 2940/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das so angenommen. Ich bedanke mich ganz herzlich im Namen aller Mitglieder des Rates und der Mitglieder des Gürzenich-Orchesters für diese großzügige Spende.

(Beifall)

Wir kommen jetzt zu den Tagesordnungspunkten unter 3.1:

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.1:

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion betreffend "Bildung von Unterausschüssen" AN/1521/2014

Dazu liegt Ihnen ein Beschlussvorschlag vor. Wir haben zunächst abzustimmen über die Bildung folgender Unterausschüsse:

a) für den AVR: Unterausschuss Stellenplan und Unterausschuss Digitale Kommunikation, Organisation;

b) für den Ausschuss Kultur: Unterausschuss Kulturbauten;

c) für den Ausschuss Gesundheit und Soziales: Unterausschuss Selbsthilfegruppen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist gegen die Bildung von Unterausschüssen? - Das ist pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Besetzung der einzelnen Unterausschüsse. Dazu muss gewählt werden. Es sind folgende Wahlvorschläge eingegangen — —

Ich sehe eine Wortmeldung von Herrn Zimmermann. Bitte schön.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Roters! Die Gruppe Deine Freunde möchte eine Liste zum Unterausschuss Kulturbauten einreichen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Eine Liste zum Unterausschuss Kulturbauten; okay. Wir sind jetzt allerdings beim Unterausschuss Stellenplan. Ich nehme das aber gleich noch auf.

Für den Unterausschuss Stellenplan sind folgende Wahlvorschläge eingegangen: für die SPD Gerrit Krupp und Monika Möller, für die CDU Dr. Ralph Elster und Niklas Kienitz, für die Grünen Manfred Richter und Julia Woller, für die Linke Tjark Sauer und für die AfD Jörg Stottrop.

Wir kommen zur Wahl. Dazu darf ich die Stimmzähler noch vorn zu kommen, damit wir sie ein bisschen instruieren können. Die Wahl wird durch Handzeichen erfolgen.

Herr Haug, bitte.

Jochen Haug (AfD): Herr Oberbürgermeister Roters! Eine Bemerkung: Die AfD möchte ihre Benennung als Ausübung des Grundmandates im Sinne des § 58 Absatz 1 Satz 7 Gemeindeordnung verstanden wissen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das ist schon einmal nachgefragt worden. Für die Besetzung von Unterausschüssen gilt nicht das Prinzip des Grundmandats.

Jochen Haug (AfD): Das wurde gesagt. Uns geht es aber gar nicht darum. Es ist so weit richtig: Für die Besetzung von Unterausschüssen gilt § 58 der Gemeindeordnung nicht unmittelbar. Aber wir sind der Rechtsauffassung, dass sie mittelbar, das heißt analog, gilt; denn eine Analogie hat zwei Voraussetzungen: Erste Voraussetzung ist eine planwidrige Regelungslücke. Ich denke, das liegt unstreitig vor; denn die Gemeindeordnung sieht keine Unterausschüsse vor. Das heißt: Dadurch, dass sie keine vorsieht, gibt es auch keine Regelung für Unterausschüsse. Es gibt also eine Regelungslücke. Zweite Voraussetzung ist eine vergleichbare Interessenlage. Da muss man sich klarmachen: Was hat § 58 Absatz 1 Satz 7 eigentlich für einen Hintergrund?

(Martin Börschel [SPD]: Jetzt aber kein Seminar hier!)

- Ganz kurz, noch 20 Sekunden; dann bin ich durch. - Er hat den Hintergrund, dass Fraktionen, die nicht stimmberechtigt in Ausschüsse kommen, zumindest in den Beratungen dabei sind. Wenn man diese Beratungen jetzt vorverlagert in Unterausschüsse, gilt das natürlich entsprechend.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es ist durchaus nachvollziehbar, dass Sie diese Rechtsauffassung haben. Nach unseren Prüfungen sieht das anders aus. Deswegen werden wir die Wahl, so wie sie jetzt vorgesehen ist, durchführen. Sie können das im Nachhinein beanstanden, wenn Sie der Auffassung sind, es sei rechtswidrig.

Meine Damen und Herren, ich bitte um Aufmerksamkeit, weil wir jetzt tatsächlich auszählen müssen. - Herr Bürgermeister Wirges, würden Sie bitte auf Ihren Platz zurückkehren; das ist notwendig, weil wir jetzt auszählen müssen.

(Martin Börschel [SPD]: Aber der zählt für zwei!)

- Ja, okay. Im Hinblick auf seine langjährige Erfahrung könnte man das fast annehmen. Wir werden bei der Auszählung aber sorgfältig vorgehen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Vorschläge der SPD: Gerrit Krupp und Monika Möller. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das Ergebnis wird entsprechend festgehalten.

Wir kommen zur Abstimmung über die Vorschläge der CDU: Dr. Ralph Elster und Niklas Kienitz. Ich bitte um das Handzeichen für diesen Wahlvorschlag. - Es ist durchgezählt worden.

Wir kommen zur Abstimmung über die Vorschläge der Grünen: Manfred Richter und Julia Woller. Ich bitte um das Handzeichen. - Es ist ausgezählt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Vorschlag der Fraktion Die Linke.: Tjark Sauer. Ich bitte wiederum um das Handzeichen. - Dann ist das so weit geschehen.

Ich weise an der Stelle darauf hin, dass der Vertreter der AfD die Bewerbung von Herrn Jörg Stottrop zurückgezogen hat.

Meine Damen und Herren, während die Stimmen ausgezählt werden, wird die Sitzung kurz unterbrochen. Ich bitte Sie aber, sich nicht allzu weit zu entfernen, damit danach die weitere Besetzung von Unterausschüssen zügig vonstatten gehen kann.

(Unterbrechung von
17.06 bis 17.11 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe Ihnen das Ergebnis der Abstimmung zur Besetzung des Unterausschusses Stellenplan bekannt:

- Für den Vorschlag der SPD wurden 28 Stimmen abgegeben, was bedeutet, dass zwei Mitglieder gewählt sind.
- Vorschlag der CDU: 24 Stimmen; ebenfalls zwei Mitglieder.
- Grüne: 18 Stimmen; ebenfalls zwei Mitglieder.
- Linke: 8 Stimmen; das heißt, ein Mitglied ist gewählt.

Damit haben wir die erste Runde hinter uns gebracht.

Ich darf die Stimmzähler wieder nach vorn bitten. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Besetzung des Unterausschusses Digitale Kommunikation. Es liegt an den Fraktionen, jetzt vollständig anwesend zu sein. Daher rufe ich noch

einmal in aller Ruhe und Freundlichkeit alle Mitglieder der Fraktionen auf, sich jetzt, da wir in den Wahlvorgang eintreten, wieder zu ihren Plätzen zu begeben.

Für den Unterausschuss Digitale Kommunikation, Organisation sind folgende Wahlvorschläge eingegangen:

- für die SPD: Christian Joisten und Gerrit Krupp,
- für die CDU: Dr. Ralph Elster und Herr Florian Braun,
- für die Grünen: Manfred Richter und Jörg Frank,
- für die Linke: Thomas Hegenbarth.

Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wir beginnen mit der Abstimmung über die Wahlvorschläge der SPD. Ich bitte um das Handzeichen bei der Fraktion der SPD. - Es wird ausgezählt.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Vorschläge der CDU. Ich bitte die CDU um das Handzeichen. - Okay.

Ich will noch einmal darum bitten, dass diejenigen, die abstimmen, sich wieder auf ihren Platz begeben. Das ist eine Frage der Disziplin.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Vorschläge der Grünen. Ich bitte um das Handzeichen. - Okay, das wurde erfasst.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Vorschlag der Linken. Ich bitte um das Handzeichen. - Okay.

Damit sind die Abstimmungen abgeschlossen. Ich schlage vor, dass wir die Sitzung während der Auszählung weiter fortsetzen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Besetzung des Unterausschusses Kulturbauten. Beim Unterausschuss Kulturbauten sind neun Positionen zu vergeben. Benannt wurden:

- für die SPD drei Mitglieder: Professor Dr. Klaus Schäfer, Dr. Eva Bürgermeister und Inge Halberstadt-Kausch,
- für die CDU zwei Mitglieder: Dr. Ralph Elster und Theresa De Bellis,
- für die Grünen zwei Mitglieder: Brigitta von Bülow und Sabine Pakulat,
- für die Linke Gisela Stahlhofen,

- für die FDP Ralph Sterck.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir beginnen mit der Abstimmung über die Wahlvorschläge der SPD. Ich bitte um das Handzeichen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Vorschläge der CDU. - Okay.

Wir kommen zur Abstimmung über die Vorschläge der Fraktion der Grünen.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Vorschlag der Linken. - Okay, danke.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Vorschlag der FDP.

Damit ist dieser Wahlgang abgeschlossen.

(Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde]: Herr Oberbürgermeister!)

- Ja, bitte schön.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Roters! Ich hatte zum Tagesordnungspunkt 3.1.1 eine Liste für den Unterausschuss Kulturbauten aufgestellt. Die würde ich jetzt gerne wählen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja. Haben Sie diese Liste hier eingereicht, oder haben Sie sie nur mündlich vorgetragen? Es wäre natürlich besser gewesen, Sie hätten das schriftlich gemacht. Der Wahlvorschlag auf dieser Liste lautet: Herr Zimmermann.

Da jetzt noch eine weitere Liste vorliegt, kommen wir noch einmal zur Abstimmung, und zwar über den Wahlvorschlag: Herr Zimmermann. Wer ist dafür? - Das sind Deine Freunde, also zwei Stimmen.

Während hier das Ergebnis der Auszählung festgestellt wird, setzen wir die Abstimmungen fort.

Es geht jetzt um die Besetzung des Unterausschusses Selbsthilfegruppen.

Als Wahlvorschläge sind eingegangen:

- für die SPD drei Mitglieder: Dietmar Ciesla-Baier, Monika Schultes und Dr. Walter Schulz,
- für die CDU zwei Mitglieder: Ursula Gärtner und Dr. Jürgen Strahl,

- für die Grünen: Marion Heuser und Dr. Ralf Unna,
- für die Linke: Herr Scheffer,
- für die FDP: Frau Hoyer.

Die AfD hat ihren Vorschlag zurückgezogen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir fangen an mit den Wahlvorschlägen der SPD. Ich bitte um das Handzeichen. - Okay.

Wir kommen zu den Vorschlägen der CDU.

Wir kommen zu den Vorschlägen der Grünen.

Wir kommen zum Vorschlag der Linken.

Dann kommen wir zum Vorschlag der FDP.

Damit sind die Wahlvorgänge abgeschlossen. Wir zählen jetzt aus.

Ich gebe Ihnen das Ergebnis der Abstimmung über die Besetzung des Unterausschusses Digitale Kommunikation bekannt. Die SPD belegt mit 27 Stimmen zwei Sitze, die CDU mit 23 Stimmen zwei Sitze, die Grünen mit 18 Stimmen zwei Sitze und die Linke mit 10 Stimmen einen Sitz.

Mit Blick auf die Uhr würde ich vorschlagen, dass wir während der Stimmauszählung in der Tagesordnung weiter fortfahren. Sobald die Ergebnisse vorliegen, werde ich sie Ihnen bekannt geben.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.1.3:

**3.1.3 Antrag der Gruppe Piraten betreffend
"Köln liebt dich – Politik und Tanz im
Kölner Rathaus"
AN/1519/2014**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der
Gruppe Piraten
AN/1580/2014**

Gibt es dazu Wortmeldungen? -

(Martin Börschel [SPD]: Wir wären einverstanden, wenn Herr Hegenbarth beginnt!)

Der Antrag kommt ja von den Piraten. Daher als erster Redner: Herr Hegenbarth. - Bitte schön.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Gewisse Gepflogenheiten sind mir noch nicht ganz klar; aber okay. - Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Köln liebt dich -

Politik und Tanz im Kölner Rathaus“. Bevor hier gleich wieder einige von Spaßanfragen oder Nonsensanträgen sprechen: Uns ist es mit diesem Antrag verdammt ernst; geht es doch um Politik- und Parteiverdrossenheit. Ich bin dankbar, dass Grüne und Sozialdemokraten dies erkannt und diesen Änderungsantrag mit uns gemeinsam eingebracht haben. Es ist sinnvoll, wie in den Punkten 1 und 2 des Änderungsantrags genannt, zu prüfen, inwieweit das vielleicht im Rahmen des „Tages der Jugend im Rathaus“ eingebunden oder im zukünftigen Konzept des Kinder- und Jugendförderplans berücksichtigt werden kann.

Es besteht eine absolute Notwendigkeit, Jugendliche und Erstwähler stärker in die kommunale Politik mit einzubinden. Ergebnisse von Untersuchungen wie der Shell-Studie von 2010 beweisen eindeutig: Das Interesse für Politik ist auf einem historischen Tiefpunkt. Heute schätzt sich nur noch ein Drittel als politisch ein; in den 70er-Jahren waren es noch zwei Drittel einer Generation. Nur 24 Prozent der Befragten des alle drei Jahre stattfindenden Studierendensurveys der Bundesregierung stufen ihr Interesse an Politik als „sehr stark“ ein, 29 Prozent halten Politik hingegen für „unwichtig“. Insoweit sollten wir uns nicht davor scheuen, auch ungewöhnliche Schritte zu gehen und unsere Räume für Veranstaltungen zu öffnen, die es in dieser Form in Köln eben noch nicht gegeben hat.

(Heiterkeit bei Niklas Kienitz [CDU])

- Ja, das ist manchmal lustig.

Vor einigen Wochen war ich in München und habe natürlich auch meinen Ratskollegen Thomas Ranft zu einem Erfahrungsaustausch vor Ort besucht. Kurz zuvor fand in den Räumen des Rathauses das sogenannte „18.Jetzt“-Event statt. Politik und Tanz im Rathaus: Das war sogar für mich als Pirat zunächst einmal ausgesprochen ungewöhnlich. Seit 2005 organisieren die Stadt München und seit diesem Jahr auch die Stadt Nürnberg mit „Nürnberg loves you“ jährlich eine solche Veranstaltung in ihren Rathäusern. Unter Schirmherrschaft und persönlicher Ansprache der Oberbürgermeister Ulrich Maly und Dieter Reiter, die Sie, Herr Roters, mit Sicherheit sehr gut kennen, wird dort getanzt, politisch diskutiert, aber eben auch den Jugendorganisationen der Parteien und der Rats- und Ausschussarbeit eine entsprechende Bühne gegeben. Dies ist so erfolgreich, dass dort jährlich mehrere Tausend Jugendliche und Erstwähler nicht nur tanzen und Party machen, sondern auch die Rathäuser sich etwas verwandeln; denn es wird Nähe gezeigt

mit einer Generation, die das bis jetzt vielleicht so nicht kennt.

Für uns alle kann das nur ein Gewinn werden. Räume dafür sollten wir genug haben. Jahrzehntelange Erfahrungen haben wir Kölner auch. Unser Karneval wird ja gerne und ausgiebig in unseren Räumen gefeiert und zu Recht honoriert. - Danke.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wir kommen jetzt zu Herrn Pöttgen. Bitte schön.

Andreas Pöttgen (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Köln liebt dich“, so lautet die Überschrift des Piraten-Antrags. Liebe ist ein großes Wort, das mit Bedacht eingesetzt werden sollte. Bei der SPD-Fraktion haben Sie mit Ihrem Antrag trotzdem offene Türen eingerannt. Bei uns herrscht Freude über Ihre Initiative, für die wir uns herzlich bedanken möchten.

Wir teilen die Ziele Ihres ursprünglichen Antrags, junge Menschen in dieser Stadt mitzunehmen, sie zu begeistern für das, was wir hier machen, sie zum Nachdenken anzuregen, wie Politik so gemacht werden kann, dass alle Teile der Stadtgesellschaft ein Interesse entwickeln, unsere Stadt weiterzuentwickeln.

Mit diesem Antrag heute betritt der Stadtrat aber kein Neuland in der Debatte. Bis eben saßen Schülerinnen und Schüler auf der Tribüne, die am Tag der Jugend im Rathaus teilnehmen. Diese Veranstaltung hat in Köln eine lange Tradition. In den Jugendverbänden und Schulen gab es in den vergangenen Jahren eine ausführliche Debatte, wie man das Modell der Partizipation von Kindern und Jugendlichen weiterentwickeln kann.

Für meine Fraktion kann ich vortragen: Wir haben ein wenig Zweifel daran, ob ein Tanzabend im Kölner Rathaus allein für die Weiterentwicklung dieses Konzeptes ausreichend ist. Deswegen haben wir gemeinsam mit den Grünen und mit Ihnen von den Piraten diesen Änderungsantrag eingereicht. Das „Hearing Partizipation“ war eine rot-grüne Initiative im Rat der Stadt Köln, die zum Ziel hatte, die Partizipation weiterzuentwickeln. Der Tag der Jugend ist quasi bis heute

nur ein Baustein. Wir wollen die positiven Erfahrungen aus Bürgerbeteiligungen wie zum Beispiel im Bereich der Stadtentwicklung nutzen, um gemeinsam mit den Jugendverbänden, dem Kölner Jugendring und den Kölner Schulen zu diskutieren, wie wir das weiterentwickeln können. Wir haben doch mit den Jugendverbänden, dem Jugendring und den BezirksschülerInnenvertretern Expertinnen und Experten des selbst organisierten demokratischen Alltags. Deren Kompetenz sollten wir nutzen.

Daher verstehen wir diesen Änderungsantrag als ausgestreckte Hand an die Jugend dieser Stadt, Köln weiter liebenswert zu machen und weiterzuentwickeln. Wir würden uns daher über Ihre Unterstützung freuen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Frau Rabenstein von der Fraktion der Grünen.

Svenja Rabenstein (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe leider wenig verbliebene Kinder und Jugendliche, die jetzt noch auf der Tribüne sitzen! Ich gehe davon aus, dass wir alle heute hier im Ratssaal sitzen, weil wir uns, wenn auch mit unterschiedlichen Ideen und Vorstellungen, für diese Stadt engagieren wollen, weil wir uns mit unserer Stadt verbunden fühlen. Wir lieben Köln.

Am Anfang eines jeden Engagements steht die Beziehung zu etwas, zu jemandem, zu einer Gemeinschaft. Darum ist der Titel des Antrags „Köln liebt dich“ gut gewählt. Er drückt aus, was wir brauchen: ein Angebot der Stadt an die Jugend, ein Willkommenheißen, das Signal „Die Stadt und ihr Rathaus gehören auch dir“, eine Wertschätzung denen gegenüber, die schon jetzt und in absehbarer Zukunft, so hoffen wir, auch hier im Ratssaal diese Stadt mitgestalten.

Wenn wir eine aktive und bunte, eine vielfältige und eine demokratisch engagierte Stadtgesellschaft wollen, dann kommt es auf den Anfang an. Wir müssen alles daransetzen, die Jugend in die Mitte der Stadtgesellschaft zu holen und Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. Das heißt auch: Wir müssen ein Stück Macht abgeben, die heiligen Hallen öffnen, der Jugend den roten Teppich ausrollen und uns auch mal auf ein bisschen Visionäres einlassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der Linken)

Mit der „Rathauschule“ haben wir ein bewährtes Angebot zur politischen Bildung, und das ist gut so. Aber wir wollen jetzt darüber hinausgehen und mehr als nur 90 Schülerinnen und Schüler pro Jahr ansprechen. Wir, die wir hier alle ja auch nicht mehr ganz frisch sind,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen -
Michael Weisenstein [Die Linke.]: Was?)

müssen dabei selber neugierig sein, und wir sollten lernen wollen von denen, die in 10 oder 20 Jahren vielleicht hier sitzen oder der Stadt an einer anderen Stelle eine Stimme geben.

Wenn wir Jugendliche ernst nehmen und ihnen das auch vermitteln wollen, dann sollten wir ihnen das geben, was wir auch gerne haben: Wertschätzung. Das kann vielleicht ein Empfang im Hansasaal sein mit Begrüßung durch den Oberbürgermeister für all diejenigen, die sich in Jugendverbänden, in Schülervertretungen oder anderswo engagieren, oder für alle, die volljährig werden. Wir können herausfinden, ob sie das eher altbacken oder retro finden oder sich etwas ganz anderes wünschen.

Bei der Kölner Tagung zur Partizipation haben sich viele Jugendliche sehr deutlich und auch sehr differenziert zu Wort gemeldet. Sie wollen mitreden, und sie wollen sich engagieren. Diese Motivation sollten wir aufgreifen und nicht verpuffen lassen, getrieben von der Angst, welche Auswirkungen es haben könnte, wenn wir der Jugend Raum geben, sich in unserem Heiligsten breitzumachen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Darum geben wir der Verwaltung den Auftrag, gemeinsam mit den Jugendlichen Vorschläge zu erarbeiten, wie ein Angebot aussehen kann, das junge Menschen im Einsatz für unser Köln und ihre Zukunft hier begeistert. Sie lieben nicht nur ihre Stadt; sie werden auch etwas für sie tun. Da bin ich sicher.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Wir kommen zu Herrn Kockerbeck.

Heiner Kockerbeck (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möch-

te es nicht lang machen. Die Fraktion Die Linke. wird den Änderungsantrag unterstützen, weil wir den für sehr gut halten. Er ist eine Weiterentwicklung des ursprünglichen Antrags, er ist umfassend, er gibt nicht nur einen guten Impuls, sondern auch noch etwas Raum zum Nachdenken.

Wenn wir über Jugendliche und Politikverdrossenheit sprechen, ist das im Grunde ein sehr weit gehendes Thema, je nachdem, was wir einbeziehen. Gibt es überhaupt Politikverdrossenheit? Wir haben festgestellt, dass es bei Jugendlichen in den letzten Jahren ein sehr großes Engagement gibt, etwa für Themen wie Ökologie, Tierschutz, Kampf gegen rassistische Vorurteile, Hilfe für Entwicklungsländer in der Einen Welt, freie Zugänglichkeit des Internets usw. Wir sehen ein anderes Problem: Dieses Engagement geht einher mit einer gewissen Fremdheit gegenüber den etablierten Organisationen. Das betrifft im Übrigen nicht nur die Politik, also Parteien, den Rat, den Staat, sondern es betrifft auch andere Großorganisationen. Auch Gewerkschaften und die Kirchen haben damit Probleme.

Wir können jetzt beschließen, eine solche Veranstaltung zu machen. Wie gesagt, das unterstützen wir. Wir müssen uns aber auch Gedanken machen, was wir an der Arbeitsweise unserer Kommune und auch an unserer Politik ändern können, damit die Menschen in unserer Gesellschaft sich wieder mehr angesprochen fühlen.

Wir haben ja auch das bekannte Problem, dass in manchen Stadtteilen Kölns viel weniger gewählt wird als in anderen, dass es eine geringe Wahlbeteiligung gibt. Gerade in Vierteln wie Mülheim und Kalk, wo viele Menschen mit geringen Einkommen wohnen, ist die Wahlbeteiligung sehr gering.

Ich denke, wir können das eine tun, nämlich eine solche Veranstaltung machen; aber wir müssen uns auch dem großen anderen Problem widmen, nämlich: Woher kommt die Distanz von Teilen der Bevölkerung und auch von großen Teilen der Jugend gegenüber unserem Staat und unserem politischen System?

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Wir kommen dann zu Frau Laufenberg.

Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Da-

men und Herren! Auch die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln begrüßt die Initiative der Piraten, insbesondere aber den Änderungsantrag von Piraten und Rot-Grün. Der ursprüngliche Antrag war ein bisschen verbesserungswürdig. Dementsprechend glaube ich, dass jetzt eine gute Lösung gefunden worden ist.

Wir als FDP freuen uns insbesondere, weil wir bereits seit 2011 fordern, dass der Tag der Jugend weiter ausgebaut wird. Wir haben in den Bezirken entsprechende Anträge gestellt, die leider vonseiten Rot-Grün entweder abgelehnt oder verwiesen wurden oder in die Warteschleife geraten sind. Dementsprechend freue ich mich sehr, dass wir das hier heute gemeinsam weiter ausbauen.

(Beifall bei der FDP)

Des Weiteren freut es mich natürlich, dass wir heute einen gemeinsamen Beschluss fassen, weil der Tag der Jugend immer als Erstes auf der Streichliste steht. Wir beraten und beschließen bald den Haushalt. Ich hoffe, dass der Kürzungsvorschlag „Tag der Jugend im Rathaus“ diesmal nicht kommt. Ich glaube, dass wir das jetzt gemeinsam machen können, und würde mich darüber sehr freuen. Dementsprechend wird die FDP diesem Antrag hier heute zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wir kommen dann zu Herrn Dr. Schlieben für die Fraktion der CDU.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Antragsteller, die CDU liebt solche Anträge, und die CDU tanzt mit. Wir werden uns also dem breiten Votum hier im Rat der Köln anschließen und damit auch ein Zeichen der Gemeinsamkeit gegenüber der heute nicht mehr in großer Anzahl anwesenden Jugend zu geben; sie sitzen wahrscheinlich alle am Bildschirm zu Hause und verfolgen diese interessante Ratsdebatte, die noch bis 22.30 Uhr gehen wird.

Klar muss aber auch sein: Über Tanz und Fest und Vergnügen hinaus haben die Jugendlichen auch ganz konkrete Forderungen, die sie in den Partizipationsprozess mit einbringen. Es wäre gut, wenn die Beschlüsse, die beim Tag der Jugend im Rathaus gefasst werden, im Jugendhil-

feausschuss weiter thematisiert oder sogar zur Abstimmung gestellt würden.

(Beifall bei der CDU)

Denn das würde den Jugendlichen zeigen, dass wir über den Tanz hinaus auch ihre Forderungen ernst nehmen. Ich will nicht unterstellen, dass wir sie nicht ernst nehmen; aber so weit waren wir in dem Prozess bisher noch nicht.

Ich will jetzt nicht alles an Lob und Positivem, was hier schon gesagt worden ist, wiederholen. Also, meine Damen und Herren: Lassen Sie uns gemeinsam tanzen, aber lassen Sie uns das noch ein bisschen unterfüttern. Hören wir jetzt noch den letzten Rednern dazu zu, damit wir danach die spannende Ratssitzung weiter fortsetzen können. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Dr. Schlieben. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir jetzt zur Abstimmung kommen. Wer gegen den Änderungsantrag der vorgenannten Fraktionen ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer Enthält sich? - Einstimmig angenommen. Die jungen Menschen in unserer Stadt wird das freuen.

(Beifall)

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 3.1.4:

3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Lange Nacht der Industrie 2015 ff - Köln beteiligt sich!" AN/1520/2014

Herr van Geffen, bitte.

Jörg van Geffen (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die bloße Ankündigung, dass ein Industrieunternehmen plant, zu expandieren, sein Betriebsgelände zu erweitern, führt heute fast reflexartig dazu, dass Anwohner sich besorgt zu Wort melden. Nicht selten werden Bürgerinitiativen ins Leben gerufen. Begründet wird dies dann häufig zum Beispiel mit Verkehrsbelastungen und Eingriffen in die Natur, schlicht mit weniger Lebensqualität. Gewiss haben viele Menschen bei dem Stichwort „Industrie“ immer noch die qualmenden Schloten der 60er- und 70er-Jahre vor Augen. Aber ist diese Vorstellung von Industrie, ist dieser Blick auf In-

dustrie nicht in weiten Teilen längst überholt? Wir denken, ja.

In den vergangenen Jahrzehnten wurden erfolgreich vielfältige Anstrengungen unternommen, Belastungen für die Menschen und für die Umwelt zu reduzieren, nicht zuletzt durch den Einsatz moderner und modernster Technik. Dennoch kämpft die Industrie auch heute noch gegen das Image an, schmutzig und laut zu sein. Die IHK Köln hat darauf mit einer Akzeptanzoffensive reagiert. Im Mittelpunkt steht der direkte Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern. Diese Offensive begrüßen wir außerordentlich.

Ein weiterer Baustein für die Schaffung von mehr Industrieakzeptanz in unserer Stadt wird aus unserer Sicht die „Lange Nacht der Industrie“ sein, die in vielen Regionen der Bundesrepublik bereits heute etabliert ist. Worum geht es im Kern?

Interessierte Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, moderne Industrieunternehmen verschiedenster Branchen kennenzulernen und einen Blick hinter die Kulissen zu werfen. Das halten wir für ausgesprochen wichtig und sinnvoll; denn das, was man kennt, kann man einfacher und verlässlicher beurteilen als jenes, was man nur vom Hörensagen kennt. Besucherinnen und Besucher werden dabei zudem die Feststellung machen, dass Industrie heute eben nicht mehr zwingend mit Lärm und Schmutz verbunden sein muss. Die Industrie im Jahr 2014 ist eben auch in nicht unerheblichem Maß Ort von Forschung und Wissenschaft.

Die Unternehmen wiederum haben die Möglichkeit, sich als attraktive Arbeitgeber und nicht zuletzt auch als Ausbildungsbetriebe mit Perspektive zu präsentieren. Gerade der letztgenannte Aspekt ist in Zeiten des vielfach diskutierten Fachkräftemangels wirklich nicht zu vernachlässigen.

In Köln gibt es bereits seit einigen Jahren die erfolgreiche „Nacht der Technik“ mit einer vergleichbaren Zielrichtung. Den Organisatoren gelten unser Respekt und unser Dank für diese hervorragende Initiative. Es liegt aus unserer Sicht nahe, zu prüfen, inwieweit dieses bewährte Format mit der „Langen Nacht der Industrie“ verknüpft werden kann.

Meine Damen und Herren, nach Angaben der IHK Köln stehen die rund 4 800 Industrieunternehmen in der Wirtschaftsregion Köln mit ihren 130 000 Beschäftigten für einen Umsatz von fast 58 Milliarden Euro. Die Bedeutung der Industrie für unsere Wirtschaft und damit insbesondere die

Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in unserer Stadt und der Region sind aus Sicht der SPD-Fraktion nicht zu unterschätzen. Wir sind deshalb der Auffassung, dass es großen Sinn macht, in einer gemeinsamen Anstrengung von Wirtschaft, Verwaltung und Politik mit der Organisation einer „Langen Nacht der Industrie“ den Versuch zu unternehmen, für mehr Akzeptanz moderner Industrie zu werben.

Ich bitte daher um breite Zustimmung zu unserem Antrag und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wir kommen zu Herrn Dr. Strahl für die Fraktion der CDU.

Dr. Jürgen Strahl (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es kurz. Die CDU-Fraktion wird für diesen Antrag stimmen. Natürlich unterstützen wir jedwede Initiative, die dem Ansehen und dem Wirken der Kölner Wirtschaft in der Öffentlichkeit förderlich sein kann.

(Beifall bei der CDU)

Die Wirtschaft ist elementarer Bestandteil des Kölner Lebens. Wir sind auf die Umsetzung des Vorhabens gespannt, behalten uns aber natürlich vor, den Erfolg des Vorhabens einer Bestandsaufnahme zu unterziehen. Das erscheint uns nötig, weil Nutzen und Aufwand einer solchen PR-Veranstaltung in einem vernünftigen Verhältnis stehen müssen, insbesondere unter dem Aspekt, dass die Initiative bisher weder von der IHK noch von der Kölner Industrie aufgegriffen wurde. Nur so wird die Aktion als zukunftsträchtiges Ereignis zum Wohle der Wirtschaft und der Stadt etabliert werden können. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Dr. Strahl. - Wir kommen zu Herrn Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, dass es gegen diese Initiative, die wir gerne zusammen mit der SPD unterstützen, auch Vorbehalte gibt, weil es so etwas in

der Form in Köln bisher noch nicht gibt und weil die Akteure, insbesondere die Industrie- und Handelskammer, sich vielleicht noch nicht damit auseinandergesetzt haben. Ich glaube aber, dass sie leicht zu überzeugen sein werden; denn Köln wäre unter Wert verkauft, wenn wir den industriellen Sektor völlig ausblenden würden.

Wir haben zwar durch den Strukturwandel inzwischen einen interessanten und vor allem auch stabilen Branchenmix. Das ist nicht nur hinsichtlich der Gewerbesteuer von Vorteil, weil wir jetzt nicht mehr von nur zwei oder drei Industrieunternehmen abhängig sind, sondern insbesondere auch für die Beschäftigungslage.

Trotz allem spielt die industrielle Produktion immer noch eine große Rolle, und sie hat sich in den letzten 30 Jahren stark gewandelt. Nur das Bild, das viele, insbesondere auch jüngere Menschen von Industrie haben, ist in der Regel immer noch das der frühen 80er-Jahre, nämlich: hohe Umweltverschmutzung, hoher Schadstoffausstoß, unbegrenzte Lärmemissionen, Verschmutzung der Binnengewässer. Das war natürlich tatsächlich vor 30 und mehr Jahren der damalige Verg Status. Aber gerade der Erfolg von Umweltbewegungen und - das sage ich mit aller Bescheidenheit - meiner eigenen Partei hat zu einem Wandel in der Industrieproduktion geführt. Inzwischen wird wesentlich umweltverträglicher und ressourcenschonender produziert.

Ein weiterer Faktor ist natürlich die Globalisierung. Die Globalisierung hat dazu geführt, dass einfache Massenproduktion, auch die, die sich wenig an Umweltstandards hält, hier in Deutschland, aber auch in den benachbarten Industriestaaten kaum noch eine Rolle spielt. Sie wurde in Schwellenländer verlagert und verursacht dort Probleme.

Industrieproduktion hier hat aber nur Zukunft, wenn sie innovativ, spezialisiert und auf einem hohen Niveau stattfindet, wenn klar ist, dass ein entscheidender Faktor der Wertschöpfung auf Forschung und Entwicklung und auf Kommunikationstechnologie beruht und Ressourcenschutz und Ökoeffizienz eben erst durch neue Produktions- und Managementverfahren möglich werden. Dieser Weg wird schon gegangen. Ich denke, es ist richtig, dass Industrieunternehmen, die diesen Weg gehen, unbedingt auch die Gelegenheit erhalten sollen, sich darzustellen. Deshalb ist eine solche Veranstaltung, insbesondere wenn sie sich dauerhaft etabliert, sicherlich von hohem Wert für alle Beteiligten in Köln, insbesondere auch für all diejenigen, die nach Ausbildungsplätzen suchen und sich dann vielleicht stärker

für diese Bereiche interessieren, als es bisher der Fall ist.

Insofern denke ich, dass dieser Impuls, auch wenn es da noch die einen oder anderen Vorbehalte gibt, auf jeden Fall richtig ist. Wir sollten die Verwaltung darin ermutigen, dabei als Moderator zu agieren und die Akteure zusammenzuführen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Frank. - Wir kommen dann zu Herrn Houben. Bitte schön.

Reinhard Houben (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Auch die FDP-Fraktion freut sich natürlich über diesen Antrag. Wenn man das Thema aber etwas genauer recherchiert, muss man doch sagen: Da ist auch viel „Schi Schi“ dabei.

Erstens. Wir haben seit fünf Jahren den äußerst erfolgreichen Veranstaltungskreis „Lange Nacht der Technik“. Erfreulich an dieser Veranstaltung ist, dass die Träger eben nicht die üblichen Verdächtigen sind, sondern in dem Fall VDI und VDE. Diese Veranstaltung ist erfolgreich. Sie wird am 12. Juni 2015 durchgeführt werden. Interessant ist auch, dass die Stadt Köln unterstützender Partner dieser Veranstaltung ist. Deswegen stellt sich für uns schon die Frage, warum wir hier eine Wettbewerbsveranstaltung ins Leben rufen sollen, die, wenn wir denn so schnell sind, am 29. Oktober 2015 stattfinden würde; denn das ist der Termin für die „Lange Nacht der Industrie Rhein-Ruhr“.

Zweitens. Wer ist der Träger dieser Veranstaltung? Träger ist im ersten Schritt ein eingetragener Verein, nämlich: Zukunft durch Industrie e. V. Auf der Internetseite ist als Unterstützerin und Ansprechpartnerin Frau Betzing von der IHK Köln zu finden. Also, es gibt die Verbindung schon. Vielleicht hat es in Köln gar nicht das Interesse gegeben, wenn man schon eine erfolgreiche Veranstaltung hat, nun noch eine Konkurrenzveranstaltung aufzuziehen. Deswegen sehen wir den Antrag an der Stelle mit einer gewissen Kritik.

Allerdings bin ich auch beruhigt, meine Damen und Herren; denn wer den letzten Satz des Antrags liest, wird feststellen, dass wir den Antrag ruhig beschließen können. Ich zitiere, Herr Oberbürgermeister:

Die Unterstützung seitens der Stadt Köln soll ohne zusätzlichen Haushaltsaufwand erfolgen. Über die Ergebnisse berichtet die Verwaltung dem Wirtschaftsausschuss.

Meine Damen und Herren, wir schimpfen ja gern über die Verwaltung.

(Martin Börschel [SPD]: Sie vielleicht, wir nicht!)

Aber wenn man schon in einem Antrag schreibt, es darf nichts kosten, dann ist natürlich die Chance, dass eine solche Sache erfolgreich wird, durchaus überschaubar.

Meine Damen und Herren, wir werden also freudig diesem Antrag zustimmen und sind gespannt, ob am 29. Oktober 2015 diese Veranstaltung, wie hier angeregt, in Köln durchgeführt wird. Ich empfehle allen, erst einmal am 12. Juni zur „Langen Nacht der Technik“ zu gehen. Die hat sich in Köln bewährt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Houben. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir zur Abstimmung kommen. Wer gegen diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, darf ich Ihnen weitere Abstimmungsergebnisse zur Besetzung von Unterausschüssen bekannt geben.

Zunächst zum Unterausschuss Kulturbauten:

- Für die SPD wurden 28 Stimmen abgegeben; sie erhält drei Sitze.
- CDU: 24 Stimmen; drei Sitze.
- Grüne: 18 Stimmen; zwei Sitze.
- Linke: 8 Stimmen; ein Sitz.

Für die FDP wurden 5 Stimmen und für Deine Freunde 2 Stimmen abgegeben. Dies führte nicht zu einer Berücksichtigung in dem betreffenden Unterausschuss.

Dann zum Unterausschuss Selbsthilfegruppen:

- SPD: 28 Stimmen; drei Sitze.

- CDU: 24 Stimmen; drei Sitze.
- Grüne: 18 Stimmen; zwei Sitze.
- Linke: 8 Stimmen; ein Sitz.

Für die FDP wurden 5 Stimmen abgegeben; das fand nach Hare-Niemeyer leider keine Berücksichtigung.

Wir kommen jetzt zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.5 Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend "Neubau des Historischen Archivs mit der Kunst- und Museumsbibliothek" **AN/1495/2014**

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke.
AN/1584/2014

Wir beginnen mit Herrn Dr. Elster.

Dr. Ralph Elster (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das Thema Kunst- und Museumsbibliothek erörtern wir hier nicht zum ersten Mal, aber wir stehen bei dem Projekt am Eifelwall jetzt kurz vor einem sehr wichtigen Meilenstein; denn es wird nächsten Monat, vielleicht auch erst Anfang nächsten Jahres die Entwurfsplanung für die kleine Lösung vorgelegt. Kleine Lösung bedeutet: Historisches Archiv ohne die Kunst- und Museumsbibliothek.

Das ist für uns Antragsteller von der CDU und der FDP der Moment, wo wir gemeinsam mit Ihnen noch einmal darüber nachdenken wollen, welche Lösung für die Stadt Köln tatsächlich die richtige ist. Wir sind der Meinung: Die richtige Lösung ist die große Lösung.

Bevor ich das jetzt begründe, möchte ich noch einmal ein bisschen länger ausholen; denn es sind so viele neue Gesichter hier im Rat der Stadt Köln, dass es vielleicht lohnt, noch ein bisschen Invest in die Geschichte dieses Antrages zu machen.

Wer und was ist eigentlich die KMB? Die Kunst- und Museumsbibliothek hier in Köln ist, obwohl sie kaum bekannt ist, eine Rieseninstitution. Sie ist weltweit eine der größten öffentlichen Präsenzbibliotheken für Zeitgenössische und Moderne Kunst und ist mit diesem Schwerpunkt über Jahre hinweg von der DFG gefördert wor-

den. Sie wird auch heute noch mit Projektmitteln unterstützt.

Die KMB ist außergewöhnlich wichtig für die Stadt und für die Kulturszene unserer Stadt, weil wir viele Galerien haben, weil wir viele Auktionshäuser haben, weil wir ein großes Fachpublikum haben, das in der KMB arbeiten kann. Aber auch die Universität und die Studierenden unserer Hochschulen nutzen die KMB in erheblichem Umfang.

Von daher: Sie ist ein außerordentlich wichtiges Institut. Aber die Abläufe sind im Kattenbug - dort ist die KMB heute angesiedelt - fast nicht mehr durchführbar. Es ist kein unterstützender Ablauf mehr möglich. Von daher gab es die Notwendigkeit eines Neubaus.

Es war ein außergewöhnlich intelligenter Schachzug Ihres Vorgängers, Herr Roters, die KMB gemeinsam mit dem Historischen Archiv am Eifelwall neu zu platzieren, neu zu definieren. Das war vor allem deswegen hervorragend, weil zu diesem Zeitpunkt auch die Universität ins Blickfeld rückte. Die Universität hatte die Möglichkeit, den Masterplan zu verwirklichen und die KMB künftig gemeinsam mit der Stadt Köln zu betreiben. Das muss man vorausschicken.

Es gab eine finanzielle Zusage von 140 000 Euro jährlich. Der eine oder andere kann ja mal den Zinsrechner anwerfen. Mit diesem Geld könnte man, wenn die Gebäudewirtschaft clever agiert, bis zu 10 Millionen Euro Zinsen bedienen. Das ist eine außergewöhnlich hohe Summe und wäre in etwa die Hälfte dessen, was notwendig ist, um die KMB überhaupt zu realisieren.

Von daher war für uns immer klar, dass die große Lösung die richtige ist. Leider hat sich der Rat im letzten Jahr anders entschieden, und zwar - das muss man sagen - auf Basis falscher Tatsachen und falscher Informationen. Zum Beispiel hat uns die Verwaltung seinerzeit informiert, die Umplanung von der großen zur kleinen Lösung würde maximal sechs Monate in Anspruch nehmen. Meine Damen und Herren, wir sind heute 18 Monate weiter, und die Ergebnisse dieser Umplanung liegen immer noch nicht vor. Eine andere Fehlinformation war, dass die Situation am Kattenbug sich entspannt hätte. Das ist allerdings auch nicht eingetreten. Eine weitere Information, die für die damalige Entscheidung von Rot-Grün letztlich wichtig war, besagte, dass die große Lösung erheblich teurer würde als die kleine Lösung. Das, meine Damen und Herren, hat die Verwaltung mittlerweile selbst widerlegt; denn die Verwaltung hat in Antworten auf Anfra-

gen, unter anderem auch von den Linken, deutlich gemacht, dass eine selbstständige Lösung für die KMB mindestens 20 Millionen, eventuell sogar 30 Millionen Euro kosten wird.

Das bedeutet: Wir haben zusätzlich zum Baupreis für die kleine Lösung auch noch den Preis für die Neubaulösung der KMB - diese Alleinlösung - zu addieren. Das macht insgesamt mehr Geld aus, als wir in die Hand nehmen würden, wenn wir heute am Eifelwall bauten. Von daher spricht eigentlich kein einziges rationales Argument dafür, nicht die große Lösung zu verfolgen.

Wir könnten heute mit der großen Lösung beginnen. Wir bräuchten gar nicht mehr die Fertigstellung der Entwurfsplanung abzuwarten. Aber selbst wenn wir beide Lösungen vergleichen würden, käme ganz klar heraus: Die große Lösung am Eifelwall ist definitiv die richtige Lösung, weil sie Geld spart und weil sie das Archiv und die Universität und die KMB insgesamt in eine Win-win-Situation bringt. Das ist für alle das Beste, was man sich an diesem Standort tatsächlich vorstellen kann.

Wenn man sich den Änderungsantrag von Rot-Grün und leider auch von den Linken - ich bin sehr erstaunt darüber - anschaut, stellt man fest: Der erste Punkt ist überflüssig. Natürlich begrüßen auch wir die Kooperation, die da zustande kommt. Aber hier geht es im Augenblick - das wird Frau Laugwitz-Aulbach wahrscheinlich auch noch vortragen - um eine digitale Bibliothek. Die KMB hat aber 420 000 Bildbände und Bücher, die untergebracht werden müssen. Da reicht es eben nicht, zwei Festplatten zu kaufen.

Im zweiten Spiegelstrich wird gefordert, es soll eine tragfähige Lösung für den Raumbedarf entwickelt werden. Dazu schlagen SPD, Grüne und Linke vor, nach einem geeigneten Standort zu suchen. - Aber den geeigneten Standort haben wir schon; nach dem brauchen wir nicht mehr suchen. Der geeignete Standort ist eben am Eifelwall.

Auch der letzte Punkt ist interessant. Dort heißt es: „Dieses Vorhaben duldet keinen weiteren Aufschub.“ - Es ist jetzt völlig egal, welche der beiden Entwurfsplanungen Sie zur Ausführung bringen; zeitlich dürfte das einen Unterschied von ein oder zwei Monaten ausmachen. Wenn am Ende ein tolles Archiv und eine tolle KMB herauskommen und noch dazu die Universität richtig in dieses Projekt einsteigen kann, dann haben alle gewonnen, insbesondere auch die Stadt Köln und die Kulturszene.

Deshalb fordern wir Sie auf: Stimmen Sie für unseren Antrag! Stimmen Sie für die Kölner Kultur- und Wissenschaftsszene! Stimmen Sie für die KMB am Eifelwall! - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Dr. Elster. - Wir kommen zu Herrn Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Werter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Der Kollege Elster hat ja schon sehr umfänglich zum Antrag von CDU und FDP Stellung genommen. Dem kann ich mich natürlich vollumfänglich anschließen. Aber ich will die Gelegenheit nutzen, drei Aspekte noch einmal besonders zu beleuchten, nämlich: die Frage der Architektur des Entwurfs, den wir ausgewählt haben, die Frage der Finanzen und die Frage der Zeitschiene.

Der Entwurf, den wir ursprünglich zum Siegerentwurf gekürt hatten und der zur Umsetzung kommen sollte, hatte die geniale Idee, gerade die öffentlichen Teile der Kunst- und Museumsbibliothek - das Freihandmagazin und die Arbeitsbereiche für die Öffentlichkeit - nach vorne zu ziehen und damit ein lichtdurchflutetes Gesicht zur Stadt zu bilden. Das heißt, durch die Umplanung nun ist nicht nur der Kubus des Gebäudes in irgendeiner Form verkleinert worden, sondern gerade dieser der Stadt zugewandte Teil, der dem Historischen Archiv auch als Bürgerarchiv gutgetan hätte, wird jetzt weggeschnitten. Das ist ein großer Unterschied im Vergleich zur ursprünglichen Planung. Dieser Aspekt geht verloren, wenn wir das Historische Archiv ohne die Kunst- und Museumsbibliothek realisieren.

Im Bereich der Finanzen - Herr Elster hatte es bereits angesprochen - wurde uns im Grunde etwas vorgegaukelt. Es gab die Milchmädchenrechnung, es würde in irgendeiner Form günstiger, wenn man die beiden Institutionen trennt. Unabhängig von der Frage, welche Kosten für die Umplanung jetzt schon entstanden sind, verursacht durch den Beschluss von Rot-Grün: Ungeklärt ist nach wie vor die Unterbringung der Kunst- und Museumsbibliothek, ein Problem, das nachher zusätzliche Kosten verursachen wird. Durch den jetzt vorgelegten Änderungsantrag von Rot-Rot-Grün wird das auch deutlich; denn da heißt es: Das Historische Archiv findet eine neue Heimat. - Herr Elster hat gesagt, was das kosten wird.

Aber selbst wenn wir das möglicherweise irgendwann finanziert haben, werden die Synergien, die wir hätten heben können, wenn wir beide Institutionen in einem Gebäude untergebracht hätten, für alle Zeiten verloren sein. Deswegen ist gerade der finanzielle Aspekt - wie gesagt - eine Milchmädchenrechnung. Die Lagerkapazitäten der Kunst- und Museumsbibliothek sind erschöpft. Zusätzliche Flächen müssen angemietet werden. Die Funktionsfähigkeit einer solchen Bibliothek mit mehreren Standorten - drei Standorte in Köln; das ist absolut unpraktisch - ist beeinträchtigt, der Transport von einem zum anderen Standort kostenintensiv, abgesehen davon, dass dies den betreffenden Büchern auch nicht guttut.

Zum dritten Aspekt, der Zeitschiene. Ja, jetzt noch einmal in irgendeiner Form das Ruder herumzureißen, wird sicherlich etwas Zeit kosten. Aber verursacht ist das durch den ersten falschen Beschluss. Das heißt, das kann man uns nicht anlasten. Ich meine aber, die Zeit, die wir jetzt noch haben, wäre gut investiert, wenn wir sie für eine wirklich sinnvolle Lösung einsetzen und doch noch die Ursprungsplanung umsetzen. Gerade die Nutzung des Düsseldorfer Archivs gibt uns etwas mehr Luft für die Wiederherstellung des Historischen Archivs. Diese Zeit sollten wir nutzen, um eine wirklich sinnvolle, eine zukunftsfähige Lösung für beide Institutionen zu finden.

Meine Damen und Herren, der von Rot-Rot-Grün vorgelegte Änderungsantrag wird natürlich auch für viele Enttäuschungen in dieser Stadt sorgen. Sie haben sicher auch das Schreiben von Kölner Kulturschaffenden bekommen - es wurde an alle Ratsmitglieder versandt und war auch in den Medien veröffentlicht -; es las sich ja wie das Who's who der Kölner Kunstszene. Dort wird man natürlich enttäuscht sein, insbesondere auch über das Umkippen der Linken in dieser Frage.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Auch dass die Grünen entgegen Ihrer sonst geäußerten Auffassung sich jetzt nicht einen Ruck geben können, die Fehlentscheidung aus dem vergangenen Jahr zu korrigieren, wird breite Enttäuschung auslösen.

Nun gut! Sie haben jetzt einen Änderungsantrag eingebracht. Wenn dieser gleich beschlossen wird, dann hat es vielleicht etwas gebracht, dass wir uns hier um die Zukunft der Kunst- und Museumsbibliothek Gedanken gemacht haben. Wir werden allerdings feststellen: Es wird sehr, sehr

lange dauern, bis ein solches Projekt, wenn überhaupt, realisiert wird. Es wird sehr, sehr teuer werden, und zwar nicht nur wegen der Investitionen in das Gebäude, das in Ihrem Änderungsantrag vorgeschlagen wird, sondern auch mit Blick auf die Nutzung in den kommenden Jahrzehnten. Das ist kein guter Dienst, den Sie der Stadt Köln und der Kunst- und Museumsbibliothek erweisen. Deswegen werden wir Ihren Änderungsantrag ablehnen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Sterck. - Wir kommen dann zu Frau Dr. Bürgermeister von der Fraktion der SPD.

Dr. Eva Bürgermeister (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In Ihrem Antrag und in Ihren Ausführungen, insbesondere in denen von Herrn Dr. Elster, habe ich doch sehr vermisst, dass kein einziger neuer Fakt genannt wurde und nur eine einzige aktuelle Entwicklung wurde von Ihnen in einem Nebensatz berücksichtigt. Schon gar nicht haben Sie erwähnt, was in den letzten 19 Monaten seit unserem letzten Beschluss in Sachen Stadtarchiv und Kunst- und Museumsbibliothek von der Verwaltung geleistet wurde.

(Zurufe von der CDU: Gar nichts! -
Nichts! - Null!)

- Es ist weiter geplant worden. Ich glaube, davon haben auch Sie gehört.

Uns als SPD-Fraktion ist die Entscheidung über die Weiterplanung des Historischen Archivs ohne die Kunst- und Museumsbibliothek wahrlich nicht leicht gefallen. Wir mussten sorgfältig Kosten und Perspektiven für alle betroffenen Einheiten, nämlich die Kunst- und Museumsbibliothek, das Stadtarchiv und das Rheinische Bildarchiv, abwägen. Der damalige Dezernent hatte zwar die Kunst- und Museumsbibliothek mit im Neubau vorgesehen; aber die Kosten hierfür sollten zum größten Teil der Universität übertragen werden. Die erklärte sich hierzu nicht bereit. Zugleich hat übrigens der damalige Beigeordnete immer wieder die Betriebskostenzuschüsse im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zur Disposition gestellt. Strategisches Handeln mit klarem Ziel sieht aus unserer Sicht anders aus.

Ich möchte daran erinnern, dass die Kunst- und Museumsbibliothek ursprünglich ein Drittel des Gebäudes an der Luxemburger Straße einneh-

men sollte, dessen kalkulierte Gesamtbaukosten von zunächst 87 Millionen auf knapp 100 Millionen Euro gestiegen waren. Durch die damals beschlossene Umplanung sollten die Kosten um mehr als 20 Millionen auf 76,3 Millionen Euro reduziert werden. Dr. Elster hatte damals vor Kosten für den Zeitverzug gewarnt; ich kann mich gut daran erinnern. Dem kann man auch nicht widersprechen. Sehr merkwürdig finde ich aber, dass das jetzt überhaupt nicht mehr interessiert und Sie diesen Aspekt völlig ignorieren.

Der Einsturz des Stadtarchivs, bei dem zwei Menschen ums Leben gekommen sind, war eine der größten Katastrophen der Kölner Nachkriegszeit. Wir haben uns alle für eine zügige und würdige Realisierung eines Neubaus eingesetzt. Seit dem letzten Beschluss sind anderthalb Jahre vergangen, in denen - das ist in der Zeit tatsächlich passiert - die Planungen vorgebracht worden sind. Nach meinem Kenntnisstand ist diese Planungsphase, also die konkrete Entwurfsplanung für den Neubau, schon sehr weit gediehen. Bei einer nochmaligen Umplanung, meine Damen und Herren, wäre nicht nur diese Zeit verloren, sondern auch die Kosten für diese Planung.

Für uns von der SPD gibt es keinen Zweifel: Die Wiedergewinnung unseres kulturellen Erbes ist von zentraler Bedeutung für unsere Stadt, und es darf für die Planung und Realisierung des Archivneubaus an der Luxemburger Straße keinen Verzug geben. Dies ist unsere Verantwortung.

Ihr Antrag, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP, ist dagegen verantwortungslos in dieser Sache.

(Widerspruch bei der CDU)

Einer Auflösung der Kunst- und Museumsbibliothek hat sich die SPD immer widersetzt. Das möchte ich noch einmal in aller Deutlichkeit sagen. Die Verwaltung bzw. der Kulturdezernent hatte die Kunst- und Museumsbibliothek regelmäßig den Sparbemühungen geopfert und die Betriebskostenzuschüsse eingespart. Wir als SPD haben immer wieder dafür gesorgt und Mittel bereitgestellt, damit dieser einzigartige Schatz, den wir hier wahrlich haben, nicht zerlegt und auf die Museen verteilt wird.

Die SPD hat auch maßgeblich die Gespräche zwischen Land und Stadt mitbegleitet, die ja nun, wie wir im Kulturausschuss von Frau Laugwitz-Aulbach gerade erfahren haben, kurz vor dem erfolgreichen Abschluss einer ersten Phase der Kooperation stehen. So möchte ich das einmal

bezeichnen; denn wir möchten bezogen auf die Kunst- und Museumsbibliothek auf diesem Wege mit einem starken Partner weitergehen. Die Kooperation bedeutet zum jetzigen Zeitpunkt nicht nur eine nicht unerhebliche finanzielle Entlastung der Stadt im Hinblick auf Personalkosten, sondern sie markiert aus unserer Sicht den konkreten Anfangspunkt einer Zusammenarbeit von Stadt und Land. Wir starten mit einer virtuellen Zentralbibliothek für Kunst gemeinsam mit der Universität, die gute Entwicklungsmöglichkeiten für die Kunst- und Museumsbibliothek bietet: neben der Übernahme der Personalkosten, vor allem hinsichtlich einzuwerbender Forschungs- und Drittmittel sowie der Optimierung der Recherchemöglichkeiten der Bestände.

Selbstverständlich - das ist völlig klar - müssen wir auch Perspektiven für die Räumlichkeiten finden und dabei mehrschrittig denken. Daher haben wir die Verwaltung noch einmal und sehr konkret mit einem Zeitfenster bis zum nächsten Sommer beauftragt, tragfähige Lösungen zur Verbesserung der Arbeitsmöglichkeit zu liefern, und zwar längerfristig in Kooperation mit der Universität sowie kurz- und mittelfristig in Bezug unter anderem auf die Parameter Magazinflächen, Logistik und notwendige Sanierungserfordernisse am Standort Kattenbug und an den anderen Standorten.

Wir bitten daher um Unterstützung für unseren Antrag zur Zukunft des Historischen Archivs und zur Zukunft der Kunst- und Museumsbibliothek. Beide Kultureinrichtungen haben unschätzbaren Wert für die Stadt. Bei dem Archiv darf es keinen Verzug geben, und für die KMB gilt es, das Angebot zu sichern und sie perspektivisch in Partnerschaft mit der Universität im Sinne der Nutzerinnen und Nutzer auszubauen. Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis
90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Dr. Bürgermeister. - Wir kommen dann zu Frau von Bülow.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich vorweg sagen: Was nicht kontrovers ist, ist nicht der Rede wert. Dass die KMB der Rede wert ist, haben wir an dieser Stelle schon häufig gesagt. Die Kunst- und Museumsbibliothek ist - das wurde hier schon gesagt - eine der drei bundesdeutschen Sammlungsbibli-

otheken mit einem Bestand von circa 400 000 Bänden und hat hohe Bedeutung für die wissenschaftliche Arbeit der Museen, aber vor allem auch für hiesige und auswärtige Studierende und Forscher und Forscherinnen. Und doch oder gerade deswegen wird die KMB immer wieder zum Thema. Dabei ist es so, dass das Ziel, nämlich Erhalt und Stärkung der KMB, gar nicht strittig ist. Kontrovers diskutiert wird vor allem die Frage, wie die KMB endgültig aussehen kann und welcher Weg dorthin führt.

Wir als Fraktionen, die den Änderungsantrag tragen - das heißt: Grüne, SPD und Linke -, wollen die KMB mit unserem Antrag weiter zukunftsfähig machen, auch wenn CDU und FDP das anders sehen. Langfristig - das wissen Sie alle hier - sind der Erhalt und die Fortführung der KMB eine Aufgabe, die die Stadt nicht allein leisten kann. Daher setzen wir seit längerem darauf, mit dem Land zusammenzuarbeiten, vielleicht jetzt noch begründeter als früher, wenn wir uns die Einzelheiten des Kulturförderungsgesetzes NRW ansehen, das gerade im Landtag beraten wird. In § 18 heißt es dort zum Beispiel:

Die Kulturförderung von Land und Gemeinden muss sinnvoll ineinandergreifen, sich gegenseitig ergänzen und deshalb partnerschaftlich organisiert werden.

Weiter heißt es:

Das Land fördert insbesondere Maßnahmen von regionaler, landesweiter, nationaler und internationaler Bedeutung, sofern und soweit die Ziele ohne die Landesförderung nicht oder nicht in ausreichendem Maße erreicht werden können.

Gute Voraussetzungen - auch für Köln und auch für die KMB, denke ich.

Unser Änderungsantrag soll den Ratsbeschluss von April 2013 vertiefen und weiterführen, auch wenn uns CDU und FDP eines Besseren belehren und dazu aufrufen möchten, diesen Ratsbeschluss zu revidieren und die Chance zu ergreifen - ich zitiere -, „unsere Fehlentscheidungen zu korrigieren“.

Daher sind in unserem Antrag - er ist quasi ein Ersetzungsantrag - drei Punkte wichtig:

Erster Punkt. Wir wollen die Kooperation der KMB mit der Universität voranbringen.

Zweiter Punkt. Wir wollen die KMB stärken. Dies setzt an beim Ratsbeschluss vom 20. April 2013 und mündet darin, die Verwaltung zu beauftragen, ein Konzept zur Verbesserung der Situation der KMB zu entwickeln bis hin zur Zusammenführung der KMB-Standorte an einem gemeinsamen Ort.

Dritter Punkt. Wir wollen am beschlossenen Neubau des Historischen Archivs festhalten; denn mit dem Neubau des Historischen Archivs schafft die Stadt die zentrale Voraussetzung dafür, dass das Archiv nach dem Einsturz eine neue Heimat findet. Dieses Vorhaben duldet überhaupt keinen weiteren Aufschub.

Wenn wir heute dem Antrag von FDP und CDU folgen würden, spätestens dann würden wir eine wahre Fehlentscheidung treffen. Denn ihm zu folgen, hieße, in Kauf zu nehmen, den Neubau am Eifelwall zu verzögern, hieße, die Zwischeneinlagerung der Archivalien in die Länge zu ziehen und dadurch zu verteuern, hieße, in Kauf zu nehmen, dass die Kosten für den Archivbau – ohne dass FDP und CDU diese überhaupt beziffern - durch weitere Planungen in die Höhe getrieben werden, hieße, Pläne zu ändern und die ineinander verzahnten Abläufe völlig neu denken zu müssen.

(Zuruf von Dr. Ralph Elster [CDU])

- Nein.

Der Sachstandsbericht vom 15. Oktober 2014, der dem Kulturausschuss vorgelegen hat und den auch Sie, Herr Elster, kennen müssten, zeigt, was bereits auf dem Weg ist.

Schon im April 2013 hatten wir deutlich gemacht, dass es unerträglich wäre, wenn der notwendige Neubau des Historischen Archivs am Eifelwall durch offene Fragen zur KMB eine Verzögerung erfahren würde. Wenn wir Ihrem Antrag folgen würden, würde es zu einer Verzögerung von mindestens anderthalb Jahren kommen. Unsere Position gilt bis heute: keine Verzögerung für das Archiv.

Ich weiß - und viele von uns wissen es auch -, dass vielen Kulturschaffenden und Künstlern die KMB am Herzen liegt; dies haben sie in einem offenen Brief deutlich gemacht. Ich sage: Wir sind da völlig d'accord. Ich kann Ihnen zusichern: Uns liegt die KMB am Herzen, aber nicht nur die KMB, sondern eben auch das Historische Archiv und eine schnelle Fortführung des Baus des Archivs bzw. eine schnelle Ingangsetzung dieses Baus, damit das Archiv möglichst schnell wieder

zur Verfügung steht. Das macht unser Antrag deutlich. Daher bitte ich um Zustimmung. - Danke sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau von Bülow. - Wir kommen zu Frau Stahlhofen von der Fraktion Die Linke.

Gisela Stahlhofen (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Interessierte auf der Tribüne! Ich gebe wie Herrn Elster ein wenig zurück. Als zum Kürzungshaushalt 2010/2011 die Verwaltung die weitere Existenz der Kunst- und Museumsbibliothek infrage stellte, trafen bei den Kölner Fraktionen - also bei Ihnen allen - Tausende von Unterschriften von Menschen ein, die gegen die Schließung dieser einzigartigen Einrichtung protestierten. Im Kölner Rat hatte Die Linke die Initiative ergriffen. Es dauerte eine Weile, bis die anderen Fraktionen und schließlich die breite Mehrheit sich für die Sicherung der KMB aussprachen.

Wir haben uns von Anfang an dafür eingesetzt, die KMB an einem Standort zusammenzuführen. Die jetzige Situation ist unhaltbar. Zurzeit haben wir fünf Standorte, drei Archive und zwei Lesesäle. Bücher müssen von A nach B und wieder zurück transportiert werden. Schon anhand der Ratsunterlagen wissen Sie, wie schwer Papier ist. Es kann doch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht verlangt werden, ständig zentnerweise Bücher durch die Landschaft zu schleppen.

Manche der Standorte sind für die Lagerung solcher Bestände von vornherein kaum geeignet und zudem auch noch dringend sanierungsbedürftig. Die Kapazitäten der bisherigen Standorte sind beinahe ausgeschöpft, und es ist absehbar, dass ein weiterer Standort - dann der sechste - nötig sein wird.

(Dr. Ralph Elster [CDU] blättert in seinen Unterlagen)

- Herr Elster, hören Sie mir doch einfach mal zu! Er will nicht; gut.

Die beste Lösung wäre gewesen, die KMB im neuen Gebäude des Stadtarchivs unterzubringen. Die Planungen dazu waren auf einem guten Weg, bis sie durch Rot-Grün abgebrochen wur-

den. Für diesen Beschluss haben seinerzeit auch wir SPD und Grüne scharf kritisiert.

Meine Damen und Herren, die Tür zu dieser Lösung ist inzwischen verschlossen. Im Dezember beginnt bereits das Vergabeverfahren für den Neubau des Archivs. Eine erneute Umplanung zu diesem Zeitpunkt würde den Bau des Archivs um weitere Jahre verzögern und Mehrkosten in zweistelliger Millionenhöhe verursachen.

(Widerspruch von Dr. Ralph Elster [CDU])

- Doch, Herr Elster. Das ist so, und das wissen Sie auch.

Wir treten noch immer für die Unterbringung der KMB an einem zentralen Standort ein. Mit diesem Änderungsantrag bekennen sich die Antragsteller - Die Linke., die SPD und die Grünen - klar hierzu.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Darf ich eine Frage stellen?)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Darf Herr Dr. Elster eine Zwischenfrage stellen?

Gisela Stahlhofen (Die Linke.): Ja.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Stahlhofen, warum soll denn die Entwurfsplanung für die große Lösung, die seit April 2013 fertig ist und jetzt in die Ausführungsplanung gehen könnte, noch einmal wiederholt werden? Wir haben doch die Planung. Wir brauchen nichts anders machen.

(Beifall bei der CDU)

Die Entwurfsplanung für die kleine Lösung ist eben noch nicht fertig gestellt. Sie wird erst in den nächsten Monaten fertig gestellt. Das heißt, dafür braucht es noch ein bisschen Zeit. Dagegen könnten wir jetzt die Planung für die große Lösung einfach aus der Schublade nehmen und die Beauftragung vornehmen. Da muss nichts mehr geplant werden. Das, was die Grünen gesagt haben, war auch nicht richtig. Es muss nicht noch einmal neu geplant werden.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Da liegen Sie falsch, Herr Elster! Lassen Sie sich mal den Bericht der Architekten geben!)

Gisela Stahlhofen (Die Linke.): Herr Dr. Elster, Sie liegen leider falsch mit Ihrer Behauptung. Klar, diese Planung hat einmal vorgelegen, aber nicht so dezidiert, wie Sie es jetzt darstellen. Sie hätte auch erst in eine Ausführungsplanung gehen müssen. Diese ist jedoch durch den Beschluss, den wir durchaus kritisieren, leider nie zum Tragen gekommen.

(Beifall bei der Linken)

Wir beauftragen deshalb die Verwaltung, dem Rat ein Konzept für einen zentralen Standort vorzulegen und im Unterausschuss Kulturbauten regelmäßig darüber zu berichten. - Ich bin froh, dass dieser Ausschuss heute wieder installiert worden ist.

Für eine Kostenschätzung ist hier ein Bedarf von 5 000 bis 6 000 Quadratmeter zu berücksichtigen. Ein Neubau wäre zwar wunderbar, aber unter dem Kostendruck bitten wir die Verwaltung, auch bestehende Gebäude und zukünftige Leerstände mit in Betracht zu ziehen. Hierbei muss auch die Universität Köln als Partner beim Betrieb der KMB dringend mit einbezogen werden.

Wir wollen aber auch kurzfristig eine Verbesserung der Bedingungen für die KMB erreichen, soweit dies an den bisherigen Standorten eben möglich ist. Aus diesem Grund beauftragen wir die Verwaltung mit einer Optimierung der Abläufe und einer Sanierung des jetzigen Standortes Kattenbug.

Meine Damen und Herren, den nächsten Schritt zur Unterbringung der Kunst- und Museumsbibliothek an *einem* Standort können wir möglicherweise noch vor der Sommerpause 2015 gehen. Ich möchte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, bitten, uns dabei zu unterstützen und der KMB eine dauerhafte Zukunft zu sichern. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Frau Stahlhofen. - Wir kommen jetzt zu Herrn Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrter Herr Dr. Elster! Liebe CDU, bei Ihren tollen Anträgen, die heute auf der Tagesordnung stehen - jetzt dieser Antrag zur KMB und später noch der Antrag zum Bürgerhaushalt -, könnte man richtig

Lust kriegen auf eine neue Mehrheit hier im Rat, vielleicht unter einer neuen Oberbürgermeisterin oder einem neuen Oberbürgermeister.

(Beifall bei der CDU)

Mal schauen! Aber leider ist es auch ein bisschen zu offensichtlich, wie Sie versuchen, den Restkitt zwischen Rot und Grün auseinanderzutreiben und die rot-grüne Koalition zu torpedieren. Wenn Sie damit erfolgreich sein wollen, Herr Dr. Elster, dann bringen Sie doch Ihre CDU mal auf Kurs in Sachen Godorfer Hafens.

(Beifall bei der SPD)

Stellen Sie einen Antrag zur Einstellung der Arbeiten zur Erweiterung des Godorfer Hafens. Schauen wir dann mal, ob wir dafür eine breite Mehrheit hier im Rat hinbekommen.

Wir werden Ihren Antrag dennoch unterstützen, einfach deshalb, weil wir den Vorschlag „Standort KMB im Historischen Archiv“ auch bei den letzten Abstimmungen unterstützt haben. Wir werden da bei unserer Linie bleiben.

Ich möchte auch noch einmal einen kurzen Blick zurück werfen; Frau Bürgermeister und Frau von Bülow haben das ja auch gemacht. Anfangs gab es die Zerschlagungspläne für die KMB. Dann gab es die Initiative „Rettet die KMB!“, die Gott sei Dank Gehör gefunden hat; die Zerschlagung konnte abgewendet werden. Stattdessen tauchte auf einmal die gute Idee auf, die KMB zu integrieren - aufgrund der damaligen Diskussion hat man den Wert der KMB offensichtlich erst richtig erkannt - in das Historische Archiv. Damit hat man natürlich Begehrlichkeiten in der Kunst- und Kulturszene geweckt. Wir stehen dazu, und wir möchten auch weiterhin diese Lösung für unsere Stadt erreichen. Letztes Jahr hat Rot-Grün die Lösung „Integration der KMB ins Historische Archiv“ leider, leider abgelehnt. Ich bedaure ein bisschen dieses ganze Hü und Hott.

Wir werden weiterhin zur KMB stehen und hoffen, dass die KMB doch noch eines Tages ins Historische Archiv mit einzieht. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Zimmermann. - Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Deswegen können wir jetzt zur Abstimmung kommen.

Wir stimmen zunächst über den Ersetzungsantrag von SPD, Grünen und Linken ab. Wer für

diesen Ersetzungsantrag der genannten Fraktionen ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die Linke und die Piraten. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung der AfD ist dieser Ersetzungsantrag angenommen. Wir brauchen daher über den Ursprungsantrag von CDU und FDP nicht mehr abzustimmen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

**3.1.6 Antrag der CDU-Fraktion betreffend
"Mehr Elektromobilität in Köln durch
Umsetzung des Elektromobilitätsgesetzes"
AN/1493/2014**

Es spricht Herr Michel für die Fraktion der CDU. Bitte schön.

Dirk Michel (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Verwaltung! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Nutzung von Elektromobilität ist ein Baustein für einen zukunftsfähigen und umweltfreundlichen Verkehr in einer Großstadt. Die CDU-Fraktion unterstützt die Bevorrechtigung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung und beauftragt die Verwaltung insbesondere mit der Umsetzung der Sondernutzungen von Parkraum und der Förderung von Ladestationen.

Die Freigabe von Busspuren sehen wir kritisch, weil dies den ÖPNV stört und die Sicherheit der auf Busspuren fahrenden Radfahrer gefährdet.

(Beifall bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Auch der Deutsche Städtebund und der Bundesrat lehnen eine solche Bevorzugung ab.

Um den Absatz von Elektrofahrzeugen zu beschleunigen, hätten finanzielle Anreize gesetzt werden müssen, zum Beispiel Kaufanreize für die Anschaffung oder auch Sonderabschreibungen für gewerbliche Nutzer.

Leider hat die Bundesregierung dem Carsharing keine Privilegien eingeräumt - im Gegensatz zu manchen Hybridfahrzeugen, die der Umwelt schaden und trotzdem gefördert werden. Dabei ist das Carsharing geradezu prädestiniert für Elektromobilität. Durch seine hohe Nutzerfrequenz ist es nicht nur besonders umweltfreundlich, sondern bietet einen leichten Einstieg in die E-Mobilität.

Wichtig ist, dass die Elektrifizierung der Stadtbusse verstärkt gefördert wird. Dadurch, dass die Busse 16 Stunden pro Tag fahren, wäre das eine sehr effiziente Förderung. Köln ist hier Vorreiter. Schon bald wird es die erste E-Bus-Linie geben, nämlich die Linie 133 vom Breslauer Platz nach Zollstock.

Der Ausbau der Elektromobilität ist eine Chance für die Städte, aber er verhindert keine Staus oder Parkprobleme. Neben dem Ausbau des ÖPNV, des Fahrradnetzes, des Parkens der Zukunft und der Optimierung der Verkehrsströme ist die Weiterentwicklung der Elektromobilität eine weitere wichtige Maßnahme. Nur die intelligente Verknüpfung dieser Verkehrsträger - Intermobilität genannt - führt zu einer erfolgreichen Verkehrspolitik. Wir setzen uns dafür ein. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Michel. - Wir kommen zu Frau dos Santos Herrmann.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin heute Morgen aus dem Haus gegangen. Nach nur wenigen Schritten kam auch schon mein Fahrer, und ich bin in mein E-Mobil eingestiegen. Nach einer Viertelstunde war ich am Neumarkt und habe die nächste U-Bahn genommen und bin zur Arbeit gefahren. - So wie viele andere Menschen in Köln auch nutze ich die E-Mobilität: Das tun die Kölner übrigens schon seit rund 100 Jahren, nämlich seitdem es die elektrifizierte Stadtbahn und Straßenbahn gibt.

Dennoch - ich will das nicht ins Lächerliche ziehen - haben Sie recht, Herr Michel. E-Mobilität kann auch auf anderen Verkehrsträgern zukunftsweisend sein. Allerdings müssen wir zur Kenntnis nehmen: Trotz aller Bemühungen sind im Moment gerade einmal 0,2 Prozent des deutschen Gesamtfahrzeugbestands E-Mobile. Das bedeutet laut Kraftfahrt-Bundesamt: Es gibt gerade einmal 124 000 zugelassene Hybrid- und Elektrofahrzeuge; das ist immer noch ein äußerst geringer Anteil. Schauen wir auf Köln: Hier sind von rund 500 000 zugelassenen Fahrzeugen gerade einmal 750 Elektro- und 1 500 Hybridfahrzeuge. Der Anteil ist zugegebenermaßen etwas höher als im Bundesschnitt; dennoch ist das ein äußerst kleines Verkehrsegment.

Wir sperren uns nicht gegen die weitere Förderung der E-Mobilität. Wir glauben aber, dass Köln bereits auf einem guten Weg ist. Ich nenne als ein Beispiel das Engagement der RheinEnergie mit dem Projekt „colognE-mobil“ und zurzeit rund 80 Ladepunkten; weitere 90 sind in Planung.

Wir haben das Konzept „Köln mobil 2025“, das der Oberbürgermeister vorgelegt hat. Es setzt klare Schwerpunkte, auch zur E-Mobilität. Im Programm „Köln mobil 2025“ heißt es:

Den Leitzielen zuträgliche Innovationen im Verkehrssektor wie z. B. Carsharing, Bikesharing,

- diese Themen haben Sie ja auch genannt -

Elektromobilität oder aktive Sicherheitssysteme in Pkw werden unterstützt und gefördert.

Herr Höing hat in diesem Zusammenhang auch schon angekündigt, dass wir in rund zwei Jahren ein sehr umfassendes Stadtentwicklungskonzept „Mobilität und Verkehr“ erarbeiten werden. Insofern sehen wir Köln auf einem guten Weg.

(Birgit Gordes [CDU]: Wer ist denn „wir“?)

Zur Frage der Sanierung, die Sie angesprochen haben: Wir können uns ja entscheiden: Entweder wir lassen das und überlassen die Infrastruktur sich selbst, das mag ein Weg sein. Wenn das Ihr Weg ist, können Sie den gerne gehen. Wir wollen einen anderen Weg gehen, nämlich den Weg einer möglichst schnellen Sanierung und Instandsetzung der Infrastruktur. Dass das nicht ohne Probleme geht, ist uns allen klar. Aber diesen Weg müssen wir jetzt gehen, damit es in Zukunft nicht noch schlimmer wird.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch von der CDU)

Insofern machen wir das, was Herr Streitberger zum Beispiel in den vergangenen Jahren versäumt hat, nämlich rechtzeitig - -

(Niklas Kienitz [CDU]: Er hat die Mittel gestrichen!)

- Im Gegenteil: Herr Streitberger hat die Mittel für Sanierung und Instandsetzung von Brücken zur Einsparung im Haushalt immer wieder angeboten. Also, das lasse ich mir nicht sagen, Herr Kienitz. Es ist genau umgekehrt.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen: Ja, wir fördern E-Mobilität, wo sie sinnvoll ist. Das machen wir gerne mit. Aber dieser Antrag ist dafür leider nicht notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau dos Santos Herrmann, vielen Dank. - Herr Hammer von der Fraktion der Grünen.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hier in Köln sagt man ja, Dinge seien ab dem zweiten Mal Tradition und ab dem dritten Mal Brauchtum. Insofern könnte man diesen Antrag schon jetzt quasi als Brauchtumspflege bezeichnen; denn es ist bereits der vierte Antrag, mit dem Sie, liebe Christdemokraten, versuchen, über eine viel zu kurz gedachte Maßnahme sich als die vermeintlich einzig wahre Umweltpartei darzustellen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bereits 2010 sind Sie mit der Initiative, Elektroautos von Parkgebühren zu befreien, gescheitert. Ich könnte jetzt einfach die Reden von Bettina Tull oder Sabine Müller aus den letzten Jahren zu Protokoll geben; denn viel geändert hat sich an Ihrem Antrag nicht. Dem, was Sie, Herr Michel, gerade gesagt haben, kann man durchaus zustimmen; in Ihrem Antrag stand dazu aber nichts.

Ein paar Sätze möchte ich diesem Antrag dennoch widmen, denn eine Neuigkeit war ja drin: Sie haben das Elektromobilitätsgesetz angeführt, mehr allerdings auch nicht. Deswegen will ich erläutern, warum wir Ihrem Antrag auch heute wieder nicht zustimmen können.

Erstens. Ein Auto bleibt ein Auto und bleibt ein Auto; denn auch ein Elektroauto ist dem MIV zuzurechnen, mit allen Nachteilen, die das mit sich bringt. Wenn wir es jedoch ernst meinen mit dem Klimaschutz hier in Köln - und dafür gibt es 1 000 gute Gründe -, geht dies nur mit einer Verkehrswende. Das Hauptziel im schon angesprochenen Strategiepapier „Köln mobil 2025“ ist, den Anteil des Umweltverbundes - ÖPNV, Fahrradfahren und zu Fuß gehen - auf zwei Drittel des Gesamtverkehrs zu steigern. Dies wird uns aber nicht gelingen, wenn wir bei einem Auto einfach nur das eine Antriebsmittel durch ein anderes ersetzen. Es hilft nicht weiter, hier auf alten Strukturen zu beharren, wo jede und jeder sein eigenes Auto besitzt.

(Beifall von Michael Weisenstein
[Die Linke.]

Der Trend geht doch längst hin zu „Benutzen statt Besitzen“, also der flexiblen Nutzung von kleinen oder hin und wieder auch mal größeren Autos, von Taxis, Fahrrädern, Bussen und Bahnen in der Stadt und in der Region.

(Zuruf von der CDU)

- Das haben Sie alles gesagt; es stand aber nicht in Ihrem Antrag. Darin haben Sie sich wieder rein auf die Parkplätze und die Busspuren beschränkt.

Zweitens. Busspuren sind eine durchaus wunderbare Form der ÖPNV-Bevorrechtigung. Ich freue mich schon auf die Zustimmung Ihrer Fraktion, wenn es hier demnächst um die Neuanlage von Busspuren geht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auf diesen Busspuren wird sicherlich auch Herr Kollege Houben mit seinem neuen Tesla 85 S fahren, mit dem er heute schon im *Express* zu sehen war.

(Michael Weisenstein [Die Linke.]:
Drei Tonnen schwer!)

Aber auch für einen solchen Tesla gilt: Auf den Strom kommt es an.

(Unruhe)

Herr Houben, ich weiß nicht, welchen Stromanbieter Sie haben. Wenn Sie den Standardmix der RheinEnergie beziehen, haben Sie sich für 18 Prozent Kernenergie, 62,6 Prozent fossile Energie und nur 19 Prozent erneuerbare Energie entschieden. Ich weiß nicht, welchen Tarif der Kollege Houben gewählt hat,

(Unruhe)

auf jeden Fall ist es so: Wenn man den Standardmix hat, kommt man auch bei einem Tesla, wie Sie ihn fahren, immer noch auf einen Gesamtausstoß von ungefähr 70 Gramm CO₂ pro Kilometer. Das ist zwar besser als bei herkömmlichen Fahrzeugen; ganz klimaneutral ist das aber auch nicht.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Erst dann, wenn wir es wirklich schaffen, unseren Strom zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen zu gewinnen, kann man bei

Elektroautos wirklich von umweltfreundlicher Mobilität sprechen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der Linken)

Angesichts der letzten Äußerungen unseres Bundesenergieministers habe ich Zweifel, ob wir das Ziel „100 Prozent Erneuerbare“ schnell erreichen werden. Bis dahin entstehen beim Nutzen von E-Autos weiterhin klimaschädliche Abgase, nur eben nicht in der Kölner Innenstadt, sondern dann in Neurath, Frimmersdorf, Nieder-äußem und Weisweiler. Es ist dem Klima jedoch herzlich egal, wo das CO₂ in die Luft geblasen wird.

Drittens. Wir fördern bereits E-Mobilität. Das Projekt „ColognE-mobil“ wurde eben schon erwähnt. Im Rahmen dieses Projekts haben wir viele Kooperationspartnerinnen und -partner wie die RheinEnergie, Ford, KVB, Bahn, Flughafen und Stadt.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Ford?)

- Ja, auch Ford. - Wir haben über 70 Ladestationen in der Stadt. Es bedarf nicht eines weiteren Antrags, um kleinteilig noch eine parallele Struktur zur Förderung von Ladestationen zu haben.

Letztes Mal hatten wir noch einen Änderungsantrag zu Ihrem Antrag eingebracht. Da sich aber in Ihrem Antrag nichts Wesentliches geändert hat, haben wir diesmal darauf verzichtet. Für uns gilt weiterhin der Inhalt unseres damaligen Änderungsantrags. Wir lehnen Ihren Antrag so ab. Er enthält, wie gesagt, nichts Neues. Ich hoffe, dass es nächstes Jahr in der Adventszeit nicht wieder heißt: Alle Jahre wieder kommt die CDU mit einem Antrag,

(Niklas Kienitz [CDU]: Es ist noch nicht Advent!)

mit dem sie versucht, der Klimakanzlerin Merkel zu helfen, damit sie ihr Ziel „1 Million Elektroautos bis 2020“ doch noch irgendwie erreichen kann. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Hammer. - Wir kommen dann zu Herrn Weisenstein von der Fraktion Die Linke.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen

und Herren! Das Gesetz zur Elektromobilität ist ein Geschenk an die Automobilindustrie, sagt der BUND.

(Beifall bei der Linken)

Es werden nämlich Luxusautos damit gefördert.

(Zuruf)

- Herr Houben macht es ja vor.

(Heiterkeit)

Es sollen auch Plug-in-Hybridantriebe, die oft in Luxuskarossen eingebaut werden und zwischen 10 und 12 Litern Sprit verbrauchen, bevorzugt behandelt werden, egal ob sie im Verbrennungs- oder im Elektromodus unterwegs sind.

In Oslo hat man die Elektroautos in der Weise bevorzugt, wie es jetzt die CDU hier in Köln machen will. Dort verstopfen sie nun die Busspuren und behindern den ÖPNV. Das berichtet nicht die *taz* und auch nicht das *Neue Deutschland*, sondern die *Wirtschaftswoche* am 24.09.2014.

Auch Elektroautos - der Kollege Hammer hat es dankenswerterweise schon angesprochen - verbrauchen in der Stadt Platz. Sie stehen im Stau, und sie parken. Diesen Platz brauchen wir aber dringend: für Fußgängerinnen, für Radlerinnen

(Dr. Jürgen Strahl [CDU]: Gibt es auch Radler?)

als Platz, wo Menschen sich aufhalten können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, nehmen Sie sich doch mal ein Beispiel an der KVB. Elektrobus statt Elektroauto - das spart Ressourcen. Ab 2016 wird die Linie 133 vom Südfriedhof zum Breslauer Platz elektrisch betrieben.

(Beifall bei der Linken)

Das Elektromobilitätsgesetz und die CDU fördern das Auto, und das ist kontraproduktiv, kontraproduktiv auch für den Modal Split in unserer Stadt. Die CDU hat sich immer noch nicht von der Horrorvision der autogerechten Stadt verabschiedet.

Vor wenigen Wochen hat die Stadt in ihrem Papier „Köln mobil 2025“ das Ziel ausgerufen, in elf Jahren den Anteil des Autoverkehrs in Köln auf 33 Prozent zu senken. Herr Oberbürgermeister, ich danke Ihnen, dass Sie sich für dieses Ziel einsetzen. Sie haben erkannt, dass wir eine Wende in der Verkehrspolitik brauchen, und haben das in ihrem Vorwort in der Broschüre „Köln

mobil 2025“ zum Ausdruck gebracht. Es ist ein ehrgeiziges Ziel, den motorisierten Individualverkehr bis 2025 - so steht es in dem Konzept - auf ein Drittel zu reduzieren. Immerhin müssten dann ein Fünftel der Autofahrer in den nächsten elf Jahren den Ausstieg schaffen. - Herr Houben, da gehen Sie mit schlechtem Beispiel voran.

(Lachen bei der FDP)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, mit diesem Antrag konterkarieren Sie das Ziel und die Bemühungen der Stadt,

(Niklas Kienitz [CDU]: Überhaupt nicht!)

den Modal Split bis 2025 - Drittel, Drittel, Drittel - herzustellen.

Noch einmal zu unseren Verkehrsbetrieben. Sehr geehrte Kollegen von der CDU, die KVB startet im nächsten Frühjahr ein Fahrradverleihsystem. Da können Sie Ihr Engagement bezüglich Elektromobilität mit einbringen.

(Beifall bei der Linken)

An den Endstationen in Chorweiler oder auch in Porz ein Pedelec zu nehmen, das könnte ein echter Beitrag zur Verkehrswende in Köln sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aus Sicht der Linksfraktion ist das Elektroauto nicht geeignet, um die Probleme der urbanen Mobilität zu lösen. Deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Weisenstein. - Herr Houben, bitte – mit großer Energie!

Reinhard Houben (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Man denkt ja gar nicht, welche Emotionen losgetreten werden, nur weil man eine individuelle Konsumentenscheidung getroffen hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU)

Als Liberaler ist man ja schon gewohnt, nicht unbedingt zur Mehrheit zu gehören. Offensichtlich ist man als Fahrer eines reinen Elektroautos ein Außenseiter.

Einige Dinge, die hier gesagt worden sind, möchte ich kommentieren.

Erstens beruht dieser Antrag der CDU-Fraktion auf einer Initiative der Bundesregierung. Frau dos Santos Herrmann, wenn ich mich nicht täusche, gehört die SPD im Moment dieser Bundesregierung an.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen das ändern, meine Damen und Herren. Wir wollen das 2017 wieder ändern. Aber dass Sie hier so auftreten, finde ich wirklich schon verwunderlich.

(Birgit Gordes [CDU]: So ist sie!)

Zweitens bleibt der Antrag der CDU-Fraktion noch unter dem, was die CDU in Berlin fordert. Das wundert mich wiederum auch, liebe Kollegen von der CDU. Warum bleiben Sie denn unter den Forderungen Ihrer eigenen Bundestagsfraktion?

(Martin Börschel [SPD]: Nur, weil Sie keine haben!)

Um es direkt zu sagen: Man kauft kein Elektroauto für einen kostenlosen Parkplatz. Man kauft auch kein Elektroauto, um auf der Busspur fahren zu können.

(Jochen Ott [SPD]: Das will ich auch schwer hoffen!)

Aber, meine Damen und Herren, wir müssen uns schon einmal überlegen, welche Rechte wir den Menschen in diesem Land zubilligen. Ich nehme das Recht für mich in Anspruch, mich auch weiterhin individuell in meinem eigenen Fahrzeug zu bewegen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Niemand kann mich zwingen, tendenziell nur im ÖPNV unterwegs zu sein. Dieses Recht nehme ich für mich in Anspruch.

(Beifall bei der FDP und der CDU - Jochen Ott [SPD]: Wer tut das denn? Wer zwingt Sie denn?)

- Herr Hammer sagt doch - so war seine Argumentation -, es sei schon deshalb unmoralisch, mit einem Elektroauto zu fahren, weil es zu 18 Prozent mit Atomstrom betrieben wird.

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen - Jochen Ott [SPD]: Das ist ja der Hammer!)

Meine Damen und Herren, ich bekenne mich: Ich bin weiterhin Kunde der RheinEnergie,

(Beifall bei der FDP - Jochen Ott [SPD]:
Bravo!)

obwohl es, Herr Kollege Ott, natürlich günstigere Anbieter am Markt gibt. Als Kölner Lokalpatriot denke ich aber: Ein bisschen kann ich ja die KVB über meinen Strompreis subventionieren. Das muss man ja auch einmal sagen.

(Beifall bei der FDP und der CDU - Jochen Ott [SPD]: Eine sehr fortschrittliche liberale Position! Das sehen nicht alle Liberalen so!)

- Ja, ich tue es aber; ich nehme mir die Freiheit.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Hammer, diese 18 Prozent Atomstrom enthält natürlich auch der Strommix, mit dem die Straßenbahn betrieben wird. Deswegen handelt der Straßenbahnfahrer genauso verwerflich wie ich mit dem RheinEnergie-Strom in meinem Auto.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Ich rate Ihnen, zu Fuß zu gehen!)

- Das wäre jeden Morgen von Riehl nach Rodenkirchen sehr ambitioniert.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Oder mit dem Fahrrad zu fahren!)

Zurück zum eigentlichen Kernpunkt. Wir beschweren uns über Feinstaubbelastung, wir beschweren uns über Lärm in der Innenstadt. Daher finde ich es geradezu idiotisch, eine bestimmte Technologie auszuschließen, die die Reduzierung dieser beiden Belastungen in der Stadt möglich macht. Natürlich verbraucht das Elektroauto auch Energie, so wie die Straßenbahn, die Eisenbahn und auch jedes Auto mit einem Verbrennungsmotor. Aber es gibt durch diese Technologie in bestimmten Situationen einen Fortschritt für alle. Und das nun von vornherein auszuschließen, halte ich, ehrlich gesagt, für unredlich.

Deswegen sollten wir schon überlegen, was wir tun können. Ich als Nutzer eines Elektroautos sage: Entscheidend ist nicht, ob ich einen kostenlosen Parkplatz bekomme. Entscheidend ist: Wo kann ich vernünftig nachladen? Also: Sorgen wir dafür, dass die Menschen in der Stadt diese Möglichkeit haben. In großen Siedlungen sollte

es Ladestationen geben. Es hat eine entsprechende Diskussion auch im Stadtbezirk Nippes gegeben, die ergab, dass sich die RheinEnergie offensichtlich von der Stadt Köln nicht unbedingt gut behandelt fühlt, was die Möglichkeiten einer Schaffung von Ladestationen angeht, weil es mal wieder um den Platz geht, um das Grundstück, um den Boden; ein Dauerthema bei uns. Da sollten wir ansetzen statt kleinkariert herumzurechnen, was besser ist: ein Stromvertrag mit der RheinEnergie mit 18 Prozent Atomstrom oder ein eigenes Panel auf dem Dach. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Eine kurze Bemerkung!)

Herr Hammer, noch eine kurze Bemerkung.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Houben, da Sie mich gerade direkt angesprochen haben: Ich habe noch eine Nachfrage. Ich habe in meinem Manuskript nicht die Stelle finden können, wo es heißt, dass wir Elektroautos verbieten wollen. Ich weiß nicht, wo Sie das herausgehört haben. Wenn Sie sich persönlich angegriffen gefühlt haben, dass Sie nicht ganz emissionsfrei unterwegs sind, dann war das nicht meine Absicht. Aber ich denke, wer sich mit seinem neuen Tesla vom *Express* ablichten lässt, kann mit solchen Reaktionen durchaus rechnen.

Zur Frage des Stroms für den Betrieb der Straßenbahn. Ich denke, es ist sinnvoller, das Geld, was wir jetzt für eventuell gesponserte Parkplätze für Elektroautos ausgeben würden, darin zu investieren, damit demnächst die Straßenbahnen mit 100 Prozent Ökostrom fahren, so wie es die Deutsche Bahn teilweise schon hinbekommt bei allen Bahncard-Inhaberinnen und -Inhabern, wo auf Fernstrecken schon zu 100 Prozent Ökostrom zum Einsatz kommt. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Houben.

Reinhard Houben (FDP): Herr Hammer, das Einzige, was mich stört an Ihrem Beitrag, ist eine unterschwellige Neiddebatte, und die kann ich in

unserem Land sowieso nicht leiden. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP - Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Damit ist die Rederunde beendet. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer für den Antrag der CDU ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU, das ist die Fraktion der FDP, das ist - - nicht die Mehrheit.

(Heiterkeit)

Wer enthält sich? - Bei Enthaltungen der AfD und von pro Köln ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

**3.1.7 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Köln als Drehkreuz des Fernbusverkehrs stärken"
AN/1328/2014**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1564/2014**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1578/2014**

Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Werter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir müssen in Köln derzeit zwei Entwicklungen konstatieren: Erstens, es gibt zu viele Busse; das ist eigentlich ein Luxusproblem. Gerade im Bereich Dom/Hauptbahnhof sind das Linienbusse, Touristenbusse und Fernbusse.

Mit den Fernbussen haben sich der Rat der Stadt Köln und seine Ausschüsse sehr intensiv im Jahre 2009 beschäftigt. Damals wurde die Entscheidung getroffen, diesen Standort zu verlegen. Die damalige Debatte war geprägt vom Bild eines Fernbusses, der einmal am Tag aus Budapest oder Warschau kommt, aus dem nur ein paar Mäntel aussteigen, die Köln zum Ziel haben. Damals hat die Verwaltung in ihrer Vorlage gesagt: Dafür müssen wir nicht einen so zentralen Ort wie den Breslauer Platz vorhalten. Daraufhin ist der Beschluss gefasst worden, einen neuen Standort zu suchen.

Die Verwaltung hatte erst Gremberghoven vorgeschlagen. Dann hat man sich für den Flughafen entschieden. Der Flughafen wollte das zunächst nicht. Ich bin froh - das ist auch Teil unseres Antrags -, dass der Flughafen sich dann umentschieden hat; denn auch der Flughafen hat mittlerweile erkannt, dass es durch die Liberalisierung des Fernbuslinienverkehrs massive Änderungen gegeben hat und das Bild von 2014 nicht mehr mit dem von 2009 zu vergleichen ist.

(Beifall bei der FDP)

Wir reden heute über ein attraktives, modernes, innovatives Verkehrsmittel, insbesondere für junge und jung gebliebene Leute. Ich würde mich freuen, wenn die Deutsche Bahn zum Beispiel die WLAN-Abdeckung hätte, wie sie die Fernbusse anbieten.

Der Fernbusverkehr ist ein Wachstumsmarkt. Ja, ich weiß - es wird jetzt wahrscheinlich gleich der eine oder andere Schlaumeier in seinen Reden dagegenhalten -, dass es in den letzten Tagen auch schlechte Schlagzeilen dazu gegeben hat.

(Jochen Ott [SPD]: Ruinöser Wettbewerb!)

- Ja, das ist Wettbewerb. Meine Damen und Herren, ich bin froh, dass es einen Bereich in Deutschland gibt, wo die Marktwirtschaft noch funktioniert

(Beifall bei der FDP - Jochen Ott [SPD]:
Der funktioniert eben nicht!)

und einzelne Anbieter vom Markt wieder verschwinden. Aber das werden die anderen auffangen; das werden Sie sehen.

Die Fernbusse haben bis jetzt 8 Millionen Kunden. Was den Standort Köln angeht, so haben wir 80 Linien, die Köln anfahren. Es gibt 12 Abfahrten pro Stunde. Drei der 20 meistfrequentierten Linien in Deutschland berühren Köln. Also: Das ist ein Wachstumsmarkt. Wir als Rat der Stadt Köln können doch heute nicht mehr mit dem Bild eines Fernbusses, der einmal am Tag aus Warschau nach Köln kommt, dieselbe Entscheidung treffen, wie wir sie noch 2009 gefällt haben. - Das ist die erste Entwicklung.

Die zweite Entwicklung betrifft den Breslauer Platz. Erste Überlegungen der Stadtverwaltung, den Breslauer Platz zu bebauen - da gibt es tolle Bilder -, gab es schon 1971; immerhin 43 Jahre her. 1994 wurden dazu Wettbewerbe durchgeführt; das ist jetzt 20 Jahre her. Der letzte Wettbewerb fand 2009 statt, das ist fünf Jahre her.

Und was ist passiert? Still ruht der See. Herr Höing, Sie können ja gleich sagen: Ein bisschen tut sich da schon. Aber ich war im Grunde enttäuscht, zu erfahren, dass die Leitungen der Deutschen Bahn, die dort verlegt werden müssten, in den letzten fünf Jahren immer noch nicht verlegt worden sind. Nein, jetzt soll es erst einmal eine Machbarkeitsstudie dazu geben. Da hätte ich mir mehr Einsatz vonseiten der Verwaltung für diesen attraktiven Innenstadtstandort gewünscht. Es muss dort eine Weiterentwicklung geben.

Es gibt ja das Planungskonzept von 2009. Im Rahmen des Wettbewerbs wurde damals vom Büro Brüder + Menzel ein Entwurf vorgelegt, der hier einen Busbahnhof vorsieht. Leider sind die weiteren Planungen 2011 eingestellt worden. Es wird jetzt nur noch das Modell ohne den Busbahnhof weiterverfolgt. Meine Damen und Herren, ich würde es sträflich finden, wenn wir in einer Zeit, da sich dieser Markt derart rasant entwickelt, an einer Entscheidung festhielten, die wir vor der Liberalisierung getroffen haben, ohne sie jetzt noch einmal zu überprüfen.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen schlagen wir ein dreistufiges Verfahren vor:

Das Erste ist: Ja zum Flughafen-Busbahnhof. Ich bin sehr dankbar, dass sich der Flughafen jetzt hat durchringen können, den richtigen Standort, nämlich am Terminal 2, dafür vorzusehen. Ich habe schon die erste Präsentation bekommen. Das wird jetzt schon vermarktet bei der Entscheidung, ob sich die Lufthansa mit ihrem Billig-Langflugcarrier hier ansiedelt. Dieser Busbahnhof ist jetzt schon ein Argument für den Standort Köln. Die Kunden gibt es. Es gibt zum Beispiel Kunden, die von Osnabrück mit dem Bus zum Flughafen fahren und von dort aus mit Germanwings nach Mallorca oder sonst wohin fliegen. Es gibt aber eben auch andere Kunden, nämlich zum Beispiel diejenigen, die in Köln studieren. Für sie ist der Zielpunkt Köln. Sie wollen eben nicht am Flughafen, sondern an einem innerstädtischen Standort aussteigen.

Wir treffen heute keine Standortfestlegung. Deswegen bin ich auch dankbar für den Änderungsantrag von den Linken, der das Ganze noch ein bisschen weiter öffnet. Mit unserem Antrag heute bitten wir die Verwaltung, eine Marktanalyse in Auftrag zu geben. Bevor der Breslauer Platz weiterhin ohne Busbahnhof geplant wird, brauchen wir eine Grundlage, um überprüfen zu können,

ob unsere Entscheidung von 2009 richtig war oder nicht. - Das ist die zweite Stufe.

Erst dann, wenn diese Marktanalyse vorliegt, sollten wir entscheiden, wie wir den Platz am Breslauer Platz nutzen: für ein Busterminal oder - auch diese Überlegung finde ich durchaus sinnvoll - zum Beispiel für die Touristenbusse. Auch das ist ein Problem, wenn auch ein Luxusproblem, wie ich anfangs gesagt habe. Die Situation auf der Komödienstraße ist sicherlich auch kein Zustand. - Das wäre dann die dritte Stufe, nämlich zu entscheiden: Was machen wir mit dem Breslauer Platz? Für diese Entscheidung brauchen der Rat der Stadt Köln und der Verkehrsausschuss fundiertes Zahlenmaterial. Deshalb wollen wir diese Marktanalyse. Um mehr geht es hier heute nicht.

Ich bitte um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag, nicht aber zum Änderungsantrag der SPD. Frau dos Santos Herrmann, ich muss leider sagen: Das greift zu kurz. Ich meine: Wir brauchen neue Daten, um entscheiden zu können, wie wir mit dem Breslauer Platz oder anderen Standorten in der Innenstadt umgehen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Sterck. - Frau dos Santos, bitte.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Sterck, ich weiß nicht, was Sie 2009 bei der Entscheidung über die Frage der Verlagerung Fernlinienbusbahnhofs oder 2010 bei den ersten Vorschlägen zum neuen Standort des Fernbusbahnhofs gedacht haben oder nicht. Die SPD-Fraktion hat damals schon darüber diskutiert, dass schon in - aus damaliger Sicht - absehbarer Zeit eine Liberalisierung des Fernbusgeschäfts kommen wird. Insofern haben wir die Entscheidung für den Fernbusbahnhof am Flughafen auch immer damit begründet, dass dieser Standort aus unserer Sicht Zukunft hat.

Dieser Standort hat Zukunft, weil es dort zum einen die richtige Infrastruktur gibt für die Personen, die einen Fernbus nutzen. Sie können dort aus- oder umsteigen, etwa in die S-Bahn. Sie können - die Frage des Zuführens von Kundinnen und Kunden haben Sie ja auch genannt - den Flughafen nutzen, um von dort aus weitere Ziele anzusteuern usw., usf. Wir haben also dort eine gute Infrastruktur.

Wir haben zum anderen aber noch etwas viel Wertvolleres für all diejenigen, die die Fernbusse nutzen: Sie kommen relativ schnell an ihr Ziel, weil sie von dort aus relativ schnell in die Innenstadt und andere Ziele in Köln weiterreisen können. All diejenigen aber, die im Bus sitzen bleiben und schnell an ihr eigentliches Ziel wollen, müssen sich nicht durch die Innenstadt quälen.

(Beifall bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Ehrlich gesagt, das ist eine Win-win-Situation für alle, die in dem Fernbus sitzen, sowohl für diejenigen, die Köln ansteuern, weil sie hier umsteigen oder von hier aus weiterfliegen wollen, als auch für diejenigen, für die Köln nur eine Zwischenstation auf ihrer Fernbusreise ist. Das ist für alle ein Vorteil.

Das ist auch ein Vorteil für die Entwicklung am Breslauer Platz. Wir sind nicht der Auffassung, dass ein so einzigartiges Grundstück, das im Moment völlig fehlentwickelt ist, einfach so bleiben sollte. Mit einem Busbahnhof am Breslauer Platz würden wir die Entwicklung an dieser Stelle verschenken.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Insofern, Herr Sterck, gebe ich Ihnen recht: Wir machen Ihren zweiten Schritt gerne mit; das ist auch Teil unseres Antrags. Auch wir wollen ein Konzept für die Touristenbusse, aber bitte nicht am Breslauer Platz. Lassen Sie uns endlich diesen Platz so entwickeln, wie er es verdient. Das wird leider noch ein paar Jahre dauern, aber diese Perspektive müssen wir im Blick haben.

Wir brauchen in der nächsten Zeit auch eine Verbesserung und Taktverdichtung, so weit es eben geht, falls der Bedarf tatsächlich so steigen sollte, wie Sie gerade vermutet haben. Wir sehen im Moment eine Marktberreinigung. Ob das tatsächlich einhergeht mit einer Monopolisierung des Fernbusmarktes inklusive eines weiteren Anstiegs der Anzahl der Fahrten oder ob die Anzahl der Fahrten eher wieder abnehmen, können wir im Moment nicht sagen. Aber für eine Verwaltung und für mich als Politikerin wie für alle Kolleginnen und Kollegen hier im Rat ist es selbstverständlich, dass man auf weitere Bedürfnisse dann auch reagieren muss. Das will ich gar nicht ausschließen. Aber jetzt städtisches Geld auszugeben in einer Phase, sodass wir mit Sicherheit sagen können „An diesem Standort ist noch viel Entwicklungspotenzial für den Fernbusverkehr“, das halten wir für hinausgeworfenes Geld. Inso-

fern: Ja, man muss den Markt beobachten, aber das ist eine Selbstverständlichkeit.

(Zuruf von Michael Weisenstein
[Die Linke.]

- Herr Weisenstein, Ihr Antrag benennt einige mögliche Haltepunkte. Wir dagegen betrachten das aus verkehrlicher Sicht und unter dem Aspekt: Was machen wir eigentlich mit denjenigen, die in den Bussen sitzen bleiben und ihre weiteren Ziele möglichst zügig erreichen wollen? Wollen wir, dass sie wirklich quer durch die Stadt fahren müssen, etwa zum Breslauer Platz, wie ein Vorschlag Ihres Antrags lautet? Sie nennen als Beispiel auch den Bahnhof Ehrenfeld. Ich frage Sie: Wo sollen die Busse dort halten? Ein anderes Beispiel, das Sie nennen, ist der Bahnhof Mülheim. Das ist vielleicht noch denkbar; aber ich sehe es im Moment nicht. Vor allen Dingen sehe ich im Moment nicht den Bedarf.

Lassen Sie uns abwarten, wie sich das entwickelt. Lassen Sie uns das Potenzial am Flughafen nutzen. Da ist ausreichend Platz, jetzt möglichst zügig den Fernbusbahnhof einzurichten. Lassen Sie uns beobachten, ob die Anforderungen an ÖPNV-Anbindungen bzw. Schienenpersonenverbindungen, also S-Bahn Richtung Innenstadt und andere Ziele, ausreichend sind. Und lassen Sie uns dann entscheiden, ob wir wirklich noch einen zusätzlichen Haltepunkt brauchen. Im Moment glauben wir, dass wir sehr gut aufgestellt sind und es jetzt möglichst zügig zu diesem Standort am Flughafen kommen sollte.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Frau dos Santos Herrmann. - Herr Michel, bitte.

Dirk Michel (CDU): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Verwaltung! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Fraktion lehnt den FDP-Antrag ab, und zwar aus folgenden Gründen:

Erstens. Wir wollen aus Verkehrsgründen die Busse aus der Innenstadt verlagern.

Zweitens. Wir wollen aus städtebaulichen Gründen die geplante Aufwertung des Breslauer Platzes durchführen.

Drittens. So gut wie alle Busunternehmer möchten keinen zweiten Standort anfahren.

Viertens. Wir wollen für den Standort Flughafen keine Konkurrenz schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Zum Ersetzungsantrag von Rot-Grün möchte ich wie folgt Stellung beziehen:

Dem Punkt 1 können wir uns anschließen. Wir gratulieren der Verwaltung zu ihrem guten Job bei der Standortwahl.

Dem Punkt 2 können wir uns ebenfalls anschließen - vor allem, weil einige Unternehmen Nachtbuslinien einrichten. Wir brauchen in der Tat nachts und am Wochenende eine engere Taktung. Dafür müssen Gespräche mit dem Zweckverband Nahverband Rheinland aufgenommen werden, der diese Leistung bestellen kann, sofern noch Regionalisierungsmittel abrufbar sind.

Die CDU-Fraktion wollte den Antrag von Rot-Grün eigentlich zusammen mit Rot-Grün stellen. Die SPD hat sich leider dagegen entschieden. Vielleicht liegt es daran, dass die CDU die im Punkt 3 vorgesehene Prüfung der Verlagerung der Touristenbusse zur Optimierung der Bussituation in der Umgebung des Kölner Doms schon im Oktober letzten Jahres gefordert hat -

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

übrigens im Zusammenhang mit der Situation bezüglich der Tiefgarage an der Trankgasse, was ganz interessant ist.

(Beifall bei der CDU)

Leider hat Rot-Grün keine Notwendigkeit gesehen, diesem Antrag damals zuzustimmen. Die Folgen sind uns in den letzten Wochen vor Augen geführt worden.

(Beifall bei der CDU)

Ich bedanke mich bei meinen Fraktionskollegen und meinem Vorgänger für diesen vorausschauenden Antrag, den sie damals gestellt haben.

Vorausschauende Verkehrspolitik ist in dieser Verkehrskrise sehr wichtig. Wir tragen Verantwortung, anstatt zu taktieren. Wir stimmen dem Ersetzungsantrag von Rot-Grün trotzdem zu.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Michel. - Herr Wolter, bitte.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die FDP möchte einen zweiten innerstädtischen Haltepunkt für den Fernbusverkehr einrichten und nennt dabei explizit den Breslauer Platz. Genau das wollen wir nicht. Wir wollen die belastenden Busverkehre aus der Innenstadt heraushalten. Das wird aber durch einen Haltepunkt am Breslauer Platz konterkariert.

Der Antrag der Linken macht es auch nicht besser; denn seit Jahren haben wir mögliche Standorte für einen Busbahnhof hier in den Gremien durchgekaut und sind froh, dass wir mit dem Flughafenterminal einen Standort gefunden haben, der erstens eine gute Verkehrsinfrastruktur hat, der zweitens über ein Versorgungs- und vor allen Dingen auch Sanitärangebot verfügt und keinen im Regen stehen lässt und der drittens den Bus nicht zu einer weiteren Belastung der innerstädtischen Straßen werden lässt.

Als Alternative hatten wir zuletzt noch die Frankfurter Straße in Gremberghoven. Das war der letzte mögliche Standort, der noch im Gespräch geblieben war. Im Vergleich mit dem Flughafen hat der Flughafen aber wirklich deutliche Vorteile. An der Frankfurter Straße hätten wir Infrastruktur schaffen müssen, und die verkehrlichen Probleme wären an der Frankfurter Straße genauso groß gewesen wie an vielen anderen Stellen, die wir geprüft haben und für negativ befunden haben.

Insofern sind wir froh, dass die Flughafengesellschaft auch Geschmack an dem von uns favorisierten Standort gefunden hat.

Eines möchte ich anmerken: Wir haben Schwierigkeiten damit, wenn Kommunen en passant mit der Einrichtung von Fernbusterminals noch Aufgaben zugeschustert bekommen, die Geld kosten und im Übrigen wie am Breslauer Platz zentrale Plätze belegen.

In den letzten Monaten sind die Vertreter der Fernbusunternehmen durch die Fraktionen getingelt und haben für ein Terminal am Hauptbahnhof geworben. Der Bus ist unbestritten ein umweltfreundliches Transportmittel. Dennoch werden wir nicht dem Drängen der Unternehmer nach weiteren Standorten nachgeben. Gegenüber den Bürgern lässt es sich auch nicht darstellen, wenn für private Transportunternehmen

die Kosten sozialisiert und die Gewinne dann aber privatisiert werden.

Im Übrigen - das wurde eben schon gesagt - schreiten die Konzentrationsprozesse auch hier voran. Am Ende des Tages werden die Preise nicht mehr so günstig sein, wie sie derzeit sind. Was da gerade stattfindet, sind einfach Marktverdrängungsmechanismen.

Nächster Punkt: Im Sinne eines besseren Erscheinungsbildes von Köln, dem wir uns ja nur sehr mühsam nähern, halte ich ein Busterminal am Breslauer Platz für eine städtebauliche Sünde. Auch deshalb werden wir den Antrag der FDP ablehnen.

Mit einem Standort am Flughafen werden wir ein Fernbusterminal haben, das alle Anforderungen erfüllt, dessen Kapazität absehbar ausreichend ist und das für jeden Kölner und jede Kölnerin mit einem Ticket der Preisstufe 1 b zu erreichen ist.

Natürlich werden wir die Entwicklung verfolgen; Frau dos Santos Herrmann hat es eben schon gesagt. Wir werden nach Alternativen Ausschau halten, sollten die Kapazitäten am Flughafen erschöpft sein.

Zunächst braucht es nach unserer Meinung aber einen guten Start für das Terminal am Flughafen. Deshalb haben wir auch diesen Ersetzungsantrag gestellt.

Wir wollen erstens, dass dieser Standort schneller als gedacht in Betrieb geht und damit auch die provisorischen Halte, zum Beispiel an der Gummersbacher Straße und unter der Zoobrücke, bald entfallen.

Wir wollen zweitens, dass die Anbindung mit der S-Bahn von Ehrenfeld an den Flughafen in den Randzeiten und vor allen Dingen am Wochenende verbessert wird.

Wir wollen drittens - darum ging es jetzt ja auch - die Domumgebung deutlich vom Busverkehr entlasten und bitten deshalb die Verwaltung, uns schnell ein Konzept vorzulegen, das eine schlüssige Lösung für eine deutliche Reduzierung des Reise- und Touristikbusverkehr am Hauptbahnhof und im Domumfeld beinhaltet; denn Touristenbusse sind nicht nur zur Weihnachtszeit ein Problem. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Wolter. - Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für viele Leute mit einem kleinen Budget ist der Fernbus eine echte Alternative zur Bahn. Die Fahrt mit dem Bus ist häufig um ein Vielfaches günstiger als die Fahrt mit dem Zug. Es ist klar, dass die Fernbusse dauerhaft einen Platz im Verkehrssystem in Deutschland einnehmen werden.

Die gute Erreichbarkeit der Fernbusse mit öffentlichen Verkehrsmitteln - mit der Stadtbahn, mit der S-Bahn oder mit einem anderen Bus - ist das A und O. Menschen mit wenig Geld und ohne Kfz müssen den Fernbus schnell und preiswert erreichen. Deshalb hat sich die Linksfraktion schon immer für den Verbleib des Fernbusbahnhofs am Breslauer Platz eingesetzt.

Nun haben wir viel darüber gehört, dass es andere Planungen gibt und dass der Fernbusbahnhof am Flughafen angesiedelt werden soll. Es geht jetzt auch nicht darum, zu sagen, dass wir das alles so machen müssen, wie wir es ursprünglich einmal geplant haben. Ich kann aber die Kleingeistigkeit, mit der insbesondere SPD und Grüne hier momentan vorgehen, wirklich nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der Linken - Andreas Wolter
[Bündnis 90/Die Grünen]: Ach?)

- Das ist doch wahr. Es ist doch eine Kleingeistigkeit.

Im Antrag der FDP - über die Beweggründe wollen wir jetzt gar nicht länger diskutieren - heißt es: Liebe Leute, lasst uns doch einmal gucken, ob wir am Breslauer Platz oder in der Innenstadt einen adäquaten zweiten - nicht einen alternativen, sondern einen zweiten - Haltepunkt für Fernbusse bekommen können.

Das haben wir aufgegriffen, weil es grundsätzlich richtig ist. Wir sind aber der Meinung, dass man die Fernbusse nicht unbedingt in der Innenstadt braucht, sondern dass das A und O ist, dass sie für die meisten Leute sehr schnell zu erreichen sind. Deswegen muss man andere Plätze in die Prüfung aufnehmen.

Frau dos Santos Herrmann, Sie können nicht von hier oben quasi aus dem Arm geschüttelt behaupten, in Ehrenfeld hätten wir keinen Platz dafür und an anderen Stellen auch nicht. Da

muss eine vernünftige Prüfung erfolgen. Man kann nicht einfach sagen: Das wollen wir nicht, und das passt nicht.

In Ehrenfeld haben wir zum Beispiel die Bahnbögen, um die sich kein Mensch kümmert. Man kann man sich doch einmal angucken, ob es machbar ist, da - natürlich zusätzlich zum Halt am Flughafen - eine Haltestelle hinzubauen. Es muss doch nicht jeder Bus, der zum Beispiel aus dem Ruhrgebiet kommt und in dem Leute sitzen, die in Köln einkaufen wollen, zum Flughafen fahren. Genauso wenig muss jeder Bus in die Innenstadt fahren.

(Beifall bei der Linken)

Man kann da auch intelligente Lösungen erarbeiten. Schließlich wird niemand von Duisburg oder von Bochum mit dem Fernbus an den Kölner Flughafen fahren und dann die S-Bahn zurück in die Stadt nehmen.

(Beifall bei der Linken)

Daher muss überlegt werden, bei welchen Buslinien es Sinn macht, sie in die Innenstadt zu führen, meine Damen und Herren.

Ich möchte die vier großen Fraktionen deshalb bitten, jetzt einmal über ihren Schatten zu springen. Im Übrigen ist es ohnehin schon ein bisschen merkwürdig, einen Ersetzungsantrag zu einem Antrag zu stellen, der ein ganz anderes Thema beinhaltet, nämlich die Weihnachtsbusse und nicht die Fernbusse. Meine Damen und Herren, Frau dos Santos Herrmann, Frau Jahn, Herr Frank und Frau Gordes, vielleicht können Sie sich doch dazu durchringen, diesem Ersetzungsantrag einen kleinen Prüfauftrag hinzuzufügen und die Verwaltung prüfen zu lassen: Gibt es den Bedarf und die Möglichkeit, einen zweiten, einen weiteren Halt für die Fernbusse einzurichten? - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linken)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Weisenstein. - Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluss der Debatte eine Sache aufgreifen, über die ich mich ärgere. Man kann bei dieser Frage inhaltlich unterschiedlicher Meinung sein und zum Beispiel die Auffassung vertreten, dass alle

Busse zum Flughafen fahren sollten. Wenn man sich zu dem Thema äußert, Herr Kollege Michel und Herr Kollege Wolter, muss man sich aber schon inhaltlich mit dem beschäftigt haben, was vorgeschlagen wird.

Andreas Wolter, wenn du hier sagst, das sei eine städtebauliche Sünde, kann ich nur feststellen, dass du die Pläne nicht kennst und dass du dich nicht damit beschäftigt hast; denn der Busbahnhof wird nicht mehr so aussehen, wie wir ihn heute kennen. Im Wettbewerb hatte jeder Architekt einen Plan mit Busbahnhof und einen Plan ohne Busbahnhof vorzulegen. Der Sieger hat den Busbahnhof vom Breslauer Platz aus gesehen ins Untergeschoss, also in die Höhe der Rheinuferstraße, gebracht - mit einer Zufahrt von der Trankgasse und hinter der Fassade versteckt. Andreas Wolter, ich stelle die Pläne gerne einmal vor. Ich habe sie auch oben bei mir im Büro. Hier einfach nur ein paar Schlagworte hinzuhauen und zu behaupten, das sei eine städtebauliche Sünde, weil man lediglich das Bild von heute kennt und sich mit den Plänen nicht beschäftigt hat, finde ich zu billig. Das ärgert mich auch.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Sterck. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann möchte gerne abstimmen lassen.

Zunächst stimmen wir über den vorliegenden Ersetzungsantrag ab. Wer ist gegen diesen Ersetzungsantrag? - Das sind die FDP, Deine Freunde und die Piraten. Gibt es Enthaltungen? - Die Fraktion Die Linke. enthält sich. Damit ist das so angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir zu Tagesordnungspunkt 3.1.8 kommen, übernimmt der Oberbürgermeister wieder das Ruder.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Frau Scho-Antwerpes. - Bei TOP 3.1.8 hätte ich mich noch ausruhen können; denn den gibt es gar nicht.

Wir kommen zu:

3.1.9 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion betreffend „Mehr Verantwortung in die Bezirke - Bürgerhaushalt 2015“ AN/1551/2014

Darüber hatten wir schon bei der Festlegung der Tagesordnung gesprochen, und ich hatte gesagt, dass wir das jetzt machen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Da habe ich einen Geschäftsordnungsantrag!)

Jetzt ist Herr Frank dran. Ich darf Sie bitten.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte einen Antrag zur Geschäftsordnung stellen. Nach § 17 Absatz 1 Buchstabe g der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen möchte ich beantragen, dass der vorliegende Antrag unmittelbar in den Finanzausschuss verwiesen wird.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gut. - Gibt es den Wunsch auf Gegenrede? - Ja.

Ich will auf Folgendes hinweisen: Der § 17 Absatz 5 unserer Geschäftsordnung besagt, dass man zu dieser Frage der Verweisung in den Ausschuss nach § 17 Absatz 1 Buchstabe g sprechen kann, aber nur zur Verweisung und nicht zur Sache. Das ist Maßstab und Maßgabe unserer Geschäftsordnung, an die sich auch jeder halten sollte. Das ist für uns selbstverständlich. - Frau Henk-Hollstein.

Anna-Maria Henk-Hollstein (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe vorhin bei der Beschlussfassung über die Tagesordnung schon einmal dagegengesprochen und will das jetzt noch einmal deutlich machen.

Am Montag nächster Woche beginnt das Verfahren für den Bürgerhaushalt 2015, der entsprechend weiterentwickelt wird und in diesem Jahr auf die Bezirke ausgeweitet wird. Wenn wir eine Beschlussfassung im Finanzausschuss vornehmen würden, wäre das Verfahren für die Bezirke bereits beendet. Dann würde man dort ein entsprechendes Verfahren durchführen, bei dem die Bezirke nicht wirklich wüssten, ob sie die Entscheidungsbefugnis haben oder nicht.

Deshalb sind wir der Auffassung, dass dieser Rat das richtige Gremium ist, um über unseren Antrag zu beschließen.

Wir sind uns darüber einig, dass wir das entsprechend den Bezirken zur Verfügung stellen wollen.

Wir sollten uns auch darüber einig sein, dass wir den Bezirken die entsprechende Entscheidungsvollmacht erteilen. Ich habe gerade von einer Kollegin das Wort „Wertschätzung“ gehört. Ich denke, die Bezirke sollten es uns wert sein, ihnen die volle Macht darüber zu geben - und nicht erst im Finanzausschuss, wenn das Verfahren bereits gelaufen ist.

Deshalb bitte ich darum, diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Das war die Gegenrede.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den von Herrn Frank gestellten Antrag zur Geschäftsordnung. Wer für die Verweisung in den Finanzausschuss ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen und die Linke. Wer Enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag zur Geschäftsordnung mit Mehrheit angenommen und der Antrag in den Finanzausschuss verwiesen.

Wie wir bei der Festlegung der Tagesordnung beschlossen habe, rufe ich nun die Tagesordnungspunkte 3.1.10 und 10.23 gemeinsam auf:

3.1.10 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Klage gegen die Aufhebungsverfügung der Bezirksregierung Köln“ AN/1562/2014

10.23 Kommunalwahl 2014 - Feststellung der Gültigkeit der Rats-, Bezirksvertretungs- und Integrationsratswahl in Köln am 25.05.2014 gemäß § 40 Absatz 1 Buchstabe d) in Verbindung mit § 46 a Kommunalwahlgesetz 2050/2014

Zunächst erteile ich Herrn Frank das Wort.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Unser Antrag liegt Ihnen vor. Der Rat der Stadt Köln befasst sich jetzt schon zum vierten Mal mit der Frage der Überprüfung des Ratswahlergebnisses.

Der Verlauf, mit dem wir es derzeit zu tun haben, war vorhersehbar. Wir wussten, dass unser Antrag auf eine komplette Neuauszählung durch

den Oberbürgermeister beanstandet wird. Die Beanstandung haben wir hier mit Mehrheit zurückgewiesen. Die Bezirksregierung hatte schon weit im Vorfeld mit Bezug auf den Erlass des Innenministers erklärt, dass sie diesen Ratsbeschluss aufheben wird. Das ist alles so geschehen.

Somit sind wir jetzt in der Situation, entscheiden zu müssen, ob wir es dabei bewenden lassen oder nicht. Wir sind der Meinung, dass es nicht richtig wäre, es dabei bewenden zu lassen, sondern tatsächlich eine Klärung herbeigeführt werden muss.

In der rechtlichen Begründung, die seitens der Bezirksregierung Köln, unterschrieben durch die Regierungspräsidentin, gegeben wurde, sind eigentlich alle Argumente zusammengefasst, die sich aus dem Gutachten von Professor Bätge, dem Erlass des Innenministers und zahlreichen zitierten Rechtsprechungen ergeben. Sie beinhaltet also absolut nichts Neues. Es ist nur, wenn man so will, ein ausführliches Summary.

(Zuruf: Das stimmt nicht!)

- Das stimmt schon. Dann kannst du ja das Gegenteil beweisen. Es ist die Zusammenfassung der bisherigen rechtlichen Auseinandersetzung.

Deshalb werde ich das hier auch nicht weiter werten. Ich möchte jetzt nicht im Einzelnen darauf eingehen, weil wir das schon mehrfach gemacht haben.

Das einzig Neue, was die Regierungspräsidentin ausführt, ist, dass sie auf Seite 8 erklärt, die Glaubwürdigkeit des Wahlergebnisses sei überhaupt nicht erschüttert.

Das befremdet uns schon;

(Beifall bei der CDU)

denn man kann natürlich durchaus unterschiedliche Rechtsauffassungen haben - das ist in einem Rechtsstaat so -, sollte aber doch nicht dazu neigen, wirklichkeitsfremde Wertungen vorzunehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Das macht uns schon Sorge; denn die Intention der Grünen war ja, das tatsächlich erschütterte Vertrauen in diese Wahl wiederherzustellen. Das ist nach wie vor unser Ziel. Dass das Vertrauen bei Teilen der Bevölkerung erschüttert ist, ist

glasklar. Darüber sollte man sich jetzt wirklich nicht streiten.

Deshalb halten wir unseren Vorschlag auch weiterhin für richtig. Nur mit einer Komplettauszählung werden wir dieses Problem lösen können. Nur so wird es möglich sein, wieder Vertrauen in diesen Wahlvorgang zu bekommen. Das Vertrauen in demokratische Wahlverfahren ist ein sehr hohes Gut. Damit wollen wir auch latenten Tendenzen von Demokratieverdrossenheit bewusst entgegenwirken. Das halte ich wirklich für eine wichtige Aufgabe, die wir heute in der Demokratie haben.

Köln ist ein besonderer Fall. Das ist bereits dargestellt worden. Wir haben in unserer Begründung auch die Rechtsprechung analysiert und sind daher in diesem besonderen Fall der Meinung, dass eine solche Komplettauszählung geboten ist.

Wir wissen aber auch, dass wir uns hier politisch nie einigen können. Dafür sind die Auffassungen jetzt doch zu weit auseinander. Insofern sind wir der Meinung, dass es durch ein ordentliches Gericht entschieden werden muss. Das ist das Verwaltungsgericht Köln. Dieses Gericht wollen wir, wenn dieser Antrag eine Mehrheit findet, damit betrauen, zu entscheiden.

Wenn man diese Entscheidung bei Gericht suchen will, muss man dafür natürlich auch die juristischen Voraussetzungen schaffen. Deshalb wollen wir, nachdem über diesen Antrag abgestimmt worden ist, in den Folgeabstimmungen die Entscheidung über die Kommunalwahlergebnisse nicht weiter vertagen.

Der Oberbürgermeister hat angekündigt, differenziert abstimmen zu lassen.

Wir werden das Integrationswahlergebnis und das Bezirksvertretungswahlergebnis von unserer Seite aus positiv bescheiden. Diese Ergebnisse sind ja ohnehin unbestritten und standen hier nie in Rede. Es ging immer nur um das Ratswahlergebnis - je nachdem, wie man das betrachtet.

Bei der Abstimmung zum Ratswahlergebnis werden wir uns enthalten. Das entspricht auch unserer Position; denn wir wollen eine Überprüfung. Wir haben - jedenfalls von unserer Seite - nicht gesagt, dass wir das Ergebnis von vornherein falsch finden, sondern wollen nur, dass es noch einmal überprüft wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Entscheidend ist aber, dass wir nicht in den juristischen Konflikt geraten wollen, dass ein Verwaltungsgericht sagt: Wir können eine solche Klage jetzt gar nicht behandeln; denn ihr habt noch kein Ergebnis; wir wissen ja überhaupt nicht, was der Kölner Rat will. - Diese juristische Klippe müssen wir berücksichtigen. Deshalb müssen wir jetzt so vorgehen.

Das wäre nicht notwendig gewesen, wenn der Beschluss nicht aufgehoben worden wäre. Da nun aber die gesamte Kaskade durchlaufen worden ist, wird es so sein müssen. Das will ich hier nur noch einmal zu Protokoll geben und auch der Öffentlichkeit erklären, weil sonst natürlich Fragen gestellt würden. Das ist ein transparentes Vorgehen.

Insofern gehen wir unseren Weg weiter und stellen unseren Antrag auf Klage gegen die Aufhebungsverfügung hier zur Abstimmung. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Als nächster Redner spricht Herr Börschel für die SPD.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind in der Tat heute im vierten Teil einer summa summarum absurden Situation, die Sie hier mit Ihren heutigen Anträgen bzw. Beschlüssen fortsetzen.

Der Rat hat in seiner letzten Sitzung - daran will ich noch einmal erinnern - alle Einsprüche gegen die Rats- und Bezirksvertretungswahl zurückgewiesen und trotzdem mit einer Jamaika-Mehrheit die Auszählung aller 1 024 Stimmbezirke beschlossen. Sie haben also - um es für einfache Gemüter wie mich zu übersetzen - gesagt: Es gibt eigentlich keinen Grund, noch einmal zu zählen; aber wir machen es trotzdem.

Heute wollen Sie eine Klage gegen die Aufhebungsverfügung der Regierungspräsidentin beschließen und lassen - auch das ist eine denkwürdige Volte - gleichwohl zu, dass am Ende eine relative Mehrheit unter Beteiligung der SPD die gesetzlich zwingend geforderte schnelle Feststellung über die Gültigkeit der Wahl beschließt.

Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Zwei Mal haben Sie gegen unsere Stimmen die Gül-

tigkeitsfeststellung über die Kommunalwahl, die wir kraft Gesetzes zügig treffen müssen, vertagt, um sich heute - jetzt spreche ich einmal die Grünen an - nach langer Bedenkzeit kraftvoll zu enthalten.

(Beifall bei der Linken)

Wer soll das denn noch verstehen? Sie haben zwar endlich eingesehen, dass Sie durch das ständige Vertagen gegen das Gesetz verstoßen - offensichtlich auch die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Nein!)

- Wollen Sie immer noch vertagen? Dann bin ich gespannt, ob und wie Sie das gleich beantragen werden; denn so, wie ich es verstanden habe, gibt es noch einen zweiten Grund für Ihr für heute angekündigtes Vorgehen. Sie haben nämlich endlich gemerkt, dass der CDU für ihre angekündigte Klage schlicht das Rechtsschutzbedürfnis fehlt. Lassen Sie mich auch das wieder vereinfacht ausdrücken: Sie können zwar so viele Klagen einreichen, wie Sie wollen; das ist gar keine Frage; ein Gericht nimmt sie auch an. Ihnen wird aber die Klagebefugnis fehlen, solange nicht der Rat die nach dem Kommunalwahlgesetz erforderliche Gültigkeitsfeststellung über das Kommunalwahlergebnis beschließt.

Zur Sache selbst finden Sie aber in der Mehrheit des Rates nicht genügend Argumente, um entweder zu einem klaren Ja oder zu einem klaren Nein zur Gültigkeit zu kommen. Sie haben hier eine sehr fragile Jamaika-Koalition, die mal gemeinsam stimmt, wenn als kleinster gemeinsamer Nenner alles ohne Grund neu ausgezählt werden soll. Sie sind sich aber nicht mehr einig, wenn es um die Frage geht, ob vertagt wird oder nicht vertagt wird, Sie sind nicht sich einig darüber, auf welcher Rechtsgrundlage eigentlich eine Klage eingereicht werden soll, usw. usw.

(Beifall bei der Linken)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das belegt leider, dass Ihre Position inhaltlich nicht stringent ist und dass Sie in allen Fragen rund um das Kommunalwahlergebnis letztlich von einer Entscheidung zur nächsten stolpern. Das ist bedauerlich. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Fragezeichen in der Bevölkerung auch durch Ihr Zutun immer größer werden. Dafür tragen Sie aber die Verantwortung.

(Beifall bei der SPD und der Linken)

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie bitte, dass ich mich doch noch einmal an unsere lieben Freunde der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wende. Der *Kölner Stadt-Anzeiger* vermeldet in seiner heutigen Ausgabe einmal mehr:

Der Grünen-Bundestagsabgeordnete Volker Beck hatte den Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages um eine Bewertung gebeten. Dessen Kurzgutachten über das Wahlprüfungsrecht soll dem Vernehmen nach allerdings nur wenige Erkenntnisse über den Kölner Fall bringen.

Es war ziemlich schwierig, daran heranzukommen; denn leider hat Ihr Bundestagskollege dieses Gutachten als Geheim einstufen lassen. Es hat aber offensichtlich nicht so wenige Erkenntnisse gebracht; denn Sie haben Teile dieses Gutachtens, die Sie für passend gehalten haben, wörtlich in Ihren heutigen Antrag übernommen. In anderen Fällen würde man das als Plagiat bezeichnen. Sie haben aber diese Teile in der Tat nicht einmal paraphrasiert, sondern sie schlicht und einfach wörtlich übernommen, um damit eine Position zu untermauern, die das Gutachten, soweit ich das erkennen konnte, nicht hergibt.

Das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages enthält nämlich auch die folgenden Aussagen:

Grundsätzlich hat der Einspruchsführer die Pflicht, den Rechtsbehelf substantiiert zu begründen. Die konkrete Darlegungspflicht hängt stets vom Einzelfall ab. Das Bundesverfassungsgericht und der Bundestag stellen strenge Anforderungen an die Darlegungslast des Einspruchsführers. Der Einspruchsführer muss darlegen, dass sich ein Wahlfehler ereignet hat. Vermutungen, zum Beispiel von Zählfehlern bei der Stimmentzählung, Andeutungen von Wahlfehlern oder Hinweise auf die Gefahr von Unregelmäßigkeiten reichen für die Begründungspflicht nicht aus. Ein derartiger Vortrag wäre zu unbestimmt.

An anderer Stelle heißt es:

Zudem gilt im materiellen Wahlprüfungsrecht der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Die Wahlprüfungsentscheidungen unterliegen dem Gebot des geringstmöglichen Eingriffs. Ge-

wählte Parlamente sollen möglichst aufrechterhalten bleiben.

Im Fazit schließt das Gutachten wie folgt:

Insgesamt stellt die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sehr hohe Anforderungen an den Erfolg eines Einspruchs bzw. einer Wahlprüfungsbeschwerde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat der Stadt Köln, wenn wir alle miteinander Vertrauen in der Bevölkerung wiederherstellen wollen und angeblich verloren gegangenes Vertrauen in die Gültigkeit einer Kommunalwahl wiederherstellen wollen, müssen wir tatsächlich wahrhaftig argumentieren. Dann müssen insbesondere diejenigen, die sich sonst Transparenz ganz oben auf die Fahne schreiben, auch Ross und Reiter benennen und alle Karten auf den Tisch legen. Sie müssen zeigen und sagen, was sie haben, statt mit halb gesagten Sätzen und noch mehr verschwiegenen Sätzen am Ende die Bevölkerung doch für dumm zu verkaufen.

(Zurufe von der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen: Pfui!)

Das halte ich für außerordentlich enttäuschend. Ich bleibe dabei: Sie tragen als Mehrheit, die sich in dieser Frage konstituieren wird, die Verantwortung für das, was in der Bevölkerung passiert.

Lassen Sie uns endlich die Gültigkeit der Kommunalwahl, auch der Ratswahl, feststellen und das Ganze nicht weiter vertagen. Lassen Sie uns endlich die wichtigen Themen der Stadt Köln, die den Menschen auf den Nägeln brennen, angehen und uns nicht weiter mit uns selbst beschäftigen. - Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nächster Redner ist Herr Dr. Elster für die Fraktion der CDU.

Dr. Ralph Elster (CDU): Lieber Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Börschel, wir müssen uns deswegen heute, Mitte November, sechs Monate nach der Wahl, immer noch mit uns selbst beschäftigen, weil Sie im Wahlprüfungsausschuss und hier im Rat der Stadt Köln immer wieder Beschlüsse verhindert haben, die dazu beigetragen hätten, das Ver-

trauen wiederherzustellen. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Wir hätten doch längst die Unsicherheit in Rodenkirchen ausgeräumt. Wir hätten alle gewusst, ob die Rodenkirchener sich tatsächlich gegen alle Erwartungen entschieden haben oder auch nicht. Dann hätten wir hier Klarheit und Transparenz, und alles wäre erledigt. Es ging um einen einzigen Wahlkreis, der statistisch so auffällig war, dass dort wirklich jeder genau nachgesehen hätte. Wenn das umgekehrt gewesen wäre, hätte der Stadtdirektor noch am Wahlabend die Urne geöffnet und nachgeschaut, was denn da alles passiert ist und ob die Dinge vertauscht worden sind.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, in diesem Prozess ist in den letzten Monaten Vertrauen kaputtgegangen.

Jetzt will ich noch eines sagen, Herr Börschel, auch wenn ich das ungern mache. Manchmal haben Sie natürlich recht. Sie haben nämlich beispielsweise recht, wenn Sie die Frage stellen, warum hier diese Rumeierei passiert und warum man sich heute Abend hier kraftvoll enthält. Das ist in der Tat erstaunlich.

Anders, als Sie es dargestellt haben, Herr Börschel, sind wir aber nicht darauf angewiesen, dass der Rat uns heute Abend noch einmal beschwert. Wir sind als CDU schon beschwert, weil wir im Wahlprüfungsausschuss einen Einspruch geführt haben, der dann gegen unsere Stimmen abgelehnt worden ist. Anschließend haben wir hier im Rat noch einmal einen Einspruch geführt. Er ist auch abgelehnt worden, wiederum gegen unsere Stimmen.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Sie haben keinen guten Rechtsbeistand!)

- Lieber Herr Volksjurist Detjen, unser Rechtsbeistand sagt, dass wir schon beschwert sind.

Wir sind auch dabei, die Klage vorzubereiten.

(Martin Börschel [SPD]: Wie lange brauchen Sie denn noch dafür?)

Das heißt: Ungeachtet dieses Verfahrens, das heute hier die vierte Etappe erreicht, werden wir dafür sorgen, dass die Wählerinnen und Wähler in Rodenkirchen volle Transparenz über ihr Wahlergebnis bekommen werden. Da wird uns

das Gericht auf alle Fälle recht geben. Das wissen Sie selber auch. Sonst hätten Sie es ja nicht so oft verhindert und hätten nicht immer wieder versucht, die Neuauszählung zu torpedieren.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden dennoch konsequent diesen Weg weitergehen. Herr Frank hat ja schon bei der letzten Sitzung des Rates, bei der Sondersitzung, in seinen inhaltlichen Ausführungen deutlich gemacht, dass die Regierungspräsidentin selbstverständlich diese Aufhebungsverfügung an den Oberbürgermeister senden wird und dass wir konsequenterweise dann natürlich dagegen klagen müssen. Genau das steht heute hier zur Debatte.

Mich ärgert übrigens ein wenig - so viel zu Jamaika, Herr Börschel -, dass die Grünen diesen Antrag alleine einbringen. Man hätte vielleicht die anderen Fraktionen, die ja zu diesem Antrag gestanden haben, fragen können, ob man nicht einen gemeinsamen Antrag stellt; denn es war eine gemeinsame Initiative im Rat der Stadt Köln. Insofern ist das schon ein bisschen verwunderlich.

Letztendlich handelt es sich dabei aber um den konsequenten zweiten Schritt. Diesen Schritt müssen wir jetzt gehen.

Natürlich sind wir hochofret darüber, dass die Grünen nicht vergessen haben, dafür zu sorgen, dass wir, wenn wir das gleich beschließen, externen Rechtsbeistand bekommen; denn wir wollen alles, aber nicht Herrn Kahlen mit dem Verfolgen unserer Interessen in dieser Angelegenheit betrauen.

(Beifall bei der CDU)

Abschließend möchte ich noch kurz etwas zu unserem Abstimmungsverhalten bezüglich der Beschlussvorlage der Verwaltung sagen.

Weil wir bei den Einzelabstimmungen unterlegen sind, werden wir natürlich den Beschlusspunkt 1 ablehnen.

Beim Beschlusspunkt 2 werden wir selbstverständlich gegen die Feststellung der Gültigkeit der Ratswahlen stimmen. Wie ich gehört habe, möchte der Oberbürgermeister die Ratswahlen und die Bezirksvertretungswahlen getrennt zur Abstimmung stellen. Dem Wahlergebnis der Bezirksvertretungswahlen werden wir zustimmen.

Den Beschlusspunkten 3 und 4, die sich auf die Integrationsratswahlen beziehen, werden wir

analog zu unserem Verhalten im Wahlprüfungsausschuss natürlich auch zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Dr. Elster. - Jetzt kommen wir zu Frau Tokyürek von den Linken.

Güldane Tokyürek (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wenn es um das Vertrauen der Wähler geht, kann es allzu schnell passieren, dass eine Entscheidung getroffen wird, die juristisch höchst kompliziert ist. Die Bezirksregierung Köln hat den Beschluss des Rates zur Neuauszählung aufgehoben und die sofortige Vollziehung angeordnet. Das heißt im Klartext, dass erst einmal nicht neu ausgezählt wird. Sie müssen sich heute die Frage stellen, ob Sie gegen die Bezirksregierung klagen wollen.

Zuerst wurde die Auszählung eines Stimmbezirks gefordert - basierend auf Vermutungen und nicht auf Tatsachen. Dann kam die Idee der kompletten Neuauszählung aller Stimmbezirke. Das hörte sich nach einem guten Plan bzw. einer guten Lösung an. Gerechtigkeit für alle ist doch sehr schön. Wer könnte da ernsthaft Nein sagen? Allerdings gibt es da eine Hürde, nämlich die hohe Hürde, ein Wahlergebnis anzufechten, die Ausfluss des verfassungsrechtlichen Rechtsstaats- und Demokratieprinzips ist.

(Beifall bei der Linken und der SPD)

In der Aufhebungsverfügung steht, dass Wahlprüfungsorgane bei ihrer Entscheidung über die Neuauszählung nicht in einem rechtsfreien Raum agieren. Genau so ist es. Wir sind hier nicht in einem rechtsfreien Raum.

Die Neuauszählung bietet zudem keinerlei Gewähr dafür, nicht wiederum Anknüpfungspunkt für Forderungen nach einer abermaligen Kontrolle zu werden. Das hieße, wieder und wieder auszus zählen, bis man das richtige Ergebnis hätte.

(Beifall bei Teilen der SPD und der CDU)

Gerechtigkeit für alle bedeutet nicht, sich in einem rechtsfreien Raum zu bewegen. Die Linke hat deutlich gemacht, dass wir eine Neuauszählung

mittragen würden, wenn diese rechtlich möglich wäre.

Die Forderung nach einer Neuauszählung ist eine Einbahnstraße und verschärft die vermeintliche Vertrauenskrise, die eine bloße Behauptung ist. Ich wüsste nicht, wo diese Vertrauenskrise sein sollte.

Jetzt möchte ich noch auf etwas hinweisen, was in der Diskussion um eine komplette Neuauszählung bisher untergegangen ist. Herr Börschel hat das hier auch schon erwähnt. In der Ratssitzung am 30. September 2014 wurden die acht Wahleinsprüche, darunter auch von der CDU, also von Ihnen, zurückgewiesen. Die Feststellung der Gültigkeit der Wahl wurde jedoch nicht getroffen, sondern mehrheitlich vertagt. Nach der Systematik des Kommunalwahlgesetzes bedingt eine Neuauszählung immer auch eine Neufeststellung des Wahlergebnisses. Dies setzt jedoch voraus, dass der Rat vorher die Ergebnisfeststellung für ungültig erklärt. Der Rat ist hier seiner gesetzlichen Aufgabe nicht nachgekommen. Das ist der Vorwurf der Bezirksregierung.

(Beifall bei der Linken)

Sollte nun tatsächlich der Klageweg beschritten werden, besteht die Gefahr, dass allein aus formellen Gründen die Klage zurückzuweisen ist, weil die Gültigkeit bzw. die Ungültigkeit der Wahl nicht festgestellt worden ist.

Es mutet seltsam an, dass die Grünen in ihrem Antrag auf Klageerhebung kein Wort darüber verlieren. Vielleicht ist es nicht aufgefallen. Vielleicht wollten sie es nicht sehen.

Noch eine Anmerkung zur CDU: Sie hätten die Neuauszählung des Rodenkirchener Stimmbezirks, die sicher aussichtsreicher ist als eine komplette Neuauszählung, juristisch überprüfen lassen sollen. Als Ihr Rechtsbeistand hätte ich Ihnen das geraten.

(Beifall bei der Linken - Zurufe von der CDU: Machen wir! - Kommt!)

- Warten Sie ab. - Sie müssen nämlich erst die Entscheidung treffen. Ohne einen gültigen Beschluss ist so etwas nicht möglich. Das ist so. Nach § 40 Kommunalwahlgesetz NRW muss die Vertretung - also wir - über die Einsprüche und über die Gültigkeit entscheiden. Das ist kumulativ. Probieren Sie es ruhig.

Sie können sich heute dafür entscheiden, nicht den Klageweg zu gehen und die Ratswahl für gültig zu erklären.

Wir als die Linke werden dem Antrag der Grünen nicht folgen. Wir bleiben unserer Linie treu und werden die Wahl heute für gültig erklären. - Danke, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linken und der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wir kommen zu Herrn Breite.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Sehr verehrter Herr Wahlleiter! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin mir nicht so sicher, ob die Zuschauerinnen und Zuschauer alles das, was wir hier machen, noch verstehen. Das muss ich schon sagen. Gerade auch der FDP-Fraktion ging es ja um einen Wahlkreis. Seit etlichen Ratssitzungen beschäftigen wir uns hier schon mit diesem Thema, um zu dem nach unserer Meinung richtigen Wahlergebnis zu kommen. Es wird auch für mich langsam ein bisschen schwierig, das noch alles nachzuvollziehen.

Die FDP-Fraktion hat in den letzten Ratssitzungen zusammen mit CDU und Grünen eine Mehrheit gebildet, um ein Verfahren zu finden, mit dem man insbesondere in Rodenkirchen und - das haben die Grünen ja mit eingebracht - in Nippes zu dem richtigen Ergebnis kommt. Diesen Weg sind wir gegangen. Wir wussten, dass die Regierungspräsidentin das beanstanden wird.

Jetzt wird auch die FDP dem Antrag der Grünen zustimmen, die Klage gegen die Aufhebungsverfügung durchzusetzen, meine Damen und Herren. Das ist ein gradliniger Weg. Diesen Weg wollen wir gemeinsam gehen.

Zum Glück beschließen wir hier nicht die Begründung des Antrags der Grünen; denn eigentlich sind nicht die Medien schuld daran, dass die Bürgerinnen und Bürger jetzt verunsichert sind. Vielmehr war es der Wahlprüfungsausschuss, der nicht zugelassen hat, ein bestimmtes Wahlergebnis zu überprüfen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Hätten wir das gemacht, hätte man die ganzen Krokodilstränen an diesem Pult nicht vergießen müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Hier wird immer davon gesprochen, man wolle Schaden von der Demokratie abwenden. Diesen

Schaden hätte man schon abwenden können. Man hätte es nämlich erst gar nicht so weit kommen lassen müssen.

(Beifall bei der FDP)

Die CDU hat angekündigt, dass sie das jetzt ablehnen wird. Wir werden den Weg der Grünen gehen, weil wir auch die Möglichkeit haben wollen, dass es zur Klage kommt. Dann ist das nach meiner Meinung folgerichtig. Darum werden wir diesen Weg gehen.

Ich bleibe aber dabei: Mir wäre es wohler, wenn wir das alles im Wahlprüfungsausschuss gemacht hätten. Das wäre der bessere Weg gewesen. Ich glaube, dass das auch die meisten Bürgerinnen und Bürger so sehen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Breite. - Jetzt hat Herr Beckamp von der AfD das Wort.

Roger Beckamp (AfD): Herr Oberbürgermeister! Sehr verehrte Damen und Herren! Ich darf von hier aus kurz sagen: Getretener Quark wird breit, nicht stark. - Das haben wir jetzt schon öfter mitgemacht. Auch heute ist es wieder so.

Letztlich lässt sich unsere Ansicht ganz kurz auf den Punkt bringen. Es ist nämlich so, wie auch Herr Breite und Herr Dr. Elster zu Recht gesagt haben, aber in der Konsequenz nicht zu Ende gedacht haben: Die Hinnahme des Wahlergebnisses ist nicht richtig; denn die Tatsachen sprechen dagegen. Da muss etwas geprüft werden. Die komplette Neuauszählung ist allerdings völlig abwegig. Das ist Willkür.

Notwendig ist genau das, was Sie auch sagen und von Anfang an wollten, nämlich eine Neuauszählung in Rodenkirchen, von mir aus auch in Nippes. So einfach könnte es sein. Das sollten Sie auch tun. Dafür sollten Sie klagen. Alles andere ist Verschwendung öffentlichen Geldes. - Danke.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Nach unserer Geschäftsordnung haben auch die Bezirksbürgermeister das Recht, hier das Wort zu ergreifen. Ich erteile Herrn Schößler von der Bezirksvertretung Nippes das Wort.

(Zuruf)

Bernd Schößler (Bezirksbürgermeister Nippes): Ich bin Nippeser und kein Volksjurist. - Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Geschätzte Kollegen des Rates! Sie beraten hier nunmehr zum vierten Mal darüber, ob eine Wahl für gültig erklärt werden soll oder nicht. Dabei beschäftigen Sie sich immer ausschließlich mit dem Ergebnis der Ratswahl. Sie hätten bereits bei der ersten Beratung feststellen können, dass es bei den Ergebnissen der Bezirksvertretungswahl keinen Grund gibt, die Gültigkeit nicht festzustellen.

(Beifall bei der SPD und der Linken)

Deshalb stehe ich jetzt vor Ihnen. Die Bezirksvertretung Nippes hat in der letzten Woche genau das beschlossen, was Ihnen heute auch als Anlage 8 zur Vorlage der Verwaltung präsentiert worden ist.

Sie hätten allerdings auch früher die Möglichkeit gehabt, über die Wahlen einzeln zu entscheiden. Die Wähler hatten drei Stimmzettel, und Sie kritisieren nur einen dieser Stimmzettel, nämlich den für die Ratswahl.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Jetzt kritisieren Sie Ihren Oberbürgermeister!)

- Nein, ich kritisiere die Mitglieder des Rates, die sich - durchaus auch von Ihrer Fraktion angeführt - bisher nicht bereit erklärt haben, die Gültigkeit der Wahl zu den Bezirksvertretungen, von denen wir in Köln immerhin neun Stück haben, festzustellen.

(Beifall bei der SPD und der Linken)

Sehr geehrter Herr Dr. Elster, es ist Ihre verdammte Pflicht, die Gültigkeit einer Wahl auch dann festzustellen, wenn es Ihnen möglicherweise nicht passt.

(Zuruf von Dr. Ralph Elster [CDU])

- Es ist auch Ihre Pflicht, mich ausreden zu lassen und mir zuzuhören.

(Beifall bei der SPD)

Es bedarf offensichtlich - - Ich bin kein Volksjurist wie der Kollege Detjen. Ich bin aber ein Mann aus dem Volke, und zwar aus Nippes.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Mir geht es einfach um Folgendes: Die Verwaltung musste offensichtlich die Vorlage für heute so aufbereiten, damit Sie sich jetzt endlich dazu bereit erklären, die drei Wahlen unabhängig von-

einander zu betrachten und dann großzügigerweise die Bezirksvertretungswahl für gültig zu erklären. Eben sprach Ihre Kollegin von einer Wertschätzung der Bezirke. Diese Wertschätzung hätten wir auch schon vor vier Sitzungen gebraucht. Da hätten Sie das bereits feststellen können.

Damit will ich auch schließen. Ich freue mich, dass Sie dazugelernt haben, und wünsche Ihnen, dass Sie Weihnachten auch reich dafür beschenkt werden. - Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Bezirksbürgermeister. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Deswegen kommen wir jetzt zur Abstimmung. Dazu mache ich folgenden Vorschlag:

Wir stimmen zunächst über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema „Klage gegen die Aufhebungsverfügung der Bezirksregierung Köln“ ab.

Nachdem wir darüber befunden haben, beschäftigen wir uns auf Grundlage der Anlage 8 zu unserer Vorlage mit der Gültigkeit der Wahlen. Dabei sollten wir erst unter den Ziffern 3 und 4 der Anlage 8 über die Gültigkeit der Bezirksvertretungswahl abstimmen, dann unter den Ziffern 5 und 6 über die Gültigkeit der Integrationsratswahl und zum Schluss unter den Ziffern 1 und 2 über die Gültigkeit der Ratswahl. - Ich lasse Ihnen noch einen Augenblick Zeit, um sich die Anlage 8 anzuschauen. Die Anlage 8 enthält sechs Ziffern. Die Ziffern 1 und 2 beziehen sich auf Wahl des Rates und deren Gültigkeit, die Ziffern 3 und 4 auf die Wahl der Bezirksvertretungen und die Ziffern 5 und 6 auf die Wahl des Integrationsrats.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zum Thema „Klage gegen die Aufhebungsverfügung der Bezirksregierung Köln“. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der Grünen, die Fraktion der CDU, die Fraktion der FDP, pro Köln und Deine Freunde. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist der Antrag angenommen, und Sie haben sich für eine Klage gegen die Aufhebungsverfügung der Bezirksregierung Köln entsprechend dem Antrag der Grünen entschieden.

Jetzt kommen wir zur Feststellung der Gültigkeit der Wahlen. Dabei differenzieren wir, wie eben schon angesprochen worden ist.

Zunächst stimmen wir gemäß den Ziffern 3 und 4 der Anlage 8 über die Feststellung der Gültigkeit der Wahl zu den Bezirksvertretungen ab. Wer für die Feststellung der Gültigkeit der Wahl zu den Bezirksvertretungen ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, die Fraktion der CDU, die Fraktion Die Linke., die Fraktion der FDP, die Fraktion der AfD, pro Köln, Deine Freunde und die Piraten. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist das einstimmig so beschlossen.

(Bernd Petelkau [CDU]: Herr Oberbürgermeister!)

- Bitte schön.

Bernd Petelkau (CDU): Ich habe nur eine kurze Nachfrage zur Klarstellung. Die Ziffer 3 der Anlage 8 bezieht sich auf die Zurückweisung des Wahleinspruchs gegen die Bezirksvertretungswahl in Köln-Nippes. Wir haben das jetzt aber bezüglich aller Bezirksvertretungen entsprechend beschlossen?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja, bezüglich aller Bezirksvertretungen.

Bernd Petelkau (CDU): Gut. - Danke.

(Martin Börschel [SPD]: Wegen der Ziffer 4!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wegen der Ziffer 4 ist das insgesamt angenommen.

Dann kommen wir zur Gültigkeitsfeststellung der Integrationsratswahl. Da gab es auch keinerlei Einsprüche. Deswegen gehe ich davon aus, dass darüber Einvernehmen besteht. Ich frage aber: Gibt es Gegenstimmen gegen die Feststellung der Gültigkeit der Integrationsratswahl gemäß den Ziffern 5 und 6? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Damit ist auch diese Wahl jetzt für gültig erklärt.

Nun müssen wir uns noch - unter der Maßgabe der Diskussion, die wir eben geführt haben - über die Gültigkeit der Ratswahl, wie in den Ziffern 1 und 2 dargelegt, entscheiden. Wer für die

Gültigkeitsfeststellung im Sinne der Ziffern 1 und 2 ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion Die Linke. und die Piraten. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktion der Grünen, die Fraktion der FDP und Deine Freunde. Damit kommen wir zu dem Ergebnis, dass die Gültigkeit der Wahl festgestellt worden ist.

(Beifall bei der SPD und der Linken)

Damit haben wir diesen Tagesordnungspunkt beendet und kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich rufe auf:

**3.1.11 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion betreffend „Besetzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) - weitere beratende Mitglieder“
AN/1563/2014**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir direkt abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist das so beschlossen, wie es im Dringlichkeitsantrag formuliert ist.

Damit haben wir alle 3er-Punkte abgeschlossen. Ich weise noch einmal darauf hin, dass wir den Punkt 3.1.8 abgesetzt und hier nicht behandelt haben.

Nach diesen Abstimmungen kommen wir jetzt zum nächsten Thema, nämlich zu:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 4.1:

**4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Delegationsreisen ins Ausland“
AN/1183/2014**

**Antwort der Verwaltung vom 10.11.2014
3287/2014**

Ich sehe keine Nachfragen. - Danke schön.

Zu Tagesordnungspunkt 4.2:

**4.2 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Flüchtlingsunterbringung“
AN/1344/2014**

**Antwort der Verwaltung vom 12.11.2014
3298/2014**

Auch dazu gibt es keine Nachfragen. - Danke schön.

Zu Tagesordnungspunkt 4.3:

4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Kosten für Klimaschutzmaßnahmen in Köln“ AN/1345/2014

Antwort der Verwaltung vom 13.11.2014 3440/2014

Bitte schön, Herr Haug.

Jochen Haug (AfD): Herr Oberbürgermeister, die Beantwortung kam erst heute Morgen bei uns an. Können wir die Nachfragen im Zweifel in der nächsten Ratssitzung stellen, da wir noch nicht in der Lage waren, uns das anzuschauen?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das sei Ihnen erlaubt.

(Jochen Haug [AfD]: Danke schön!)

Zu Tagesordnungspunkt 4.4:

4.4 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend „Gesundheitskosten für Asylbewerber in Köln“ AN/1479/2014

Antwort der Verwaltung vom 12.11.2014 3363/2014

Ich sehe keine Nachfragen.

Zu Tagesordnungspunkt 4.5:

4.5 Anfrage der Gruppe pro Köln betreffend „Städtische Räumlichkeiten für Parteien bzw. Wählervereinigungen“ AN/1524/2014

Diese Anfrage ist relativ spät eingegangen. Sie wird noch weiter schriftlich beantwortet. - Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister, können wir denn verbindlich damit rechnen, dass diese Anfrage dann in der Dezember-Ratssitzung beantwortet wird?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir gehen davon aus, dass das möglich sein wird.

(Markus Wiener [pro Köln]: Alles klar!)

Zu Tagesordnungspunkt 4.6:

4.6 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Gegenseitige Anerkennung des Köln-Passes und des Bonn-Ausweises“ AN/1552/2014

Auch da bitte ich um Verständnis dafür, dass in der Kürze der Zeit eine umfängliche Abstimmung nicht möglich war. Auch das werden wir in der nächsten Sitzung nachholen, sobald wir dann so weit sind.

Zu Tagesordnungspunkt 4.7:

4.7 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend „Gegen Gewalt an Frauen - Frauenhäuser stärken“ AN/1525/2014

Antwort der Verwaltung vom 13.11.2014 3433/2014

Gibt es dazu eine Nachfrage? - Bitte schön, Frau Laufenberg.

Sylvia Laufenberg (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Frau Reker, wir möchten uns nur herzlich für die schnelle und ausführliche Antwort bedanken. - Herzlichen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das tut auch mal gut.

Zu Tagesordnungspunkt 4.8:

4.8 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend „Fast ein Jahr Kölner Ratssitzungen live im Internet - Zwischenbericht und Perspektiven“ AN/1554/2014

Auch da bitte ich um Nachsicht. Wir haben es noch nicht geschafft, die Daten insgesamt auszuwerten. Deswegen liegt noch keine schriftliche Antwort vor.

(Thomas Hegenbarth [Piraten]: Aber in der nächsten Ratssitzung?)

- In der nächsten Ratssitzung sind wir dann hoffentlich so weit. - Okay.

Damit haben wir die Behandlung der Anfragen abgeschlossen. Ich bitte um Verständnis dafür, dass noch nicht alles bis zum Letzten ausführlich dargelegt werden konnte.

Dann kommen wir zu:

6 Ortsrecht

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

Zu Tagesordnungspunkt 6.2.1:

6.2.1 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)

**Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben - Abwassergebührensatzung
2881/2014**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktion der CDU und die Gruppe pro Köln. Wer Enthaltung? - Keine Enthaltung. Damit ist das so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 6.2.2:

6.2.2 Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Köln 3091/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Dr. Strahl.

Dr. Jürgen Strahl (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem bereits zwei Steuersatzungen der Stadtkämmerin vor Gericht keinen Bestand hatten, erleben wir nun des Dramas dritten Teil unter dem Motto „Kulturförderabgabe als Bettensteuer“ oder „Sie kann's nicht lassen“ - und das im Schnelldurchgang. Die Vorlage erreichte uns zeitlich verfristet am Montag im Finanzausschuss mit der Absicht, die Besucher Kölns schon im Weihnachtsgeschäft abschöpfen zu können.

Auch wenn wir sie hier zum x-ten Mal wiederholen, erhalten die Argumente für und wider die Bettensteuer nicht mehr Gewicht. Deswegen erspare ich Ihnen und mir das heute.

Interessant ist nur, dass, nachdem beim ersten Mal der Gast zahlen sollte und beim zweiten Versuch der Hotelier, nun wieder der Köln-Besucher unmittelbar das Opfer der Finanznot der rot-grünen Koalition werden soll. Der Hotelier mutiert zum Büttel der Stadt, der ohne jede Amtsbefug-

nis für die Angaben des Gastes verantwortlich und zur Weitergabe der Abgabe verpflichtet wird.

Das ist unseres Erachtens ein äußerst grenzwertiges Vorgehen, welches die Kämmerin sich hier zur Geschäftsgrundlage macht. Die neue Satzung geht in die falsche Richtung, macht Dritte für Vorgänge verantwortlich, die sie nicht überprüfen können, und wird von uns in folgedessen logischerweise abgelehnt. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Dr. Strahl. - Herr Krupp für die Fraktion der SPD, bitte.

Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Dr. Strahl, ich bin mir nicht ganz sicher, ob Sie die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts wirklich gelesen haben; denn in seinem Urteil vom 23. Oktober 2013 hat das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen glasklar festgehalten, dass die Erhebung der Kulturförderabgabe als örtliche Aufwandsteuer ohne Weiteres zulässig ist.

Einzig und allein die Frage, wer Steuerpflichtiger ist und wer Steuerentrichtungspflichtiger ist, hat das Oberverwaltungsgericht anders gesehen, als es im Fall der dort vorliegenden Satzung der Stadt Dortmund vorgesehen war. Steuerpflichtiger ist der Gast; Steuerentrichtungspflichtiger ist der Hotelier.

Ohne Weiteres ist es dem Hotelier auch auf Grundlage der vorgelegten Satzung möglich, den Gast dazu anzuhalten, die entsprechenden Angaben zu machen. Das ist ja nun in vielen Städten mittlerweile der Fall. Ich darf nur daran erinnern, dass zuletzt Dresden mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen eine solche Abgabe beschlossen hat. Da geht das. Da ist auch die CDU dabei. Da sieht auch die CDU offensichtlich den Nutzen für ihre eigene Stadt.

Ich möchte mich aber gar nicht an der Vergangenheit festhalten und den Ritt durch die Gerichtsinstanzen thematisieren, der ja zumindest ein Gutes hatte, nämlich, dass nun Rechtssicherheit herrscht. Vielmehr will ich mich jetzt der Frage zuwenden, wie wir in Zukunft damit umgehen.

Eine rückwirkende Erhebung dieser Abgaben für die Zeit, in der die Satzung unwirksam war, se-

hen wir als SPD-Fraktion äußerst skeptisch. Für die Zukunft halten wir diese Abgabe für unsere Stadt aber für unverzichtbar. Es gibt schlicht viele gute Dinge, die mit diesem Geld für unsere Stadt geschaffen werden können:

Ich erinnere an die Samstagsöffnung der Bibliotheken.

Ich erinnere an die Unterstützung der Akademie der Künste der Welt.

Ich erinnere an kulturelle Bildungsangebote in offenen Ganztagschulen.

Ich erinnere daran - das ist ja Ihr Anliegen; schließlich haben Sie beim Bürgerhaushalt mit der Stärkung der Bezirke argumentiert -, dass aus eben jenen Mitteln 100 000 Euro für Einzelmaßnahmen in den einzelnen neun Stadtbezirken zur Verfügung stehen.

Ich erinnere daran, dass die Mittel aus dieser Kulturförderabgabe für das Standortmarketing, die Stärkung der Kreativwirtschaft und die Tourismuswerbung unverzichtbar geworden sind.

Ich erinnere auch daran, dass die Besucherzahlen in Köln in den letzten Jahren stark gestiegen sind - selbst in der Zeit, in der die Kulturförderabgabe erhoben wurde. Sie werden auch in Zukunft steigen, wenn sie wieder erhoben wird.

Eines ist klar: Diese ganzen wirklich wertvollen Dinge für unsere Stadt sind in Zeiten der angespannten Haushaltslage ohne die Kulturförderabgabe schlicht nicht darstellbar.

Da wir hinter diesen Maßnahmen stehen, da wir wissen, dass sie ohne die Kulturförderabgabe nicht finanzierbar sind, und da wir nach genauem Studium der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts mit der Kämmerin einig sind und sicher sind, dass diese Satzung nun endgültig sämtliche neu entwickelten - es war ja ein neues Konstrukt - Kriterien der obergerichtlichen Rechtsprechung einhält, ist für uns klar: Diese Kulturförderabgabe nützt Köln. Wir werden dieser Satzung zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Krupp. - Dann kommen wir zu Herrn Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Verehrte Kolleginnen und

Kollegen! Eigentlich ist diese Vorlage relativ unspektakulär, weil sie das umsetzt, was wir schon in unserer Pressemitteilung vom 10. September 2014 erklärt haben:

Die Erhebung der Kulturförderabgabe als kommunale Aufwandsteuer ist und bleibt rechtlich zulässig.

Hier geht es nur um eine Korrektur aufgrund der Rechtsprechung. Das ist allerdings bei allen Aufwandsteuern der Fall. Ich erinnere daran, wie viele Änderungen zum Beispiel die Vergnügungsteuer durchlaufen hat. Es findet immer eine Anpassung statt.

Insofern geht es wohl um etwas anderes, nämlich darum, dass Sie noch einmal Ihre grundsätzliche Ablehnung deutlich machen wollen.

Diese Ablehnung kann ich, ehrlich gesagt, nicht ganz nachvollziehen - zumindest bei der CDU nicht. Denn wie war die Situation im Jahr 2009? 2009 ist eine CDU/CSU/FDP-Bundesregierung angetreten. Das Erste, was sie gemacht hat, war, ein steuerliches Sonderprivileg für das Hotelgewerbe zu beschließen und die Umsatzsteuer für Übernachtungen auf 7 Prozent zu senken. Dieses Wahlgeschenk wollte die FDP damals durchsetzen, was unter anderem zu ihrem Genickbruch beigetragen hat. Alle maßgeblichen CDU-Abgeordneten haben gesagt: Das war halt so vereinbart; wir verstehen das auch nicht. - Ich erinnere mich noch gut an ein sehr interessantes Interview von Herrn Bosbach aus Bergisch Gladbach, der ja das Herz auf der Zunge trägt und die Dinge dann auch klar ausgesprochen hat. Insofern ist die Ablehnung der Kulturförderabgabe immer auch ein Reflex, denke ich - insbesondere bei der FDP.

Wir müssen doch deutlich festhalten, dass wir von einem Recht Gebrauch machen, das im Artikel 106 Absatz 6 des Grundgesetzes verankert ist. Danach dürfen wir örtliche Aufwandsteuern für kommunale Zwecke erheben.

Vor dem Hintergrund der permanenten kommunalen Finanzkrise, die auch gerade deshalb entsteht, weil die Verteilungsgewichte zwischen den Ebenen völlig aus dem Lot geraten sind und wir als schwächstes Glied die größten Lasten zu tragen haben, muss es eigentlich selbstverständlich sein, dass man sinnvolle Formen einer Aufwandsteuer nutzt - und darum handelt es sich hier.

Ich erinnere noch einmal an den Beschluss des Hauptausschusses vom 11. Januar 2010, mit

dem wir die Kulturförderabgabe in Auftrag gegeben haben. Damals wurde auch der Zweck festgelegt. In diesem Beschluss heißt es:

Einnahmen aus der o. a. Kulturförderabgabe sollen vorwiegend zielgerichtet für Aufgaben, Leistungen und Angebote in Bereichen kultureller Bildung, Integration, interkultureller Förderung, der Förderung von Kindern und Jugendlichen sowie für den Zugang sozial benachteiligter Schichten zu Bildung und Kultur verwendet werden.

Wer sich die bei den Haushaltsberatungen dazu jeweils gefassten Beschlüsse anschaut - sie dürften Ihnen noch bekannt sein -, sieht, dass wir diesem Weg auch sehr präzise gefolgt sind.

Ich habe oft erlebt, dass insbesondere CDU-Mitglieder gesagt haben: Wir würden zwar gerne zustimmen, dürfen das aber nicht. - Teilweise wurde es von ihnen ja auch im Finanzausschuss gemacht.

Insofern ist heute die Gelegenheit, diese längst entschiedene Schlacht zu beenden und zu sagen: Ja, wir stehen zu dem Grundsatz, dass Kommunen Aufwandsteuern erheben können, und wir stimmen auch dieser Kulturförderabgabe zu. - Diesen Appell möchte ich hier noch einmal insbesondere Ihnen zurufen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Verehrter Herr Oberbürgermeister! Verehrte Kämmerin! Meine Damen und Herren! Das ist schon eine Logik hier. Dabei handelt es sich wirklich um eine Kölner Spezialität. Man verliert alle Schlachten vor Gericht. Trotzdem stellt man sich hier als Sieger hin und sagt, jetzt habe man Rechtssicherheit.

(Beifall bei der FDP)

Das hat uns aber natürlich auch Geld gekostet; denn wenn man vor Gericht verliert, hat man auch die Gerichtskosten zu tragen. Da hatte ich ja nachgefragt. Dass diese Satzung nicht rechtskonform ist, hat uns schon über 170 000 Euro gekostet.

Es ist wirklich herrlich. Wir haben immer verloren. Trotzdem haben wir weiter fest an unsere Bettensteuer, wie sie von der FDP und wohl auch von der CDU genannt wird, geglaubt.

Ich habe hier eine Dringlichkeitsentscheidung vom 2. Juni 2014. Da hatten wir schon verloren. Höchste Gerichte hatten schon entschieden, dass das mit unserer Satzung nicht geht. Trotzdem wurde noch eine Dringlichkeitsentscheidung zur Freigabe zusätzlicher Mittel aus der Kulturförderabgabe getroffen. Frau Kämmerin, das sind dann schon Luftbuchungen - auch wenn ich weiß, dass Sie das nachher aus dem allgemeinen Haushalt nehmen können, was natürlich wiederum bedeutet, dass die Defizite in unserem städtischen Haushalt steigen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Meine Damen und Herren, ich habe die Befürchtung, dass die Gerichtskosten, die wir zu tragen haben, sich leider noch weiter erhöhen werden, weil ich glaube, dass wir auch hiermit wieder keinen Erfolg haben werden. Wir haben in den ganzen Debatten immer gehört: Verehrte FDP, das stimmt nicht; wir haben eine rechtskonforme Satzung; wir werden gewinnen. - Nachher haben wir dann doch verloren. Darum bin ich nicht zuversichtlich. Ich glaube nicht, dass wir mit dieser neuen Satzung erfolgreich sein werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der SPD-Kollege hat ja aus dem Gerichtsurteil zitiert. Es ist schon süffisant, wie das OVG Münster darin die Argumente der Stadt Köln auseinandernimmt.

Sie erinnern sich: Die Bettensteuer wurde mit der Hundesteuer verglichen. Es ging darum, dass man nicht zwischen berufsbedingten Übernachtungen und freizeitbedingten Übernachtungen differenzieren könne, weil es auch keinen berufsbedingten Hund und keinen freizeitbedingten Hund gebe.

Damit hat sich das Oberverwaltungsgericht Münster noch einmal auseinandergesetzt - vielleicht haben Sie das auch gelesen, Herr Kollege von der SPD - und das rundherum als Quatsch abgetan.

(Beifall bei der FDP)

Ich bin einmal gespannt, wie die Argumentation jetzt weitergeht; denn das Gericht hat in seinem Urteil auch schon deutlich gemacht, dass es sich ganz genau den Aufwand anschauen wird, den wir betreiben müssen, um zwischen berufsbedingten Übernachtungen und freizeitbedingten

Übernachtungen zu unterscheiden - gerade bei ausländischen Gästen. Das muss genau überprüft werden.

Ich muss Ihnen auch Folgendes sagen: Wenn Sie in dem für die Stadt Köln auszufüllenden Formular nach der Personalausweisnummer von deutschen Gästen fragen, habe ich schon Sorge, dass alleine dieses Formular als rechtsungültig eingestuft wird. - Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP - Dr. Ralf Unna [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Kollege, ich habe eine Nachfrage!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es gibt eine Nachfrage.

Ulrich Breite (FDP): Bitte.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte, Herr Dr. Unna.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Ich wollte nur nachfragen, weil das meinen Bereich betrifft, ob Ihnen bekannt ist, dass die Steuerbehörden dieses Landes sehr wohl zwischen privaten Hunden, Freizeithunden, Hobbyhunden und Familienhunden auf der einen Seite und dienstlich geführten Hunden auf der anderen Seite unterscheiden, zum Beispiel in Bezug auf die Absetzbarkeit von Tierarztrechnungen.

Ulrich Breite (FDP): Ja, aber nicht bei der Steuer. Bei der Steuer gibt es diesen Unterschied nicht. Ich kann Ihnen das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster gerne noch einmal geben. Es liegt, glaube ich, auch der Vorlage bei. Man fand den Versuch, die Bettensteuer mit der Hundesteuer begründen zu können, schon sehr süffisant. Diese Vergleichbarkeit, die die Stadt Köln angestrebt hat, hat man vonseiten des Gerichts zurückgewiesen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Dafür bitte ich noch einmal um Aufmerksamkeit. Wer für die Vorlage der Verwaltung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen,

die Linken und die Piraten. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltung. Damit ist die Satzung so angenommen.

Ich rufe auf:

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 1. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2015 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen Kernbereich Innenstadt, Deutz, Severinsviertel, Rodenkirchen, Sürth, Godorf, Lindenthal, Braunsfeld, Marsdorf, Weiden, Ossendorf, Neu-Ehrenfeld, Nippes, Chorweiler, Porz-City, Porz-Eil, Porz-Lind/Wahn/Wahnheide/Urbach, Poll, Rath/Heumar, Dellbrück, Mülheim 2083/2014

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1564/2014

Zunächst erhält Herr Detjen zum Änderungsantrag der Linken das Wort.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Nachdem die SPD 2005 von der schwarz-gelben Landesregierung forderte: „Keine Öffnung der Läden an Sonn- und Feiertagen!“, wurde von Rot-Grün 2006 in einem gemeinsamen Entschließungsantrag zum Ladenöffnungsgesetz der Rüttgers-Regierung festgestellt:

Die Sonn- und Feiertagsruhe zählt zu den elementaren Bestandteilen der christlich-abendländischen Tradition. Gerade an dieser Stelle klaffen Anspruch und Wirklichkeit des Ladenöffnungsgesetzes weit auseinander. Denn das Verbot der Sonn- und Feiertagsöffnung wird durch eine Vielzahl unklarer Formulierungen aufgeweicht.

An dieser Kritik hat auch die Novellierung des Ladenöffnungsgesetzes durch die Regierung Kraft/Löhrmann im Mai letzten Jahres nichts geändert. Der gemeinsame Anspruch aus dem Koalitionsvertrag, der da lautete: „Die Aushöhlung der Sonn- und Feiertagsruhe werden wir korrigieren“, wurde nicht eingelöst. Motto: Es muss etwas passieren, aber es darf nichts geschehen.

Die Beachtung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur verfassungsrechtlich garantierten Sonntagsruhe vom 1. Dezember 2009 muss seither alleine durch die Kommunen sicherge-

stellt werden. Die zentralen Grundsätze dieses Urteils lauten,

dass ein bloß wirtschaftliches Umsatzinteresse der Inhaberinnen und Inhaber von Verkaufsstellen und ein alltägliches Erwerbsinteresse (Shopping-Interesse) potenzieller Käuferinnen und Käufer grundsätzlich nicht genügen, um Ausnahmen von dem verfassungsunmittelbar verankerten Schutz der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung an Sonn- und Feiertagen zu rechtfertigen.

Meine Damen und Herren, das bedeutet: Es bedarf immer eines besonderen Sachgrundes für eine Sonntagsöffnung - wie auch der Katholikenausschuss feststellt. Dies gilt umso mehr, wenn während der Woche die Läden von montags 0 Uhr bis samstags 22 Uhr durchgehend geöffnet sein können.

Die Kölner Allianz für den freien Sonntag stellt daher zu Recht fest:

Es gibt ein Recht auf Sonntagsruhe und kein Recht auf Sonntagsöffnung!

Die Verwaltung hat zur Prüfung der Zulässigkeit von Sonntagsöffnungen einen Kriterienkatalog erstellt, der fast allen beantragten Anlässen einen besonderen Sachgrund attestiert, um von dem Gebot der Sonntagsruhe abzuweichen.

Wie die Realität dieses Jahres dann aussah, beschreibt der *Kölner Stadt-Anzeiger* am 29. Oktober 2014 in einer großen Schlagzeile. Ich zitiere:

Shopping-Sonntag in der Innenstadt - Hunderte Geschäfte geöffnet

In der Anlage 3 zu dieser Vorlage werden zum Beispiel ein Schokoladenfestival, ein Lifestyle-Tag, Live-Modenschauen und - man höre und staune - ein Eiertier-Wettbewerb im EKZ Weiden genannt. Das sollen die sogenannten Sachgründe sein. Meine Damen und Herren, das sind keine wirklichen Kriterien. Diese Kriterien sind unsäglich.

(Beifall bei der Linken)

Die Kritik von Kirchen und Gewerkschaften an dieser Entscheidungspraxis ist aus den vorliegenden Stellungnahmen beispielhaft nachvollziehbar.

Die Linke unterstützt daher nachdrücklich die in dem offenen Brief an die Fraktionen vom 5. November 2014 erhobene Forderung, den Kriteri-

enkatalog mit den Anhörungsberechtigten neu zu überarbeiten. Herr Kahlen, wir fordern, dass dieser Kriterienkatalog endlich neu überarbeitet wird und dass es darüber einen Diskurs mit allen Akteuren gibt.

Meine Damen und Herren, wir schlagen vor, bei der heutigen Beschlussfassung mindestens den Beschlussvorlagen der Bezirksvertretungen zu entsprechen. Das bedeutet: keine Sonntagsöffnungen in Lindenthal und Rodenkirchen und keine Sonntagsöffnungen am Sonderstandort Ossendorf in Ehrenfeld.

Das haben wir in einen Antrag gegossen. Wir würden uns freuen, wenn Sie einfach einmal zur Kenntnis nehmen würden, dass das die Anliegen der Bezirksvertretungen sind, die wir in diesem Umfang bisher nicht hatten. Das sollte man meines Erachtens wirklich zur Kenntnis nehmen. - Danke.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Detjen. - Wir kommen zu Herrn Houben von der FDP.

Reinhard Houben (FDP): Herr Detjen, ich freue mich immer, wenn ein Atheist sich so besonders für den Sonntag starkmacht

(Beifall bei der Linken)

und hier in fester Gemeinschaft mit der katholischen Kirche und der protestantischen Kirche argumentiert. Da sind wir ja schon einiges gewöhnt.

Herr Detjen, es geht aber nicht darum, dass die Leute am Sonntag einkaufen müssen, sondern darum, dass sie am Sonntag einkaufen können. Darum geht es.

(Zuruf von Jörg Detjen [Die Linke.])

- Auch die Verkäufer müssen nicht am Sonntag arbeiten, Herr Detjen. Die meisten machen das sogar ab und zu ganz gerne, weil es nämlich viel besser bezahlt wird. Das passt aber vielleicht nicht in Ihre Welt.

(Beifall bei der CDU)

Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass wir hier in Köln durchaus große Gruppen haben, für die der Sonntag nicht die gleiche Bedeutung hat wie für die tatsächlich aktiven Christen, son-

dem für die zum Beispiel der Freitag oder auch der Samstag wichtig ist. Deswegen finde ich diese Beschränkung schon etwas merkwürdig.

Meine Damen und Herren, die Linke hat natürlich gerne etwas aufgegriffen, was in den Bezirken passiert ist. Wir müssen als FDP schon die Frage stellen, ob sich in den anderen Parteien da etwas extrem geändert hat; denn die Mehrheiten in den Bezirken sind mit äußerst interessanten Koalitionen zustande gekommen. So ist in Lindenthal die Sonntagsöffnung mit drei Stimmen von der CDU, fünf Stimmen von den Grünen und einer Stimme von der Linken abgelehnt worden. Dort ist es noch relativ nachvollziehbar. In Rodenkirchen war es aber wie folgt: Von der CDU waren vier Vertreter dafür und zwei dagegen; von der SPD war ein Vertreter dagegen, wobei sich vier enthalten haben; von den Grünen haben sich alle Vertreter bis auf einen, der sich wiederum enthalten hat, dagegen ausgesprochen.

Die Bezirke können natürlich so entscheiden, wie sie möchten. Ich würde aber darum bitten, in den Fraktionen auch zu kommunizieren, dass diese Sonntagsöffnungszeiten gerade für die Einzelhändler vor Ort sehr wichtig sind. Wir bejammern doch immer, dass es dem Einzelhandel in der Fläche schlecht geht. Ja, der kleine, mittelständische Einzelhändler hat ein Problem, sich gegen die Konzerne durchzusetzen. Ja, der kleine, mittelständische Einzelhändler hat ein Problem, weil die Innenstadt natürlich einen sehr starken Magnetismus darstellt und sehr viele Leute in die Innenstadt fahren.

Wenn in den Bezirken fraktionsübergreifend die Meinung herrscht, dass wir die Sonntagsöffnung nicht mehr brauchen, sollten wir das dem Kölner Einzelhandel auch so darstellen.

Die FDP ist in dieser Frage eindeutig - in allen Bezirken genauso wie hier im Rat. Deswegen lehnen wir den taktisch geschickt eingebrachten Antrag der Linken ab und stimmen der Verwaltungsvorlage zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir abstimmen.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab. Wer ist dafür? - Die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist er abgelehnt.

Dann kommen wir zur Verwaltungsvorlage. So, wie im AVR beschlossen, möchte ich dies zur Abstimmung stellen. Wer gegen diese Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist das so beschlossen.

Jetzt haben wir - das sage ich mit Blick auf die Uhr - noch einiges vor uns.

Wir kommen zu:

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Ausländerrechtliche Beratungskommission - Änderung der Geschäftsordnung 2403/2014

Wortmeldungen? - Keine. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen, und wir können nachher noch über die Besetzung der Positionen entscheiden.

Wir kommen zu:

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Hj. 2014 gemäß § 83 Absatz 1 und § 85 Absatz 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2013/2014 3220/2014

Das haben Sie so zur Kenntnis genommen. Darüber brauchen wir nicht abzustimmen.

Ich rufe auf:

8 Überplanmäßige Aufwendungen

Zu Tagesordnungspunkt 8.1:

8.1 Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 1201, Straßen, Wege, Plätze für das Haushaltsjahr 2014 2074/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 8.2:

8.2 Überplanmäßige Aufwendungen im Haushaltsjahr 2014 zur Anfinanzierung des Depotumzuges des Rautenstrauch-Joest-Museums 2643/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Wer ist dagegen? - Wer Enthält sich? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 8.3:

**8.3 Überplanmäßige Auszahlung im Teilplan - Zentrale Dienstleistungen - für das Haushaltsjahr 2014
2710/2014**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 8.4:

**8.4 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0418 - Stadtbibliothek - für das Haushaltsjahr 2014
2789/2014**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 8.5, den wir mit den Tagesordnungspunkten 2.2 und 3.1.2 verbinden:

**8.5 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 1002 - Denkmalpflege - für die Restaurierung des Reiterstandbildes auf dem Heumarkt/2. Bauabschnitt/Sanierung des Sockels
1779/2014**

**2.2 Annahme einer Spende an die Stadt Köln, Stadtkonservator
hier: Spende in Höhe von 20 000 Euro für die Restaurierung des Reiterstandbildes auf dem Heumarkt
3106/2014**

**3.1.2 Antrag der Gruppe pro Köln betreffend „Vollständige Restaurierung des Reiterstandbildes auf dem Heumarkt“
AN/1491/2014**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die notwendige Restaurierung des Reiterstandbildes auf dem Heumarkt beschäftigt uns heute gleich in mehreren Tagesordnungspunkten, die sinnvollerweise zusammengelegt worden sind, auch wenn es vielleicht besser gewesen wäre, sie etwas früher in der Sitzung aufzurufen. Nichtsdestotrotz wollen wir uns jetzt mit dem nötigen Ernst dieses Themas annehmen.

Jeder, der das Reiterstandbild auf dem Heumarkt sieht, weiß, dass eine Restaurierung dieses ehrwürdigen Denkmals notwendig ist, und zwar, wenn es nach pro Köln und vielen Bürgern dieser Stadt geht, eine vollumfängliche Restaurierung, die das Reiterstandbild wieder in einen würdigen Zustand versetzt.

Die Verwaltungsvorlage, die wir heute auf der Tagesordnung haben, stellt leider wieder nur einen Notnagel dar. Man will Stückwerk verrichten, um einen totalen Verfall des Reiterstandbildes zu verhindern.

Unser Antrag hingegen fordert das, was der Rat 2008 selbst auch schon einmal beschlossen hat. 2008 hat der Rat nämlich die umfassende Wiederherstellung und Sanierung des Reiterstandbildes von König Friedrich Wilhelm III. auf dem Heumarkt beschlossen. Veranschlagt wurden damals Baukosten in Höhe von circa 1,5 Millionen Euro. Weiterhin wurde beschlossen, die Sanierung in zwei Bauabschnitte zu unterteilen. Außerdem wurde beschlossen, dass man eine Kombi-Finanzierung haben will - sprich: ein Teil aus der Stadtkasse, ein Teil durch Spenden.

Dieses Vorhaben ließ sich bis heute aufgrund mangelnder Spendeneingänge in ausreichender Höhe leider nicht umsetzen - was angesichts der Spendensummen, die dafür nötig gewesen wären, aber auch erwartbar war und was bei anderen Vorhaben mit ursprünglicher Spendenkopplung keineswegs zur Aufgabe dieser Projekte geführt hat.

Ich nenne nur einmal als sehr prominentes und sehr aktuelles Beispiel mit großem Umfang das Jüdische Museum. Der eine oder andere wird sich vielleicht noch daran erinnern, welche Versprechungen da am Anfang in der Welt waren und wie viel angeblich über Spenden finanziert werden sollte. Im Nachhinein hat sich das alles als Hochstapelei und als nicht umsetzbar erwiesen. Nichtsdestotrotz wird weiter an diesem Projekt festgehalten, bei dem es um viele, viele Millionen geht - im Gegensatz zu einer anständigen Restaurierung und Sanierung des Reiterstandbildes.

Beim Reiterstandbild sind nach Auffassung der Stadtspitze und der Stadtverwaltung bereits wenige Hunderttausend Euro für die Stadt Köln nicht zu stemmen. Es heißt, das sei völlig ausgeschlossen. Immer, wenn es den rot-grünen Seilschaften im Rathaus in den Kram passt, wird die Finanzierungskarte gezogen. Bei ihren eigenen ideologischen Lieblingsprojekten hat Geld dagegen noch nie eine Rolle gespielt. Da wurden

und werden Millionenbeträge im Akkord beschlossen und abgesegnet.

pro Köln meint, dass die jetzt in der Verwaltungsvorlage vorgesehene Teilrestaurierung, wie eingangs erwähnt, nur ein Notnagel in letzter Sekunde ist und wieder nur Stückwerk bleiben wird.

Wir fordern aus diesem Grund, dass die Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Kölner Verkehrsverein anlässlich des Preußen-Jubiläumjahres 2015 eine vollständige Restaurierung durchführt. Diese vollständige Restaurierung soll alle Denkmalbestandteile beinhalten und im Ergebnis zu einer deutlichen Aufwertung des gesamten Reiterstandbildes führen. Anfallende Mehrkosten zur bisherigen Planung sollen von der Stadt getragen werden und im Zuge der Haushaltsplanberatungen 2015 berücksichtigt werden.

Dieses geschichtsträchtige Zeugnis einer wichtigen Epoche unserer Stadt und des Rheinlandes muss nämlich endlich wieder in einen würdigen Zustand versetzt werden - nicht nur wegen der Touristen, die gerne zu diesem Reiterstandbild am Heumarkt kommen und sich dort fotografieren lassen, sondern auch, weil diese Stadt es sich wert sein sollte. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zu den einzelnen Abstimmungen.

Zunächst stimmen wir über den unter Tagesordnungspunkt 3.1.2 vorliegenden Antrag von pro Köln ab. Das ist die große Lösung. Wer für den Antrag von pro Köln ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Gruppe pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist er abgelehnt.

Dann stimmen wir über die unter Tagesordnungspunkt 8.5 vorliegende Vorlage der Verwaltung ab. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dies bei Enthaltung der Linken und Enthaltung von pro Köln so beschlossen.

Jetzt geht es unter Tagesordnungspunkt 2.2 noch um die Frage, ob wir etwas dagegen haben, eine Spende von 20 000 Euro von der Bürgergemeinschaft Altstadt entgegenzunehmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. ist das auch so beschlossen. - Ich bedanke mich im Namen aller herzlich für diese Spende. Dann kann die Sache jetzt ihren guten Lauf nehmen.

Zu Tagesordnungspunkt 8.6:

8.6 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0402 - Museum Ludwig - für das Haushaltsjahr 2014 2886/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Brust.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir sollen heute einer Mehrausgabe von 1,3 Millionen Euro für das Museum Ludwig zustimmen. Davon entfallen alleine 410 000 Euro auf Mehrausgaben bei den Energiekosten für ein Jahr. Wie heute im *Kölner Stadt-Anzeiger* zu lesen war, betragen die Energiekosten insgesamt über 1,3 Millionen Euro. Normalerweise sagt man, dass man durch richtiges Verhalten ungefähr ein Drittel der Energiekosten einsparen kann, wenn man das will. Diese 410 000 Euro entsprechen ungefähr diesem Drittel. Sie wären also vermeidbar gewesen, wenn das Museum mit seinen Anlagen entsprechend umgehen würde. Man muss nur ins Museum hineingehen, um zu sehen, wie dort im großen Maße Energie verschwendet wird.

Weil das schon seit Langem so ist, haben wir als Rat bereits 2011 einen Antrag hier einstimmig beschlossen. Ich möchte einmal den Punkt 1 dieses Antrags vorlesen. Darin wird die Verwaltung aufgefordert,

kurzfristig ein Konzept vorzulegen, um in allen städtischen Einrichtungen ein Energiecontrolling und Energiemanagement zu installieren und für alle bisher nicht erfassten Bereiche Energieberichte vorzulegen. Für die verbrauchsintensiven Kultureinrichtungen soll auch die Option eines eigenständigen Energiemanagements innerhalb des Kulturdezernates geprüft werden.

Das war im Frühjahr 2011. Wir haben bis heute nichts in Richtung Umsetzung dieses Beschlusses gehört.

Es gibt jedes Jahr den Energiebericht der Gebäudewirtschaft zu den Gebäuden der Gebäudewirtschaft. Ich frage dann jedes Jahr nach: Wann kommt denn die Ausweitung des Energieberichts auf die gesamte Stadt? - Darauf bekomme ich nie eine Antwort.

Deswegen möchte ich heute die Gelegenheit nutzen, den Dezernenten für Organisation hier direkt anzusprechen. Herr Kahlen, wann können wir damit rechnen, dass Sie diesen Ratsbeschluss ernst nehmen und auch umsetzen?

Speziell zu den Kultureinrichtungen enthält der damalige Antrag noch einen zweiten Punkt. Ich zitiere:

In vielen städtischen Liegenschaften würde sich die Ersetzung vorhandener Altanlagen durch effizientere Technik (zum Beispiel Lüftungstechnik in Museen, BHKWs bei Feuerwehr etc.) in wenigen Jahren amortisieren. Die Verwaltung soll daher Einsparkonzepte erarbeiten, in denen dargelegt wird, wie diese Potenziale kurzfristig gehoben werden können. Dazu sind auch alternative Finanzierungsmodelle, zum Beispiel Bürgerfonds, zu betrachten.

Auch dazu haben wir bis heute nichts gehört.

Das ist keine Aufgabe der Kulturverwaltung alleine, sondern betrifft auch andere Einrichtungen - Feuerwehr, Bürgerhäuser usw. Auch da sieht es mit den Energiekosten verheerend aus. Wir wissen aus den Energieberichten der Gebäudewirtschaft und durch das Energiemanagement der Gebäudewirtschaft, dass man mit richtiger Arbeit über die Jahre sehr viel Geld sparen kann. Deswegen haben wir damals, also vor mehr als dreieinhalb Jahren, einstimmig beschlossen, dies auf alle Einrichtungen der Stadt auszuweiten.

Herr Kahlen, ich möchte Sie bitten, jetzt einmal Stellung zu der Frage zu nehmen, wann wir mit der Umsetzung rechnen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Direkt dazu, Herr Kahlen? - Bitte.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Brust, Sie haben selber angesprochen, dass es sich um Bereiche handelt, bei denen nicht die Gebäudewirtschaft das wirtschaftliche Eigentum hat, sondern einzelne Dezernate für die Gebäude eigenständig verantwortlich sind. Deshalb möchte ich Sie bitten, dass wir Ihre Frage mit den verschiedenen Bauherren-Dezernaten abstimmen können und ich

Ihnen dann eine schriftliche Antwort zukommen lassen kann.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gut. - Herr Dr. Elster.

Dr. Ralph Elster (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Warum Energieberatung nicht stattfindet, ist in der Tat eine wichtige Frage. Man könnte damit wahrscheinlich viel Geld sparen. Das ist allerdings nur ein Thema, lieber Herr Brust. Sie haben da aber unsere volle Zustimmung. Man kann es übrigens auch anders lösen. Wenn keine Einstellung eines Mitarbeiters möglich ist, wie man gehört hat, oder die Fluktuation auf dieser Position sehr groß ist, weil das natürlich gefragte Leute sind, bestünde auch die Möglichkeit, eine Serviceleistung auf dem freien Markt einzukaufen. So machen das andere große Häuser in der Privatwirtschaft, die vergleichbare Probleme haben, ja auch.

Erstaunlich ist aber, dass wir es hier - Herr Hammer hat vorhin in einem anderen Kontext davon gesprochen - wirklich mit einem „Alle Jahre wieder“ zu tun haben. Ich habe heute drei Vorlagen mitgebracht, aus denen wir uns eine beliebige aussuchen können. Schauen wir einmal, was ich im Jahr 2011 zu diesem Thema im Kulturausschuss gesagt habe. Ich zitiere mich jetzt also selber:

Ratsmitglied Dr. Elster macht darauf aufmerksam, dass die entstandenen Mehrkosten sich aus Energiekosten, Bauunterhaltung, Bewachung und Unterhaltung der Sammlungen ergeben. Dies sei in puncto ...

Wenn man ein Jahr oder zwei Jahre weitergeht, sieht man, dass immer wieder dieselben Sachen angesprochen werden.

Allerdings haben wir auch jedes Mal unseren Wunsch geäußert, dass die Pläne entsprechend angepasst werden. Wenn die Museen definitiv zu wenig Geld zur Verfügung gestellt bekommen sollten, muss das transparent gemacht werden. Dann kann man nicht am Jahresende irgendeinen Nachtragshaushalt einbringen, der hier mal eben beschlossen werden muss. Das hat mit Planung überhaupt nichts zu tun, meine Damen und Herren.

Das war 2011 und 2012 Sachstand. Wenn man sich dann das Jahr 2013 anschaut, stellt man fest, dass das Ganze sich nicht deutlich verbes-

sert hat - im Gegenteil. Es gab eine vergleichbare Vorlage mit denselben Punkten.

Es ging immer um die Halle Kalk, die auf Kosten des Kulturetats saniert worden war - um jetzt festzustellen, dass man die Halle Kalk wahrscheinlich abreißen muss. Zumindest kann Kultur dort nicht mehr gelagert und nicht mehr ausgestellt werden. Stattdessen wird die Kultur, die uns von der Peter und Irene Ludwig Stiftung für Ausstellungen zur Verfügung gestellt worden ist, jetzt in Ossendorf endgelagert. Das ist im Prinzip der aktuelle Status. Trotzdem werden aber natürlich immer wieder Dinge dem Kulturetat in Rechnung gestellt.

Heute ist die Qualität aber doch schon anders, liebe Frau Laugwitz-Aulbach. 2011 sind wir im Sommer darüber informiert worden, dass Mehrausgaben bei der Bewachung zu erwarten sind. Im letzten Jahr sind wir erst kurz vor Weihnachten informiert worden. Damals sind wir aber wenigstens noch in allen Ausschüssen informiert worden. Dieses Mal ist es anders. Da geht die Vorlage am Kulturausschuss vorbei. Der Kulturausschuss wird überhaupt nicht mehr informiert. Man geht direkt in den Finanzausschuss und will das Geld haben.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ein absoluter Skandal; denn die Museen werden definitiv vom Kulturausschuss gesteuert. Deshalb muss der Kulturausschuss natürlich mit einer solchen Vorlage befasst werden; denn die Monita sind doch immer die gleichen.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt immer wieder solche Mehrbedarfe. Das ist keine Planung. Das ist wirklich unterirdisch.

Das Allerschlimmste ist dann noch Folgendes: Im Dezember letzten Jahres habe ich auch hier im Rat gesessen und der Debatte gelauscht. Als ich dann meine Rede gehalten habe, habe ich darauf hingewiesen, dass die Vorlage, die Sie im vergangenen Jahr eingebracht haben, an einer Stelle total inkonsistent ist. Sie haben nämlich in der Vorlage geschrieben, dass der Rat beschließen solle, das Museum Ludwig habe ein Konzept zu entwickeln mit dem Ziel, das Defizit aus 2013 von fast 800 000 Euro in den Haushaltsjahren 2014 bis 2016 wieder an den allgemeinen Haushalt zurückzuführen. Ein Jahr später kommt dann eine Vorlage, in der man nicht ein Drittel von 800 000 Euro zurückführt, sondern 1,3 Millionen Euro mehr verlangt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Das hat doch überhaupt nichts mehr mit Planung zu tun. Sie hatten ein Jahr lang Zeit, diesen Umstand in irgendeiner Art und Weise zu reparieren. Das wäre bestimmt gelungen.

Das wäre auch nur angemessen gewesen; denn mit dem, was Sie machen, bringen Sie das Museum Ludwig letztendlich immer wieder in Diskredit. Am Jahresende wird das Museum Ludwig in der Presse vorgeführt, weil Gelder, die dem Museum für den Kunstbetrieb zur Verfügung gestellt werden, in der Halle Kalk investiert werden, damit die Gebäudewirtschaft diese Ruine irgendwie erhalten kann. Das sind wirklich absurde Zusammenhänge, die aufgelöst gehören, weil sonst das Museum Ludwig in der öffentlichen Debatte Schaden nimmt - und die ganze Kulturlandschaft in Köln auch.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte, Frau Dr. Bürgermeister.

Dr. Eva Bürgermeister (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Steigende Energiekosten, wachsender Sanierungsbedarf und die allgemeinen Betriebskosten und Bauunterhaltungskosten sind im Kontext von Kulturbauten, aber sicher nicht nur dort, sondern in allen öffentlichen Gebäuden virulent und oft ein Problem. Da gebe ich Herrn Dr. Elster recht. Das haben wir oft genug im Ausschuss Kunst und Kultur besprochen. Dies war oft ein Ärgernis und wurde gerade auch bezogen auf das Museum Ludwig, wo die Abweichungen eben besonders groß sind, oft diskutiert.

Das Museum Ludwig ist - neben vielen anderen guten und gut funktionierenden Museen - unser Museumsflaggschiff und hat - das muss jeder, der den Bau kennt, einräumen - raumtechnisch ganz besondere Herausforderungen zu bewältigen. Es gibt besonders große Räume, eine schwierige Eingangssituation, keine Türen usw. usf. Das muss man sicher im Blick behalten, wenn man über die Kosten dort spricht. Aber auch andere Museen haben Probleme.

Zunächst will ich sagen, dass wir dieser überplanmäßigen Aufwendung zum jetzigen Zeitpunkt zustimmen - auch wenn es ärgerlich ist, dass sie erst im Finanzausschuss vorgelegt worden ist. Das haben Sie zu Recht kritisiert. Wir

wollen aber natürlich, dass das Museum Ludwig handlungsfähig bleibt.

Zu den Energiekosten ist schon einiges gesagt worden. Ich erinnere auch daran, dass wir einen Energieberater für die Kulturbauten beschlossen haben. Ich gehe davon aus, dass die Arbeit dieser Energieberatung auch bald ganz konkrete Früchte tragen wird und dass weitere energetische Optimierungen vorgeschlagen und vor allen Dingen auch umgesetzt werden.

Ein ganz wichtiger Punkt sind die Budgets der Museen. Das ist ja schon angesprochen worden. Hier möchte ich dann doch ein Wort an die beiden Dezernentinnen richten. Die Kulturdezernentin und die Kämmerin sind gefordert, zu realisieren, dass auch für die Raumkosten die Budgets stimmig sind; denn wir wollen die Museen nicht - das ist richtig - durch solche immer wieder stattfindenden nachgelagerten Bewilligungen in Misskredit bringen. Vor allem wollen wir mit auskömmlichen Budgets auch sicherstellen, dass Energiekosten und sonstige Baukosten nicht zu Lasten des künstlerischen Budgets gehen.

Zum Schluss möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass wir schon lange ein funktionierendes Controlling fordern, auch und gerade für die Museen, die ja vielfältige Aufgaben bewältigen müssen, nämlich neben künstlerischen Aufgaben auch die Aufgabe der Bauunterhaltung. Weil sie alles Mögliche erledigen müssen, ist es wichtig, dass sie vernünftig und kontrolliert agieren können und die komplexen Aufgaben zeitnah und zielorientiert steuern können. Das Entscheidende ist, dass gesteuert wird.

Mit einer vernünftigen finanziellen Ausstattung - da sind, wie gesagt, die beiden Beigeordneten gefordert - und einem funktionierenden Controlling - da sind die Häuser gefordert, die dann bei Problemen gegensteuern können und bei Engpässen frühzeitig informieren müssen - sollte eine solche Situation, wie wir sie jetzt mit dieser Vorlage haben, zukünftig nicht mehr auftreten. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Frau Stahlhofen, bitte.

Gisela Stahlhofen (Die Linke.): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. - Ich schließe mich an dieser Stelle dem „Alle Jahre wieder“ an. Über-

planmäßige Aufwendungen für das Museum Ludwig kommen wie Weihnachten und der 11.11. jedes Jahr wieder.

Am 11.11. konnten wir unter unseren Pappnasen erstaunt der Presse entnehmen, dass das Museum Ludwig wieder einmal Geld braucht. Wer nicht? Was das Museum Ludwig aber wirklich braucht, ist das, was wir schon lange beschlossen haben, nämlich ein Konzept, um die Wirtschaftlichkeit tatsächlich in bessere Bahnen zu lenken.

Auf der einen Seite ist es ein trauriges Bild, dass die Verwaltungsvorlage nicht im Kulturausschuss gewesen ist. Wir hätten uns dadurch auch die eine oder andere Debatte hier sparen können.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das glaube ich nicht!)

Sie ist dann logischerweise vom Finanzausschuss ohne Votum in den Rat verwiesen worden. Es blieb ihm ja auch nichts anderes übrig.

Auf der anderen Seite ist es auch gut, über überplanmäßige Aufwendungen im Kulturbereich zu sprechen. Dass wir soeben auch andere überplanmäßige Aufwendungen im Bereich Kultur beschlossen haben, zeigt, dass der gesamte Kulturbereich unterfinanziert ist. Daran müssen wir etwas tun. Bitte bedenken Sie das bei Ihren Haushaltsplanungen; denn sonst werden wir diese Art von Vorlagen nächstes Jahr wieder - same procedure as every year - hier auf dem Tisch liegen haben. - Danke.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jedes Jahr erleben wir hier die gleiche Chose und bekommen solche Vorlagen. Die neue Qualität ist, dass nicht einmal der Kulturausschuss darüber beraten kann, sondern uns das im Finanzausschuss einfach als Tischvorlage hingelegt wird.

Hier wurde auch schon der Antrag der Grünen angesprochen. Im nächsten Jahr werden wir vermutlich sehen, dass wieder nichts passiert ist. Ich weiß auch gar nicht, ob im Kulturamt die richtigen Verwaltungsleute sitzen, um überhaupt über Energie nachzudenken.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch, natürlich!)

Herr Elster hat schon die Frage aufgeworfen, ob wir nicht insbesondere bei den Museen endlich ein Energiecontracting vornehmen sollten. Ich bin der Meinung, dass wir hier auf der Verwaltungsbank genau das richtige Unternehmen sitzen haben, das solche Dienstleistungen anbietet.

(Jochen Ott [SPD]: Mensch, die FDP spricht sich für die RheinEnergie aus! Heute schon das zweite Mal! Ich bin sehr beeindruckt!)

- Da schauen Sie, Herr Ott. Ja, wir wissen, was an dem Unternehmen gut ist und es kann - wahrscheinlich besser als eine Verwaltung. Wir haben hier nämlich eine Bürokratie, die es immer noch nicht geschafft hat, diesen Antrag der Grünen umzusetzen.

(Zuruf von Dr. Dieter Steinkamp [RheinEnergie AG])

- Das habe ich jetzt leider nicht verstanden, Herr Dr. Steinkamp.

(Dr. Dieter Steinkamp [RheinEnergie AG]: Ich habe versucht, die Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter aufzurüsten!)

- Alles klar.

Ich bin der Meinung, dass wir hier mit einem Energiecontracting beginnen sollten. Es wäre wahrscheinlich auch das Beste, damit beim Museum Ludwig anzufangen. Dann müssen die Museumsdirektoren, die sich ja wie kleine Könige fühlen, auch mal über ihren Schatten springen und zulassen, dass wir dort hineingehen; denn sonst werden wir hier keine Möglichkeiten haben.

Die überplanmäßigen Aufwendungen, die wir ja jedes Jahr haben - immer fällt einem wieder eine Begründung ein, warum es diese Aufwendungen gibt -, möchten wir uns diesmal genau anschauen, Herr Oberbürgermeister. Deshalb werden wir Akteneinsicht beantragen. Insbesondere wollen wir sehen, ob die Rechnungen tatsächlich noch nicht bezahlt sind. Schließlich ist es schon interessant, dass wir immer das gleiche Volumen haben, aber jedes Mal andere Gründe genannt werden. Ich möchte doch einmal schwarz auf weiß sehen, wie die dort rechnen und insbesondere auch buchen; denn da hatten wir beim Museum Ludwig - wer im Finanzausschuss sitzt,

weiß das - auch schon unsere Probleme, weil die Buchhaltung dort gar nicht mehr existent war.

Wir lehnen das also erst einmal ab. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Frau von Bülow.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Ich mache es kurz vom Platz aus; denn ich habe nur zwei Fragen an die Kulturverwaltung.

Erstens. Nach einer Mitteilung, die wir im Ausschuss für Kunst und Kultur bekommen haben, soll der Energieberater für das Museum Ludwig im März dieses Jahres seine Arbeit aufgenommen haben. Jetzt gibt es Berichte aus der Stadt, nach denen das Arbeitsverhältnis bereits wieder beendet sein soll. Trifft dies zu, und wenn ja, aus welchem Grund?

Zweitens. Seit wann wusste das Kulturdezernat, dass das Museum Ludwig wieder sehr hohe überplanmäßige Aufwendungen hat, und was hat das Dezernat zur Gegensteuerung getan? Diese Frage, die mir eigentlich noch mehr am Herzen liegt als meine erste Frage, stelle ich, weil wir, wie auch schon angesprochen worden ist, bereits 2010 eingefordert haben, dass es ein enges Controlling gibt. 2011 haben wir auch noch einmal bestätigt, dass wir jedes Vierteljahr einen Bericht erhalten möchten. Diese Quartalsberichte haben wir trotz Nachfrage nie bekommen. Deswegen möchte ich jetzt gerne wissen: Wie sieht die Steuerung aus, und seit wann wusste das Dezernat Bescheid? - Danke sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Laugwitz-Aulbach, bitte.

Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Fragestellerinnen und Fragesteller, über diese Vorlage bin ich natürlich auch nicht erfreut. Das können Sie mir abnehmen. Ich bin jetzt seit über einem Jahr hier und habe mir das auch anders vorgestellt als so, dass ich Ihnen Ende dieses Jahres wieder eine Vorlage zu überplanmäßigen Auf-

wendungen des Museums Ludwig vorlegen muss.

Als Erstes möchte ich aber doch darauf hinweisen, dass es die oberste Sorge der Kulturverwaltung ist, dieses Museum wirklich gut über die Klippen zu bringen. Deshalb haben Sie diese Vorlage von uns auch direkt im Finanzausschuss erhalten; denn die finanzielle Situation hat sich so dargestellt, dass das Museum, wären wir erst in den Kulturausschuss, anschließend in den Finanzausschuss und dann in den Rat gegangen, in der Tat zahlungsunfähig gewesen wäre. Ich denke, dass man das auch nachweisen kann. Das ist der Grund dafür.

(Zuruf: Das fällt doch nicht vom Himmel!)

Zum einen bin ich gefragt worden, seit wann man ungefähr weiß, wie schwierig diese Situation ist. Das ist seit einigen Wochen der Fall. Um diese Vorlage glaubhaft für Sie erstellen zu können, benötige ich aber natürlich ganz detaillierte, genaue Zahlen. Ich wollte nicht sagen müssen: Das war die erste Vorlage; jetzt ist in einem anderen Bereich noch einmal etwas gekommen. - Das wollte ich auch auf keinen Fall.

Zum Energieberater: Frau von Bülow, es ist richtig, dass der Energieberater im Frühjahr dieses Jahres seine Arbeit erst einmal aufgenommen hat. Er hat auch schon einige Schritte eingeleitet. Dazu werde ich gleich etwas sagen. Dann hat er sich innerhalb der Stadtverwaltung verändert. Deshalb ist die Stelle des Energieberaters neu ausgeschrieben; das stimmt. Vorher hat er insbesondere das Museum Ludwig in den Mittelpunkt seiner Bemühungen gestellt.

Der erste Umsetzungsschritt ist auch schon getan, nämlich der Austausch der Lampen durch LED-Beleuchtung in mehreren Tranchen - in mehreren Tranchen deshalb, um überprüfen zu können, ob ein erstes Umsetzen dann auch die Erfolge zeitigt, die versprochen werden; denn das Ganze ist auch wieder eine größere Investition. Dem Austausch der ersten 200 Lampen haben Sie dankenswerterweise vor Kurzem zugestimmt. Wir werden also sehen, welche Erfahrungswerte wir daraus gewinnen werden.

Der zweite Umsetzungsschritt betrifft eine Prüfung, die Klimaanlage im Museum Ludwig auszuwechseln. Auch das wird, wenn es dazu kommt, eine größere Investition sein. Dafür braucht man eine lange Prüfungszeit, um auch wirklich die richtigen Fundamente für das Treffen dieser Entscheidung zu haben.

Zu den Energieberichten: Wir werden uns - das hatten wir auch schon lange vor, sind da aber noch nicht sehr viel weiter gekommen - mit der Gebäudewirtschaft zusammensetzen und Ihnen diese Energieberichte ab nächstem Jahr auch liefern.

Ich möchte gerne noch etwas zu dem Begriff „Energiekostensteigerungen“ sagen, der offenbar auch Fehlinterpretationen herausgefordert hat. Ich bedaure das. Es geht nicht um Kostensteigerungen durch einen Mehrverbrauch. Vielmehr ist die finanzielle Veranschlagung seit 2012 dieselbe geblieben. Sie lag in den Jahren 2013 und 2014 unverändert bei 1,47 Millionen Euro. Die Energiekosten betragen aber regelmäßig zwischen 1,75 und 1,87 Millionen Euro. Wie Sie zu Recht gesagt haben, sind das alles natürlich Aufgaben, wo sich das Kulturdezernat auch mit der Kämmerei in guten Gesprächen für die Zukunft befindet.

Letzter Punkt: Ich hätte Ihnen gerne in diesem Jahr das geforderte Konzept für mehr Controlling und für weitere Maßnahmen, die für das Museum Ludwig positiv sein sollen, vorgelegt. Wie Sie selbst wissen, hatte das Museum Ludwig in diesem Jahr aber keinen Direktor. Ein solches Konzept kann man allerdings nur in gemeinsamer Arbeit wirklich erfolversprechend erstellen. Am 1. Februar nächsten Jahres wird Yilmaz Dziewior hier nach Köln kommen. Ich denke, dass wir mit ihm eine Persönlichkeit gefunden haben, die das Museum Ludwig nicht nur programmatisch weiter nach vorne bringen wird, sondern auch mit ihrem ganzen Einsatz dafür sorgen wird, dass wir auch auf der Ebene von Controlling und allen anderen Punkten, die dem Museum wirklich guttun werden, gemeinsam einen großen Schritt vorangehen können, sodass ich nicht in einem Jahr wieder mit überplanmäßigen Aufwendungen hier vor Ihnen stehen muss. - Es war mir wichtig, das noch einmal zu betonen.

(Bernd Petelkau [CDU]: Die werden wir auch nicht mehr genehmigen! - Zuruf von Birgit Gordes [CDU])

- Ich kann es Ihnen nur so berichten, wie ich es sehe. - Ich denke, dass ich damit die Fragen so weit beantwortet habe und Ihnen die Informationen gegeben habe, die ich Ihnen geben konnte. - Danke schön fürs Zuhören.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Laugwitz-Aulbach.

Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, kommen wir jetzt zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 8.6. Wer gegen diese Verwaltungsvorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP und pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist es so beschlossen. - Ich bedanke mich.

Wir kommen nun zu:

10 Allgemeine Vorlagen

Zu Tagesordnungspunkt 10.1:

10.1 Fortschreibung des Konzepts zur medienübergreifenden Überwachung von Industrie- und Gewerbebetrieben 2680/2013

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom
21.10.2014
AN/1391/2014**

Zu dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Grün erteile ich Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit mache ich es vom Platz aus. - Im Zusammenhang mit unserem Änderungsantrag gibt es wohl ein Missverständnis - nach dem Motto, wir wollten die gesetzliche Pflichtaufgabe nicht wahrnehmen. Das ist überhaupt nicht das Ziel unseres Änderungsantrags - ganz im Gegenteil. Wir wollen über das hinausgehen, was in der Vorlage gefordert ist, weil es unseres Erachtens nicht sein kann, dass kleine und mittlere Betriebe im Grunde genommen nur per Fragebogen abgefragt werden.

Wir wünschen uns beim Thema Sicherheit, dass es Audits gibt, bei denen diese Betriebe eine Hilfestellung geboten bekommen, sodass sie das Thema Sicherheit sogar noch viel besser umsetzen können. Wir wollen diesen Unternehmen mit gut ausgebildeten Auditoren eine Hilfestellung geben und damit das Thema Sicherheit sogar noch ein Stück weiter vorantreiben.

Deswegen bitte ich Sie noch einmal darum, dass Sie unserem Änderungsantrag zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Herr Ott, bitte.

Jochen Ott (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur noch einmal das wiederholen, was ich im Unterausschuss bereits gesagt habe und was für die SPD-Fraktion schon wichtig ist: Wenn es um Vorgaben geht, die vom Land verordnet werden - ich sage das ganz bewusst auch in meiner Doppelrolle -, muss die Konnexität, die wir uns gegenseitig versprochen haben, immer auch eine Rolle spielen. Das haben wir in der Vorlage vermisst.

Frau Reker hat aber im Ausschuss gesagt - ich gehe davon aus, dass das dann auch hier so im Protokoll aufgenommen wird -, dass die Stadt natürlich diese Frage weiterverfolgt. Bei allen anderen Diskussionen in sämtlichen Fachbereichen wird das nämlich auch so gemacht. Wenn es auf Landesebene zu Veränderungen kommt, muss auch diese Frage geklärt werden. Das kann man natürlich immer partnerschaftlich zwischen den Ebenen machen. Man muss es aber zumindest gemeinsam festhalten.

Für die Zukunft fände ich es gut, wenn so etwas in den Vorlagen zumindest mit vermerkt würde. Wir werden der Vorlage inhaltlich aber auch zustimmen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der FDP ab. Wer ist für diesen Antrag? - Das sind die FDP und die AfD. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Dann kommen zur Vorlage selbst. Wer ist dagegen? - Das ist die FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist sie so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.3:

10.3 Wirtschaftsplan 2014 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 1237/2014

Wie Finanzausschuss.

Darüber stimmen wir ab. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der FDP ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.4:

10.4 Abführung und Gewinnausschüttung an den städtischen Haushalt für 2014 1238/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Es enthält sich die FDP. Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.5:

10.5 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2012 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 1352/2014

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der FDP ist dem zugestimmt.

Zu Tagesordnungspunkt 10.8:

10.8 5. Frauenförderplan 2015 - 2017 2377/2014

Abgestimmt werden soll wie AVR.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Frau Akbayir.

Hamide Akbayir (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kollegen und insbesondere liebe Kolleginnen! „Frauen tragen die Hälfte des Himmels“, lautet ein berühmter Spruch von Mao Tse-tung, den die Frauenbewegungen in aller Welt sich zu eigen gemacht haben. Dieser Spruch passt aber nicht zu unserer heutigen Realität. Ich sage Ihnen auch, warum: Frauen übernehmen oft mehr als die Hälfte der Pflichten und bekommen weit weniger als die Hälfte dafür -

(Beifall bei der Linken)

weniger Anerkennung, weniger Rechte, weniger Geld.

Viele von uns in Deutschland halten das für ein Problem in ärmeren, unterentwickelten Ländern. Weil es aber auch im emanzipierten Deutschland Ungleichheiten gibt - nicht zuletzt beim Lohn -, ist dieser Frauenförderplan notwendig.

An dieser Stelle bedanken wir uns beim Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern und bei der Verwaltung für das Erstellen dieses Frauenförderplans.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir finden es selbstverständlich richtig, dass der Anteil der Frauen in Führungspositionen erhöht werden muss.

(Zuruf: Wir haben doch schon fünf Dezenternentinnen!)

Wir finden es auch richtig, bessere Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen. So können Frauen aus der Teilzeitalle geholt werden, die ihnen im Arbeitsleben keine Karriere ermöglicht und im Alter keine ausreichende Rente schafft.

Der Förderplan weist aber auch große Lücken auf, nämlich bei den untersten Lohngruppen. Eine wichtige Forderung der Frauenbewegung war die nach Brot und Rosen. Viele Frauen kennen diese Begriffe. Übersetzen lassen sie sich mit „genügend zu essen“ und „Anerkennung“. An beidem mangelt es, wenn wir die untersten Lohngruppen bei der Stadt betrachten. Wir stellen nämlich eine Frauenarmut fest. Überwiegend Frauen mit Migrationshintergrund sind von dieser Armut betroffen. Das ist in diesem Förderplan jedoch nicht sichtbar.

Lassen Sie mich das an einem Beispiel darstellen. Für eine Existenzsicherung brauchen zum Beispiel Frauen, die keine Kinder zu versorgen haben, rund 1 200 Euro brutto. Für eine spätere existenzsichernde Rente müssen es schon 2 175 Euro sein. Jobs für Reinigungskräfte vergibt die Stadt aber nur für 17,5 Stunden pro Woche und zahlt dafür 732 Euro im Monat.

Der Frauenförderplan sieht hier eine Qualifizierung zu besser bezahlten Hallenwartinnen oder Museumswärterinnen vor. So weit ist das alles gut. Es löst aber das Problem der Reinigung nicht. Wir als Linke möchten, dass neu eingestellte Reinigungskräfte nicht in mehr in die Lohngruppe E1, sondern in die Lohngruppe E2 eingruppiert werden.

(Beifall bei der Linken)

In der Lohngruppe E2 erzielen die Frauen zumindest nach sechs Jahren ein Einkommen, das nach 45 Jahren eine existenzsichernde Rente möglich macht.

Außerdem brauchen die Reinigungskräfte und Hauswirtschaftskräfte in den Kitas einen Anspruch auf Vollzeit. Vielleicht wäre die Kombination dieser beiden Jobs ein Schritt in die richtige Richtung.

Wenn man das prüfen und kreative Modelle entwickeln würde, könnte man diese städtischen Beschäftigten aus der Armut herausholen. Zu dieser Armut sind zum Beispiel alleinerziehende Frauen verurteilt, die die 732 Euro von ihrem Arbeitgeber Stadt Köln mit ALG II aufstocken müssen.

Lohngruppe E2 und das Recht auf Vollzeit - das wären Brot und Rosen für die Reinigungskräfte und Hauswirtschaftskräfte, meine Damen und Herren. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Gibt es weitere Wortmeldungen zum Frauenförderplan? - Das ist nicht der Fall.

Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist gegen diesen Plan? - Das ist die AfD. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Bei Gegenstimmen der AfD ist der Frauenförderplan so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.9:

**10.9 Bedarfsfeststellungsbeschluss über die Anmietung von Magazin- und Büroflächen im ehemaligen Landesarchiv Düsseldorf
2412/2014**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.10:

**10.10 Wirtschaftsplan des Gürzenich-Orchesters Köln, Wj. 2014/2015
2524/2014**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.11:

**10.11 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Absatz 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2013/2014 der Stadt Köln und außerplanmäßige Auszahlung bei der Finanzstelle 6903-1202-2-5090 Z an SRS für Rheinuferstrecke
2565/2014**

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.12:

**10.12 Neubau eines Feuerwehrzentrums in Köln-Kalk
hier: Baubeschluss
2566/2014**

Wir stimmen ab wie Bauausschuss.

Wortmeldungen? - Keine. Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist einstimmig so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.13:

**10.13 Eingruppierung des Amtes des Stadtdirektors Guido Kahlen, Besoldungsgruppe B 8 übergeleitetes Besoldungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (ÜBesG NRW), nach Besoldungsgruppe B 9
2730/2014**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Wer dagegen ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU. Wer enthält sich? - Bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU und Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist das so beschlossen. - Ich gratuliere ganz herzlich.

(Beifall bei der SPD)

Zu Tagesordnungspunkt 10.14:

**10.14 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2013 des Gürzenich-Orchesters Köln
2770/2014**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.15:

**10.15 Kompetenzzentrum Frau und Beruf Region Köln - befristete Einrichtung
1,0 Stelle
2866/2014**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.16:

**10.16 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Durchführung von Inkubator-, Intensiv-, Infektions- und Schwergewichtentransporten durch die Stadt Köln
2917/2014**

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das auch so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.17:

**10.17 Projekt museumbus.Köln
2932/2014**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.18:

**10.18 Vergabe der Mietzuschüsse in der Sparte Bildende Kunst, Haushaltsjahre 2015-2019
2961/2014**

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann haben wir viele Künstler glücklich gemacht.

Zu Tagesordnungspunkt 10.19 und Tagesordnungspunkt 10.24:

**10.19 Jahresabschluss 2012
2983/2014**

**10.24 Jahresabschlüsse 2008 bis 2011
2736/2014**

Über alle Jahresabschlüsse treffen wir jetzt eine gemeinsame Entscheidung.

Wer ist gegen diese Jahresabschlüsse? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Dann haben wir hier auch einen weiteren großen Schritt getan. - Vielen Dank. - Frau Kämmerin, das ist eine wichtige, gute Grundlage für die weitere Arbeit.

Tagesordnungspunkt 10.20 ist abgesetzt worden.

Zu Tagesordnungspunkt 10.21:

**10.21 Neuregelung des Aufnahmeverfahrens an Kölner Schulen gemäß § 46 Absatz 6 Schulgesetz NRW (10. Schulrechtsänderungsgesetz)
2994/2014**

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.22:

**10.22 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Wirtschaftsplan 2015
3066/2014**

Gibt es Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen der CDU. Enthaltungen? - Keine. Damit ist dem so zugestimmt.

Dann kommen wir zu:

14 Erlass von Veränderungssperren

**14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Holweide
Arbeitstitel: Kochwiesenstraße in Köln-Holweide
2043/2014**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine, auch nicht bei der FDP. Beschlossen.

Dann kommen wir zu:

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

**15.1 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nummer 63451/02
Arbeitstitel: Nördlich Scheidtweilerstraße/Maarweg in Köln-Braunsfeld
2830/2014**

Wie Stadtentwicklungsausschuss.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Wir kommen zu:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragsatzungen

Zu Tagesordnungspunkt 16.1:

**16.1 239. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2318/2014**

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 16.2:

**16.2 240. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2832/2014**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Auch das ist so beschlossen.

Dann kommen wir noch zu:

17 Wahlen

Jetzt müssen wir uns noch einmal ein bisschen konzentrieren.

Zu Tagesordnungspunkt 17.1:

**17.1 Wahl des Beirates bei der Unteren Landschaftsbehörde der Stadt Köln
1145/2014**

Wie Umweltausschuss. Das ist ja in der Vorlage nachlesbar.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der FDP ist die Wahl des Beirates bei der Unteren Landschaftsbehörde so erfolgt.

Zu Tagesordnungspunkt 17.2:

**17.2 Benennung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern für die Ausschüsse des Rates
2753/2014**

Wie Vorlage.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

**17.3 Neukonstituierung des Beirates der Forensischen Klinik Köln-Porz nach der Kommunalwahl 2014
2764/2014**

Ich darf die Wahlvorschläge einmal vorlesen:

- Michael Paetzold, SPD
- Norbert Becker, CDU
- Arif Ünal, Grüne
- Ulrike Detjen, Linke

Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Dann können wir darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.4:

**17.4 Neubenennung der Ratsvertreter/innen für die Kommunale Gesundheitskonferenz (KGK) nach der Kommunalwahl 2014
2771/2014**

Auch da lese ich einmal die Namen vor:

- Michael Paetzold, vertreten durch Sven Kaske, SPD

- Dr. Jürgen Strahl, vertreten durch Ursula Gärtner, CDU

- Ahmet Edis, vertreten durch Dr. Ralf Unna, Grüne

- Uschi Röhrig, vertreten durch Beate Hane-Knoll, Linke

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist auch diese Beiratsbesetzung so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 17.5 ist abgesetzt worden.

Zu Tagesordnungspunkt 17.6:

**17.6 Neuwahl eines stellvertretenden beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
2845/2014**

Wie Vorlage.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.7:

**17.7 Neuwahl eines stellvertretenden beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
2846/2014**

Ebenfalls wie Vorlage.

Gegenstimmen? - Gegenstimmen der AfD. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit mit großer Mehrheit zugestimmt.

Zu Tagesordnungspunkt 17.8:

**17.8 Benennung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern für diverse Ausschüsse auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
2882/2014**

Wie Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.9:

**17.9 Ausländerrechtliche Beratungskommission; Einsetzung der Mitglieder durch den Rat
2884/2014**

Über die Änderung der Geschäftsordnung haben wir ja eben befunden. Jetzt können wir auch die Besetzung vornehmen. Ich darf noch einmal um Aufmerksamkeit bitten.

Dazu liegen folgende Vorschläge vor:

- Cornelia Schmerbach, vertreten durch Dr. Annette Wittmütz, SPD
- Christian Joisten, vertreten durch Monika Möller, SPD
- Stephan Pohl, vertreten durch Ira Sommer, CDU
- Franz Dillmann, vertreten durch Firat Yurtsever, Grüne
- Güldane Tokyürek, vertreten durch Jörg Detjen, Linke

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.10:

17.10 Benennung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen für den Jugendhilfeausschuss 2935/2014

Wie Vorlage.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.11:

17.11 Ausschreibung Weihnachtsmarkt auf dem Roncalliplatz hier: Modifizierung des Bewertungsverfahrens und Nennung der Mitglieder der Findungskommission 3152/2014

Hier geht es natürlich nicht um den Weihnachtsmarkt 2014.

Genannt werden:

- Gerrit Krupp, SPD
- Ulrich Breite, FDP
- Dr. Ralph Elster, CDU
- Manfred Richter, Grüne
- Güldane Tokyürek, Linke

Gibt es Gegenstimmen?

(Roger Beckamp [AfD]: Herr Oberbürgermeister!)

- Bitte.

Roger Beckamp (AfD): Das Gremium wird von vier auf fünf Personen vergrößert, um ein ausgewogenes Ergebnis in Anlehnung an die Sitzverteilung im Rat zu erzielen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja.

Roger Beckamp (AfD): Das verstehe ich nicht. Können Sie das erklären?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das steht doch in der Vorlage drin!)

- Ja, genau; von vier auf fünf. - Was ist denn die Erklärung dafür?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: An wen richten Sie Ihre Frage?

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Wahrscheinlich an die Verwaltung!)

Wir haben in der Vorlage beschrieben, dass eine den Mehrheitsverhältnissen im Rat entsprechende Regelung mit fünf Mitgliedern sinnvoll ist.

Roger Beckamp (AfD): Genau. Und warum gerade dieser Sprung von vier auf fünf? Warum nicht drei? Warum nicht sechs? Ich kann das nicht nachvollziehen. Das ist genau der Punkt. Warum?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Manchmal ist es so, dass es Beurteilungsspielräume gibt. Dann muss man sich für eine Alternative entscheiden.

Roger Beckamp (AfD): Ach so. Okay; dann verstehe ich das. - Schönen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte.

Wir kommen zur Abstimmung darüber. Wer ist dagegen? - Die AfD. Wer enthält sich? - Bei Gegenstimmen der AfD und Enthaltung von Deine Freunde ist das so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.12:

**17.12 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Stellvertreter/innen von Mitgliedern der Verbandsversammlung des Zweckverbands Sparkasse KölnBonn
AN/1516/2014**

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist diese Auswechslung so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.13:

**17.13 Kunststiftung im Museum Ludwig Köln
hier: Bestellung des Kuratoriums
2741/2014**

Es liegen folgende Wahlvorschläge vor:

- Professor Klaus Schäfer, SPD
- Dr. Ralph Elster, CDU
- Peter Sörries, Grüne
- Gisela Stahlhofen, Linke
- Lorenz Deutsch, FDP

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das ebenfalls so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.14:

**17.14 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Benennung von sachkundigen Einwohnern/innen
AN/1566/2014**

Wie Antrag.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.15:

**17.15 Antrag der FDP-Fraktion
Hier: Neubenennung eines ordentlichen Mitglieds sowie eines Stellvertreters für den Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn
AN/1585/2014**

Das hatten wir hier eben schon erklärt.

Dann können wir darüber entscheiden. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag so beschlossen. - Ich bedanke mich herzlich dafür, dass wir hier eine Lösung gefunden haben.

Damit haben wir das Ende des öffentlichen Teils unserer Sitzung erreicht.

(Schluss: 21.22 Uhr)